



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Kuba und seine internationalen Beziehungen“

Verfasser

Josef Michael Schwob

Angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Februar 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Studienrichtung lt. Studienblatt:
Betreuer:

A 300
Politikwissenschaft
Univ.-Prof. DDr.Ingfrid Schütz-Müller

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
	1.1. Fragestellung und Aufbau der Arbeit	4
	1.2. Methodischer Zugang	5
	1.3. Persönlicher Zugang	7
2.	Theoretischer Teil	9
	2.1. Der Neo-Realismus	10
	2.2. Der Neo-Institutionalismus	12
	2.3. Der Neo-Liberalismus	13
	2.4. Zusammenfassung	15
3.	Innenpolitische Voraussetzungen	17
	3.1. Errungenschaften der kubanischen Revolution	17
	3.2. Militär & Kommunistische Partei als Stützen des Systems	18
	3.3. Die Strukturkrise	20
	3.4. Die Nachfolge Fidels	23
	3.5. Zusammenfassung	27
4.	Kuba und die Europäische Union	29
	4.1. Die EU und Helms Burton	29
	4.2. Die Gemeinsame Position	31
	4.3. Der AKP Vertrag und Kuba	33
	4.4. Die Beziehungen von Spanien und Kuba	35
	4.5. Verlauf der EU-Kuba Beziehungen	37
	4.6. Zusammenfassung	45

5.	Kuba und seine Beziehungen zur USA	47
5.1.	Der Cuban Democracy Act	48
5.2.	Helms Burton Act	51
5.3.	Streitpunkte zwischen Kuba und den USA	54
5.4.	Der Powell Report	59
5.5.	Weitere Entwicklungen	62
5.6.	Zusammenfassung	63
6.	Kuba und die aktuellen Beziehungen zu Russland	65
6.1.	Gorbatschows Erbe	66
6.2.	Putin	69
6.3.	Zusammenfassung	72
7.	Kuba und Lateinamerika	73
7.1.	Zusammenfassung	78
8.	Kuba und China	80
8.1.	Zusammenfassung	82
9.	Kuba und Internationale Organisationen	83
9.1.	Zusammenfassung	88
10.	Conclusio	90
11.	Literaturverzeichnis	97

1. Einleitung

Im Zentrum meiner Arbeit steht die Frage nach den Beziehungen Kubas zur Internationalen Staatengemeinde. Kuba stand Anfang der 1990er Jahre nach Beendigung des bipolaren Systems vor großen Herausforderungen, konnte die wirtschaftliche Strukturkrise aber lösen. Aufgrund des vorgegebenen Themas und aus Gründen des Umfangs meiner Arbeit beziehe ich mich soweit als möglich auf die Internationalen Beziehungen Kubas seit dem Ende des bipolaren Systems. Der analytische Zeitrahmen meiner Diplomarbeit ist so durch den qualitativen Wechsel in den außenpolitischen Bedingungen nach dem Ende der Sowjetunion vorgegeben. Die Auswahl der besprochenen Länder erfolgte nach Absprache mit Prof. Schütz-Müller, spiegelt aber auch die derzeit wichtigsten und stärksten Internationalen Beziehungen Kubas wider.

In meiner Arbeit werde ich mich auf drei Ansätze der Internationalen Beziehungen stützen, auf den Neo-Realismus, den Neo-Institutionalismus und den Neo-Liberalismus. Diese drei Theorien werden von mir erläutert, um so als theoretischer Rahmen bei der Analyse politischer Aktionen Verwendung zu finden. Die US-amerikanische Außenpolitik gegenüber Kuba während der letzten Jahre ist geprägt durch die Beibehaltung eines neo-realistischen Ansatzes. Der Neo-Institutionalismus ist in den kubanischen Beziehungen zu den karibischen Nachbarstaaten anzutreffen. Die Theorien des Neo-Liberalismus zeigen sich in den Beziehungen Kubas zur USA. So hat die US-amerikanische Politik gegenüber Kuba innenpolitische Wurzeln, da die in Miami beheimatete Exil-kubanische Lobby starken Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess in Washington hat.

Wirtschaftliche Reformen unter marktwirtschaftlichen Vorgaben, welche allerdings auf Devisen erbringende Sektoren eingegrenzt wurden, waren notwendig, um die kubanische Revolution abzusichern. Politische Reformen folgten den wirtschaftlichen jedoch nicht. Als positive Errungenschaften der kubanischen Revolution können die Reformen im Bildungs- und Gesundheitswesen genannt werden, welche das kubanische System sogar als Vorbild für andere Länder der

Dritten Welt erscheinen lassen. Seit der Legalisierung des US-Dollars und der darauf folgenden Einführung des peso convertible ist eine Abkehr vom egalitären Prinzip festzustellen, eine soziale Fragmentierung der kubanischen Gesellschaft war die Folge. Viele sehr gut ausgebildete Kubaner wie Techniker oder Ärzte gaben ihre Arbeit in staatlichen Betrieben auf, um in den Tourismusbetrieben viel mehr Geld zu verdienen. Das hatte „den zunehmenden Verfall des Wertes Bildung zur Folge“ (Widderich 2002). Die Schattenwirtschaft nahm zu und ist heute ein wichtiger Bestandteil des kubanischen Versorgungssystems (vgl. Widderich 2002: 103). Der Schwarzmarkt funktioniert auf Basis der persönlichen Netzwerke. Das hat auf der einen Seite eine Art Tauschwirtschaft zur Folge, auf der anderen Seite kann gegen pesos convertibles fast alles gekauft werden. Kaum ein Kubaner könnte heute ohne auf dem Schwarzmarkt gehandelte Waren überleben. Nur den Kubanern mit Zugang zu pesos convertibles und einer gewissen Elite vor allem aus Kadern von Militär und Kommunistischer Partei geht es einigermaßen gut.

1.1. Fragestellung und Aufbau der Arbeit

Ausgehend von meinen einleitenden Überlegungen stellt sich aus politikwissenschaftlicher Sicht folgende übergeordnete Forschungsfrage:

Wie entwickelten sich die Beziehungen zwischen Kuba und der Internationalen Staatengemeinde?

Zur Beantwortung dieser Frage werden zunächst relevante Theorien der internationalen Beziehungen herangezogen, um dann darauf aufbauend eine Analyse der Beziehungen zwischen Kuba und den besprochenen Staaten folgen zu lassen. Dabei stellen sich folgende untergeordnete Fragen:

- Welche Theorien eignen sich, um politische Beziehungen im internationalen System erklären zu können?
- Was sind die Grundaussagen dieser Theorien?

Nach dem hypothesengenerierenden Ansatz werden nach umfangreicher und eingehender Untersuchung der Forschungsfrage die Hypothesen in der conclusio meiner Diplomarbeit formuliert.

Im vorliegenden Text werden zunächst Theorien der Internationalen Beziehungen besprochen. In Kapitel vier diskutiere ich die aktuellen Beziehungen Kubas zur Europäischen Union. Im fünften Kapitel untersuche ich die Beziehungen zur USA, dann die Beziehungen zu Russland, Lateinamerika und China. Das neunte Kapitel beschäftigt sich mit den Beziehungen Kubas zu den Internationalen Organisationen. In der conclusio werde ich die Theorien und einzelnen Kapitel zusammenführen. Am den Schluss meiner Ausführungen setze ich einen Ausblick und entwickle Perspektiven für die Zukunft Kubas. Anzumerken ist, dass eine rigorose Trennung der einzelnen Kapitel nur schwer möglich war, da Überschneidungen der Thematik kaum zu verhindern waren.

1.2. Methodischer Zugang

Die methodische Vorgangsweise dieser Diplomarbeit liegt im empirisch-analytischen Ansatz begründet (vgl. Alemann 1995: 127). Angewandt werden die Praktiken des geisteswissenschaftlichen-hermeneutischen Forschungsansatzes (vgl. Patzelt 2003: 162). Basis ist dabei die Analyse von Primär- und Sekundärliteratur, meine Erfahrungen und Erlebnisse während meiner Aufenthalte in Kuba und auch „*das Beobachten von einzelnen Ereignissen oder Verhalten in der Wirklichkeit*“ (Alemann 1995: 127). Hypothesen formuliere ich, wie bereits erwähnt, nach dem hypothesengenerierenden Ansatz in der conclusio. Meine Methode wird also auch eine theoretische sein, da ich mich auf die im Literaturverzeichnis aufgelisteten Quellen beziehen werde. Diese Analyse von Sekundärliteratur bezieht sich dabei vor allem auf Monographien, außerdem wurden einzelne Artikel aus Sammelbänden und wissenschaftlichen Zeitschriften verwendet. Weiters entnahm ich bei gewissen Themenbereichen Artikel aus im Literaturverzeichnis angeführten Tages- und Wochenzeitungen. Ein Großteil der Literatur entstammt der Hauptbibliothek der Universität Wien, der Fachbereichsbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft, der

Fachbereichsbibliothek für Zeitgeschichte und der Bibliothek des Österreichischen Lateinamerika Institutes. Einzelne Artikel entstammen der Internetrecherche, wobei hier besonders auf die Zuverlässigkeit der Quellen geachtet wurde. Aufgrund der Anonymität und schnellen Veränderungen im Internet ist jedoch bei der inhaltlichen Bewertung von Internetquellen besonders vorsichtig vorzugehen. Außerdem beruht ein nicht unwesentlicher Teil der Arbeit auf eigenen Gedanken und Überlegungen.

Verschiedene Zugänge standen mir offen. So suchte ich die Analyse von Primärquellen wie Reden von Politikern und Grundsatzserklärungen, welches sich oftmals schwierig gestaltete, da die Reden kubanischer Politiker staatlicher Kontrolle unterliegen. Die kubanischen Politiker halten sich dabei an eine Art Loyalitätskodex. Wirtschaftliche Daten über Kuba wurden offiziellen staatlichen Quellen entnommen, diese Quellen könnten aber geschönt sein und sind daher mit Vorsicht zu betrachten. Auch veröffentlichte Kuba über einen längeren Zeitraum keine Statistiken. Dann arbeitete ich mit Reaktionen Dritter auf die Handlungen kubanischer Politiker. Weiters erfolgte die Analyse von Sekundärliteratur. Aus dem Erscheinungsort eines Buches oder dem Ort der Veröffentlichung eines Artikels kann oftmals schon auf die Grundeinstellung des Autors geschlossen werden. Die Informationen aus Kuba wirken oft unwahrscheinlich propagandistisch eingefärbt und können nicht ungefiltert übernommen werden. Diese Tatsache wurde von mir zu berücksichtigen versucht, weiters schaute ich auf die Herkunft der Quellen und den Kontext, in welchem die Artikel entstanden. Kubanische Quellen sind also relativierend hinsichtlich ihrer Aussagekraft zu betrachten. Den Hinweis auf einen möglichst kritischen Umgang mit kubanischen Quellen möchte ich an den Leser dieser Diplomarbeit weitergeben.

Auch fand ich viele Zeitungsartikel über kubanische Politik, vor allem aus den letzten beiden Jahren datiert, da durch die Krankheit Fidel Castros viele Artikel über die Auswirkungen und die Nachfolge Fidels geschrieben wurden. Dabei war eine starke Polarisierung der Positionen festzustellen. Auf der einen Seite standen

die Autoren, die die kubanische Revolution und ihre Errungenschaften positiv einschätzten. Nicht nur kubanische Quellen sind hier zu nennen, sondern auch viele politisch eher links gerichtete Autoren. Auf der anderen Seite waren die Autoren anzutreffen, welche oftmals, aus dem Exil heraus, der Revolution ablehnend begegneten. Diese betonten die fehlenden politischen Reformen, die kubanische Diktatur und die schlechte ökonomische Situation von Kuba. Für das Kapitel über die Beziehungen zwischen den USA und Kuba verwendete ich Stellungnahmen des US Department of State. Das Kapitel über Kuba und seine aktuellen Beziehungen zur EU beinhaltet Bulletins der Europäischen Union und Stellungnahmen einiger hoher EU-Politiker. So versuchte ich bei den von mir ausgewählten Quellen immer auch, so gut es eben ging, den politischen Hintergrund der Verfasser oder der dahinter stehenden Organisation zu beachten und herauszufiltern.

1.3. Persönlicher Zugang

Mein persönliches Interesse an kubanischen Thematiken bildete sich auf mehreren Reisen durch das Land Kuba und durch die Bekanntschaft und Freundlichkeit einer kubanischen Großfamilie in Havanna aus. Der Hintergrund der vorliegenden Diplomarbeit liegt so in meinem eigenen großen Interesse an Kuba. Prägend waren für mich dabei meine oftmaligen Aufenthalte auf der Insel Kuba, vor allem aber in der Hauptstadt Havanna, wo ich eben mehrere Wochen bei einer kubanischen Familie in einer casa particular wohnen konnte. Weiters erwuchs mein Interesse an Kuba aus der Frage, ob der kubanische Weg ein anderes und besseres Modell für das Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft darstellt. Bei meinen Aufenthalten in Kuba konnte ich die Freundlichkeit der Kubaner und ihre oftmals sehr fantasievollen Wege den kubanischen Alltag mit all seinen für uns nur schwer zu verstehenden Problemen zu bewältigen, erleben. Das Erlebnis der kubanischen Realität war für mich auch ein gewisser Schock. Der kubanische Alltag ist beherrscht von einem Schwarzmarkttreiben, hat wenig gemeinsam mit einer romantisch verklärten kubanischen Revolutionssichtweise. Die Kubaner leiden unter fehlender Meinungsfreiheit, Verhaftungen und Polizeiwillkür sind ständig präsent. Nur

wenige Kubaner sprachen offen mit mir über die politische Lage in Kuba, eine gewisse Angst war für mich zu spüren. Ich habe also auf engstem Raum mit Kubanern gelebt und war mit den Alltagsproblemen der Kubaner konfrontiert. Diese beinhalten zum Beispiel oftmalige Strom- und Wasserabschaltungen, Nahrungsmittelknappheit, Transportschwierigkeiten, fehlende Ersatzteile und ständige Beobachtung und Repression. Probleme also die Personen, die an europäische Standards gewöhnt sind, gar nicht in den Sinn kämen. Doch gerade wegen dieser Vielzahl an für mich ungewöhnlichen Situationen und Ereignissen, war der Erkenntnisgewinn für mich enorm.

2. Theoretischer Teil

In meiner Diplomarbeit gilt es für mich zu klären, von welchen Ideologien, Interessen und Besonderheiten die Beziehungen zwischen Kuba und den Internationalen Staaten gekennzeichnet sind. Wichtig wäre es dabei, einen historischen Abriss zu geben, um das außenpolitische Verhalten Kubas besser erklären zu können. Aufgrund des vorgegebenen Themas und aus Gründen des Umfangs meiner Arbeit beziehe ich mich aber soweit als möglich auf die Außenbeziehungen Kubas seit dem Ende des bipolaren Systems. Mein analytischer Zeitrahmen ist so durch den qualitativen Wechsel in den außenpolitischen Bedingungen nach dem Ende der Sowjetunion vorgegeben. In meiner Arbeit werde ich mich auf drei Ansätze stützen, auf den Neo-Realismus, den Neo-Institutionalismus und den Neo-Liberalismus. Diese drei Theorien werden von mir erläutert, um so als theoretischer Rahmen bei der Analyse politischer Aktionen Verwendung zu finden.

Internationale Beziehungen werden als die Summe der Aktionen und grenzüberschreitenden Handlungszusammenhänge zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren definiert (vgl. Wilzewski 1998: 284). Gemeint sind hier nicht die Internationalen Beziehungen im allgemeinen Sinn, sondern die Außenpolitik der jeweiligen Staaten und die darauf gesetzten Handlungen. Ich untersuche in meiner Diplomarbeit die durch diese Interaktionen entstandene Außenpolitik der einzelnen Länder. Auf einer zweiten Ebene untersuche ich den Zusammenhang zwischen dem innenpolitischen, gesellschaftlichen Umfeld von Akteuren und den Auswirkungen desselbigen auf die Erzeugung von Aktionen in der Außenpolitik. Unter die Akteure subsumiere ich politische Parteien und Interessensgruppen, die oftmals nicht die Interessen der Gesamtheit vertreten sondern ihre Partikularinteressen. Als Beispiel dient mir hierbei der Einfluss der Exil-Kubaner in den USA. Die Analyseebenen in den Internationalen Beziehungen stehen jedoch in engem Zusammenhang, sind nur schwer voneinander zu trennen. Aufgrund methodischen Mangels in den Analysen der Theorien der

Internationalen Beziehungen werde ich die Interaktionen zwischen den jeweiligen Staaten als „*Aktions-Reaktions-Folge*“ (Czempiel 1991: 11) beschreiben und erfassen.

2.1. Der Neo-Realismus

Um den heute gängigen Ansatz des Neorealismus besser zu verstehen, erkläre ich zunächst die Grundannahmen des klassischen Realismus. Der klassische Realismus geht von einem Menschen aus, der von Natur aus nach Macht strebt. Dementsprechend ist auch die internationale Politik durch ein stetiges Machtstreben einzelner Staaten charakterisiert. Die Politik erscheint im realistischen Verständnis als Nullsummenspiel (vgl. Lemkuhl 2001: 73), welches durch Mächtegleichgewicht und durch Reziprozität, also Vergeltungsmaßnahmen, erreicht wird. Dabei agieren die Staaten in einem anarchischen Staatensystem ohne überstaatliches Gewaltmonopol. Die eigene Machtausübung kann folglich nur durch das Machtstreben eines anderen Staates begrenzt werden, welches ein Sicherheitsproblem nach sich zieht und Gewaltanwendung zur Folge haben kann (vgl. Morgenthau 1963: 50). Der Begriff der internationalen Politik ist also geprägt von Machtbeziehungen.

Morgenthau (1963: 65) schreibt:

„Da Machtstreben das Merkmal internationaler Politik wie aller Politik ist, muss internationale Politik zwangsläufig Machtpolitik sein“

Kriege können in dieser Konstellation nur verhindert werden, wenn ein Gleichgewicht der Mächte herrscht, und es somit zu einem gegenseitigen Abschreckungseffekt kommt (vgl. Rittberger/Zangl 2003: 35). Der Neo-Realismus übernimmt die Grundannahmen des klassischen Realismus weitgehend, differenziert diese jedoch in einigen Punkten. So ist das Machtstreben nicht mehr in der Natur des Menschen, sondern im anarchischen System und dem daraus resultierenden Sicherheitsdilemma verankert. Die Staaten müssen in Abwesenheit eines Gewaltmonopolisten selbst für ihr Überleben sorgen. Dieser so genannte Selbsthilfe-Imperativ zwingt die Staaten zu einem Machterwerb. Um dem

Untergang zu entgehen, sind in dieser Konstellation quasi alle Staaten gezwungen, rational zu handeln und nach Macht zu streben (vgl. Waltz 1979: 79). Ein weiterer wichtiger Ansatz des Neo-Realismus ist die Theorie der hegemonialen Stabilität. Diese geht davon aus, dass es in gesetzmäßigen Abständen wechselnde Hegemonialmächte gibt, die mit überragenden Machtressourcen ausgestattet sind. Erst aufgrund einer solchen Konstellation kann es laut Neo-Realismus zu einer Kooperation im internationalen System kommen, indem die Hegemonialmacht andere Staaten durch einen Mix aus Zwang und Anreizen zu einer Zusammenarbeit bringt. Als zentrale Akteure sieht der Neo-Realismus dabei stets den Staat oder seine höchsten Machtbefugten, die auf einer intergouvernementalen Ebene agieren, ohne sich einer supranationalen Instanz unterzuordnen (vgl. Rittberger/Zangl 2003: 37).

Betrachtet man die Entwicklung der Beziehungen zwischen Kuba und den USA unter einem neo-realistischen Blickwinkel, ist deutlich zu erkennen, wie die USA von Anfang an misstrauisch gegenüber Castro waren und versuchten einen Regimewechsel herbeizuführen. Als Kuba zunehmend unter den Einfluss der Sowjetunion geriet, bedeutete dies eine gravierende Bedrohung für die USA, da Kuba nun eine Art Außenposten des Internationalen Kommunismus in unmittelbarer Nähe zum eigenen Territorium geworden war. Um die eigene Macht während des Kalten Krieges in einem bipolaren System aufrechtzuerhalten, war die absolute Isolation Kubas das folgerichtige Ziel der USA. Gleichzeitig versuchte Castro auf der Seite Kubas den eigenen, bisher beschränkten internationalen Einfluss mit Rückendeckung der Sowjetunion zu erweitern. Aus neo-realistischer Sichtweise ist diese Anbindung an eine Weltmacht im bipolaren System eine logische Folge zur Durchsetzung eigener Interessen. Nach Ende des Kalten Krieges und nach Wegfall der Unterstützung Kubas durch die Sowjetunion erkannte Castro die ökonomische Abhängigkeit seines Landes von den USA und war wirtschaftlich, wenn auch nicht politisch, auf Annäherung bedacht. Da die USA jedoch kein eigenes Interesse an vermehrter Kooperation hatten, setzten sie ihre Embargo-Politik weitgehend fort. Die Akteure betreffend, belegt der historische Abriss, dass stets die Präsidenten der USA auf der einen Seite beziehungsweise

Fidel Castro auf der anderen Seite die Beziehungen zwischen Kuba und den USA beherrschten.

Die amerikanische Außenpolitik während der letzten Jahre ist geprägt durch die Beibehaltung eines neo-realistischen Ansatzes. Es könnte dies auch als eine Art Lernunwilligkeit amerikanischer Politiker gedeutet werden. Die US-amerikanische Außenministerin, Condoleza Rice, bezeichnete Kuba so als „*Vorposten der Tyrannei*“ (Göll 2005). Während der zweiten Amtszeit von Präsident George W. Bush kann von einer Verschärfung der US-amerikanischen Politik gegenüber Kuba gesprochen werden. Dies unter dem Hintergrund der Politik der hard power von Bush.

Diese sieht eine messbare Stärke vor, Nye (1999: 24) versteht darunter:

„Das Vermögen eines Landes wirtschaftlichen und militärischen Zwang auszuüben“.

Hard power wird deutlich durch einen wirtschaftlichen Zwang und durch militärische Kraft (vgl. Gärtner 2005: 55). Bush fügte dieser hard power Politik noch seine Doktrin des „*pre-emptive strike*“ (Göll 2005) hinzu, nach welcher ja dann auch auf anderen Kontinenten vorgegangen wurde. Eine Bedrohung für Kuba leite ich daraus allerdings nicht ab, da ein Angriff der USA auf weltweiten Protest stoßen würde und auch nicht zu erwarten ist. Die USA scheinen die Strategien des Kalten Krieges beibehalten zu haben (vgl. Czempiel 1998: 8), ihre Politik gegenüber Kuba hat sich aber im Gegenteil noch verschärft, ersichtlich an der Ausweitung des US-Embargo.

2.2. Der Neo-Institutionalismus

Ausgangspunkt des Neo-Institutionalismus ist die Transnationalisierung in den Politiken (vgl. Filzmaier 2006). Notwendig ist eine internationale staatliche Kooperation sowie Institutionenbildung und „*Weltinnenpolitik*“ (Filzmaier 2006). Für Robert Keohane (1984: 8) ist Institution ein „*Sammelbegriff für die Summe von*

dauerhaften und miteinander verbundenen Regeln formeller und informeller Art, die ein besonderes Rollenverhalten der Staaten vorschreiben“. Internationale Organisationen helfen den Staaten, bei übereinstimmenden Interessen besser zu kooperieren. Wirtschaftliche Integration ist vonnöten, militärische Macht als Konfliktlösung wird abgelehnt. Zwischen den Staaten bestehen gemeinsame Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen. So können dann internationale Institutionen Unsicherheiten reduzieren, Eigeninteressen von Staaten werden hintangestellt (vgl. Gärtner 2005).

Bezogen auf Kuba findet diese Internationale Theorie bei der Einbindung Kubas in den karibischen Kontext Anwendung. Kuba wollte gezielt seine Beziehungen zu den karibischen Nachbarstaaten verbessern. Regionale Zusammenschlüsse können ein „*nationalstaatliches Funktionsdefizit*“ (Filzmaier 2006: 79) auf Dauer überwinden. Durch regionale karibische Zusammenarbeit konnte Kuba eine Art karibische Solidarität erreichen und sich außerdem auf einem multilateralen Weg über die AKP Staaten der EU annähern. Durch regionale Zusammenarbeit konnte Kuba seine eigene Position als größtes karibisches Land verfestigen und einer US-Hegemonie entgegenwirken.

2.3. Der Neo-Liberalismus

Der Neo-Liberalismus betont den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Verhaltensmustern im Internationalen System (vgl. Wilzewski 1998: 284). Das Handeln der Staaten wird nicht vom internationalen System bestimmt, es ergibt sich aus den gesellschaftlichen Strukturen. Diese Theorie entwickelte nach Beendigung des bipolaren Systems eine große Bedeutung. Das Handeln der Staaten wird nach diesem neo-liberalen Ansatz nicht von einem Internationalen System bestimmt, die Interessen der Akteure ergeben sich aus dem jeweiligen gesellschaftlichen Umfeld.

Krell (2000: 148) erklärt dies:

„Nicht das Internationale System bestimmt das Handeln der Staaten und ihre Präferenzen, die entscheidenden Akteure sind vielmehr Individuen und Gruppen, die ihren materiellen und ideellen Interessen nachgehen“.

Entscheidend ist dabei, wie die Präferenzen der jeweiligen Staaten durch die Interpretation des gesellschaftlichen Umfeldes ausgebildet werden. Staaten funktionieren also nach diesem neo-liberalen Ansatz in der Internationalen Politik nach betreffender Interpretation und einer Kombination aus Sicherheit, Wohlfahrt und Souveränität (vgl. Krell 2000: 148). Diese drei zentralen Punkte werden durch das gesellschaftliche Umfeld ausgebildet und erfahren ihre Definition durch die Interaktionen der Interessengruppen.

Czempiel (1991: 5) beschreibt diese drei Punkte:

„Politik ist die autoritativ oder über den Modus der Macht erfolgende Verteilung von Werten in den Sachbereichen Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft, die vom politischen System oder vom gesellschaftlichen oder innerhalb der internationalen Umwelt vorgenommen wird“.

Bei der Analyse der Internationalen Beziehungen Kubas gilt es weiters den gesellschaftlichen Prozess und die daraus entstandenen Interessen in den jeweiligen Staaten zu durchleuchten.

Czempiel (1998: 38) fasst dies zusammen:

„Mit eingeschlossen in diesen Prozess der Politik sind alle auf den Verteilungsprozess gerichteten Umwandlungs-Anforderungsprozesse, die zwischen dem politischen System und seinem gesellschaftlichen Umfeld verlaufen“.

Dieser Verteilungsprozess ist nicht auf die Innenpolitik zu reduzieren, sondern könnte als Präferenzbildungsprozess der Außenpolitik gedeutet werden. So hat die US-amerikanische Politik gegenüber Kuba innenpolitische Wurzeln. Die

hauptsächlich in Miami beheimatete exilkubanische Lobby, die unter dem Einfluss des mächtigen Bacardi Clans steht, hat starken Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess in Washington.

Sweig (2007: 40) bezeichnet dies mit den Worten:

„[...] *domestic politics has driven policymaking*“.

Das Außenverhalten eines Staates ergibt sich so oftmals nicht aus Strukturmerkmalen des Internationalen Systems, sondern ist aus den gesellschaftlichen Präferenzbildungsprozessen der Staaten, hier den USA, abzuleiten (vgl. Hills 1999: 6). Die US-Außenpolitik gegenüber Kuba ist geprägt durch das Ziel, die nationale Selbstbestimmung der US-amerikanischen Gesellschaft zu schützen. Evident am Einfluss der Exil-kubanischen Lobby in Miami.

Eine Vertiefung des Theorieteils unter Einbeziehung weiterer Denkschulen der internationalen Politik wäre durchaus sinnvoll, soll jedoch an dieser Stelle ausbleiben. Ich wollte mich auf die drei angeführten Theorien beschränken, da diese für mich die Beziehungen Kubas zur Internationalen Staatengemeinde gut zu analysieren helfen.

2.4. Zusammenfassung

Die amerikanische Außenpolitik während der letzten Jahre ist geprägt durch die Beibehaltung eines neo-realistischen Ansatzes. Es könnte dies auch als eine Art Lernunwilligkeit amerikanischer Politiker gedeutet werden. Die USA scheinen die Strategien des Kalten Krieges beibehalten zu haben (vgl. Czempiel 1998: 8), ihre Politik gegenüber Kuba hat sich aber im Gegenteil noch verschärft evident an der Ausweitung des US-Embargo.

Der Neo-Institutionalismus spiegelt sich in den kubanischen Beziehungen zu den karibischen Nachbarstaaten wider. Regionale Zusammenschlüsse können ein

„*nationalstaatliches Funktionsdefizit*“ (Filzmaier 2006: 79) auf Dauer überwinden. Durch regionale karibische Zusammenarbeit konnte Kuba eine Art karibische Solidarität erreichen und sich außerdem auf einem multilateralen Weg über die AKP Staaten der EU annähern. Durch regionale Zusammenarbeit konnte Kuba seine eigene Position als größtes karibisches Land verfestigen, und einer US-Hegemonie entgegenwirken.

Die Theorien des Neo-Liberalismus zeigen sich in den Beziehungen Kubas zur USA. Das Außenverhalten eines Staates ergibt sich so oftmals nicht aus Strukturmerkmalen des Internationalen Systems, sondern ist aus den gesellschaftlichen Präferenzbildungsprozessen der Staaten, hier den USA, abzuleiten (vgl. Hills 1999: 6). So hat die US-amerikanische Politik gegenüber Kuba innenpolitische Wurzeln. Die Exil-kubanische Lobby in Miami, welche durch Macht und Geld des Bacardi Clans geprägt ist, hat nämlich bedeutenden Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess in Washington.

3. Innenpolitische Voraussetzungen

In diesem Kapitel werde ich hinterfragen, wie das Regime unter Castro nach Beendigung des bipolaren Systems weiter bestehen konnte. Wichtige Faktoren waren dabei die Akteure Partei und Militär, weiters auch eine gewisse innenpolitische Stabilität. Als Gründe für diese innenpolitische Stabilität sind die Reformen der kubanischen Revolution im Bildungs- und Gesundheitsbereich und die Stabilisierung der kubanischen Nation und Souveränität zu nennen. Der kubanische Nationalismus und Patriotismus geht auf den Vordenker der kubanischen Einheit und Identität, José Martí zurück, in welchem Geist auch die kubanische Revolution ihre Fortsetzung fand (vgl. Blum 1992: 15). Bei der Betrachtung des kubanischen Regimes sind aber auch die fehlenden politischen Grund- und Freiheitsrechte und die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Kuba unbedingt anzuführen. Die Stabilität und die politische Kultur Kubas im Allgemeinen waren besonders durch den charismatischen und autoritären Führungsstils Fidel Castros geprägt, was auch heute noch dazu führt, dass sich viele Kubaner als fidelistas, als Anhänger der Person Castros, bezeichnen.

Zeuske (2000: 193) schreibt:

„Für die meisten Kubaner war und ist er immer Fidel, worin sich deutlich ein affektiver Paternalismus ausdrückt.“

3.1. Errungenschaften der kubanischen Revolution

Fidel Castro war es gelungen, ein flächendeckendes Gesundheitssystem in Kuba einzuführen, wodurch zum Beispiel auf dem Gebiet der Kindersterblichkeit große Erfolge erzielt werden konnten (vgl. Vollmann 1996: 53, Sweig 2007: 46). Das kubanische Gesundheitssystem ist weiters bis heute kostenlos. Heute gibt es aber auch in Kuba eine Zweiklassenmedizin, es werden pesos convertibles, eine kubanische Zweitwährung, benötigt, um an die notwendigen Medikamente zu kommen. Weiters ist heute ein prinzipieller Mangel an Medikamenten

festzustellen, obwohl Kuba auf dem Gebiet der pharmazeutischen Forschung, zum Beispiel bei der Entwicklung von Impfstoffen, gute Erfolge erzielen konnte. Weiters wurde ein Sozialversicherungssystem geschaffen, das Krankenversicherung, Rentenversicherung, bezahlten Mutterschaftsurlaub, Witwenrenten und Sozialhilfe beinhaltet. Die Gleichstellung von Mann und Frau wurde in der Verfassung festgeschrieben. Die in der Zeit vor der Revolution in Kuba stark ausgeprägte Rassendiskriminierung wurde verfassungsrechtlich verboten. Die Gleichstellung der schwarzen Bevölkerung wird als eine der bedeutendsten Leistungen der kubanischen Revolution gesehen (vgl. Hagemann 2002: 104). Als positive Errungenschaft der kubanischen Revolution ist außerdem die Egalisierung des kubanischen Bildungssystems zu nennen, unter welcher der gleiche Zugang zum Bildungssystem für Kubaner aller sozialen Schichten und unabhängig von der Hautfarbe gemeint ist. Fidel Castro baute weiters viele neue Schulen und vor allem Universitäten.

Die US amerikanische Autorin Sweig (2007: 43) sieht die Errungenschaften so:

„Cuba is far from a multiparty democracy, but it is a functioning country with highly opinionated citizens where locally elected officials worry about issues [...] Cuban citizens are highly literate, cosmopolitan, endlessly entrepreneurial, and by global standards quite healthy“.

3.2. Militär und Kommunistische Partei als Stützen des Systems

Fidel Castro und sein Bruder Raúl stützten sich auf die Herrschaft der kommunistischen Partei und vor allem auf das Militär. Neben der kommunistischen Partei gibt es auch Massenorganisationen, die Komitees zur Verteidigung der Revolution genannt werden. Darunter sind die Einheitsgewerkschaft oder der Verband der kubanischen Frauen zu verstehen. Auch im heutigen Kuba ist das Militär ein zentraler Machtfaktor.

Hoffmann (2007a: 92) schreibt:

„Es betreibt eine umfassende wirtschaftliche Parallelstruktur von landwirtschaftlichen Großbetrieben zur Grundversorgung der Bevölkerung bis zu Luxushotels zur Devisenbeschaffung.“

Das kubanische Militär unterhält Managementschulen und Betriebe, die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden (vgl. Burchhardt 1996: 174). Die Militärs lenken *„ein Imperium, zu dem 800 Unternehmen gehören und das über 60 Prozent der Wirtschaftskraft Kubas kontrolliert“* (Schmidt-Häuer 21.02.2008). Weiters *„betreibt die Armee einen Autoverleih, eine Fluggesellschaft und dazu landesweite Ladenreihen mit den besten Zigarren und anderen Konsumgütern“* (Schmidt-Häuer 21.02.2008).

Das kubanische Militär genießt in Teilen der kubanischen Bevölkerung großes Ansehen, welches unter anderem auf die internationalen Einsätze, zum Beispiel in Angola zurückzuführen ist. Doch wird die Armee *„längst nicht mehr als revolutionäre, sondern als nationale Institution angesehen“* (Schmidt-Häuer 21.02.2008). Die in Auslandseinsätzen tätigen Soldaten, welche die kubanische Revolution in die Welt hinaustragen sollten, sind heute oft im Tourismus anzutreffen. Die ehemaligen Soldaten werden dort für alle möglichen Tätigkeiten, wie Wachpersonal oder als Busfahrer eingesetzt, so wird es ihnen ermöglicht an die begehrten Devisen zu bekommen. Ob dies aus Gründen der Verlässlichkeit, der Überwachung oder aus einer Art Belohnung heraus für geleistete Taten für die kubanische Revolution geschieht, erscheint mir ungewiss. Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich mich an ein Gespräch mit einem Aufseher der Busfirma Viazul, welche ein Art Monopol in Kuba für die Beförderung von Touristen hat, erinnern. In diesem Gespräch schilderte mir dieser ehemalige Angolakämpfer seine Dankbarkeit für seine heutige Verdienstmöglichkeit, und meinte, dass es ihm dadurch besser ergehe als vielen anderen Kubanern. Er rechtfertigte seine privilegierte Stellung mit seinen Verdiensten um Kuba. Die Verknüpfung zwischen Militär und Tourismus wird so offenbar. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass es als geschickt anzusehen ist, loyalen Militärs den Zugang zu

Devisen und damit zu einem für kubanische Verhältnisse besseren Leben zu ermöglichen.

3.3. Die Strukturkrise

Anfang der 1990er Jahre war Kuba gekennzeichnet durch eine massive Strukturkrise. Daher wollte Fidel Castro die Nahrungsmittelknappheit mit einem Programm zur Förderung der Lebensmittelproduktion beheben.

Perez- Stable (1993: 158) sieht die Auswirkungen der Strukturkrise folgendermaßen:

„ [...] the collapse of state socialism discredited the model of one party politics and centrally planned economies“.

Wirtschaftliche Reformen unter marktwirtschaftlichen Vorgaben, welche allerdings auf Devisen erbringende Sektoren eingegrenzt wurden, waren notwendig, um die kubanische Revolution abzusichern. Diese ökonomischen Reformen sollten die vorher erwähnten Errungenschaften im Bildungs- und Gesundheitswesen absichern. Kuba stand so Anfang der 1990er Jahre nach Beendigung des bipolaren Systems vor großen Herausforderungen, konnte die wirtschaftliche Strukturkrise aber lösen. Viel zu wenig beachtet wurde die Tatsache, dass Kuba dadurch auch innenpolitische Stabilität und damit die kubanische Revolution bewahren konnte.

Alzugaray Treto (2006: 65) beschreibt dies und die kubanische Außenpolitik:

„Cuba has been able to maintain its independence, sovereignty, and self determination. [...] Cuba´s active foreign policy has also contributed to the defense of the national security of Cuba, hindering the creation of conditions that would lead to military aggression by the United States“.

Es kam weiters zur Legalisierung des US-Dollars als zweites Zahlungsmittel in Kuba, Kubanern wurde Devisenbesitz erlaubt. Politische Reformen folgten den wirtschaftlichen jedoch nicht. Fidel scheint in politischen Belangen besser als in

ökonomischen zu sein, für ihn ist der Erhalt des politischen Systems in Kuba übergeordnet.

Hoffmann/ Whitehead (2006: 8) begründen dies:

„If potential economic benefits mean compromising on political essentials, Fidel Castro will renounce those benefits, even when this entails such extraordinarily high economic costs that it leaves foreign observers baffled“.

Fidel Castro verbot den US-Dollar als Leitwährung in Kuba und führte den peso convertible ein. Nun versuchten die Kubaner also an diesen zu gelangen. Andere, nicht im Tourismus tätige Kubaner erhalten Zugang zu pesos convertibles über die remesas der Exilkubaner und auch über jene 40.000 Kubaner, die in offizieller Mission im Ausland, vor allem in Venezuela, im Gesundheits- und Bildungsbereich tätig sind (vgl. Hörtnner 2007: 21). Die remesas sollen inzwischen mehr als eine Milliarde Dollar jährlich ausmachen (vgl. Hofmann 2004b). Diese remesas bedeuteten aber auch eine Abkehr vom egalitären Prinzip, eine soziale Fragmentierung der kubanischen Gesellschaft war die Folge. Aber nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch in geographischer, da viele Kubaner aus dem touristisch benachteiligten Osten Kubas, dem Oriente, nach Westen, nach Havanna, zogen. Viele sehr gut ausgebildete Kubaner wie Techniker oder Ärzte gaben ihre Arbeit in staatlichen Betrieben auf, um in den Tourismusbetrieben viel mehr Geld zu verdienen. Das hatte *„den zunehmenden Verfall des Wertes Bildung zur Folge“* (Widderich 2002). Die Anzahl der Einschreibungen an höhere Schulen war rückläufig, daran ist zu erkennen, dass *„Bildung nicht mehr als Schlüssel zu einem guten Leben angesehen wird“* (Widderich 2002). Die Schattenwirtschaft nahm zu und ist heute ein wichtiger Bestandteil des kubanischen Versorgungssystems (vgl. Widderich 2002: 103). Der Schwarzmarkt funktioniert auf Basis der persönlichen Netzwerke. Das hat auf der einen Seite eine Art Tauschwirtschaft zur Folge, auf der anderen Seite kann gegen pesos convertibles fast alles gekauft werden. Kaum ein Kubaner könnte heute ohne auf dem Schwarzmarkt gehandelte Waren überleben.

Eine beliebte Möglichkeit an pesos convertibles oder Euros zu kommen, ist auch das Abzweigen von Produkten aus staatlichen Betrieben und das Weiterverkaufen dieser an Touristen. So sind in ganz Kuba Zigarrenverkäufer auf der Straße anzutreffen, die oftmals Zigarren sehr guter Qualität günstiger als in den staatlichen Geschäften anbieten. Ein starkes Missverhältnis zwischen Löhnen und Kaufkraft ist also in Kuba zu beobachten (vgl. Hörtnner 2007: 21). Darauf ist wohl auch die in Kuba überall anzutreffende geringe Arbeitsmoral und auch Arbeitsproduktivität zurückzuführen (vgl. Hörtnner 2007: 21). Heute ist der bedeutendste Sektor in der kubanischen Binnenwirtschaft der Dienstleistungsbereich. Der Tourismus machte 2001 41% des nationalen Einkommens aus, weitere wichtige Einnahmequellen waren die remesas und der Export (vgl. Sanchez-Egozcue 2006: 80). Im Exportbereich ist nach wie vor der Export von Zucker von Bedeutung, überlagert jedoch vom Export von Kupfer, Chrom, Magnesium, Zink und vor allem Nickel.

Die Versorgung an Grundnahrungsmittel wird in Kuba über die libreta, eine Rationierungskarte auf Nahrungsmittel, auf kubanische Seife und andere in der kubanischen Bevölkerung nicht besonders beliebte Hygieneartikel, gesichert. Raúl hat die Abschaffung ebendieser angekündigt (vgl. Hoffmann 2008c: 4). Konsumartikel außerhalb dieses staatlich subventionierten Programms sind nur gegen pesos convertibles in eigentlich für Touristen eingerichteten Geschäften zu erwerben. Kubanische Löhne werden jedoch in der einheimischen Peso Währung bezahlt. Hoffmann (2008c: 4) sieht darin eine „strukturelle Entwertung der Löhne“. Neuerdings gibt es in Havanna auch Handys zu kaufen, die „zum Symbol einer neuen Elite avanciert [sind], die sich eben nicht aus transparenten Marktmechanismen mit Chancengleichheit für alle speist“ (Hoffmann 2008c: 4). Eine bedeutende Rolle in der kubanischen Gesellschaft hat nun auch das Internet inne, zu welchem immer mehr Kubaner Zugang haben. Yoani Sanchez hat dabei mit ihrem Blog „Generación Y“ eine gewisse Bedeutung erlangt.

3.4. Die Nachfolge Fidels

Fidel war bis vor kurzem die dominante Person in allen politischen Angelegenheiten Kubas, seine Einschätzung, aber auch sein Wohlwollen sind somit für die kubanische Politik von größter Bedeutung (vgl. Gratius 2005: 61). In Zukunft ist mit einem Übergang vom charismatischen zum bürokratischen Sozialismus, vom personenzentrierten „fidelismo“ hin zu einem auf die formalen Institutionen von Staat, Partei und Armee stützenden System zu rechnen (vgl. Hoffmann 2007a: 92). Fidel hat seine Nachfolge zu Lebzeiten geregelt. Fidel hat sich zurückgezogen, *„Fidel has turned from leader to legitimizer“* (Hoffmann 2007b: 20). Legitimiert als seinen Nachfolger hat er seinen Bruder Raúl Castro (vgl. Sweig 2007: 40). Stets betonte dieser die Bedeutung der kommunistischen Partei.

Hoffmann (2007b: 15) bestärkt dies:

„ [...] Raúl has missed no opportunity to reposition the Communist Party as the one and only center of Cuban politics“.

Raúl wird weiters mehr als *„primus inter pares than a towering commander-in-chief“* (Hoffmann 2007b: 18) gesehen. Dies also im Gegensatz zu Fidel. Die Nachfolge Fidels ohne große Widerstände war einerseits deswegen möglich, weil Raúl seine Loyalität gegenüber seinem Bruder über ein halbes Jahrhundert beweisen konnte. Die Post-Fidel Transformation hatte begonnen, da die Macht an ein neues Führungsgremium übergeben worden war, welches das bestehende politische System beibehalten hat (vgl. Sweig 2007: 39). Andererseits aufgrund des hybriden, kubanischen Systems.

Hoffmann (2007b: 23) beschreibt diese Hybridität:

„ [...] while having a personalist and charismatic component it also includes a strong institutional and bureaucratic side of one-party state socialism, which the successor government can turn to in its quest for maintaining regime stability“.

Für diese geordnete Nachfolge waren neben dem persönlichen Faktor auch institutionelle Faktoren wie die Kommunistische Partei und das Militär bedeutsam. Immer mehr Macht ging auf die Institutionen wie das Militär und die Kommunistische Partei über. Fidel hatte auch Macht und Position der Kommunistischen Partei als legitime Erbin der kubanischen Revolution in den Jahren vor seiner Übergabe gestärkt. Deshalb kann davon gesprochen werden, dass keine Nachfolge sondern nur Kontinuität stattgefunden hatte. Hoffmann (2007b: 23) sieht auch eine kubanische Version der „*cohabitation*“ zwischen Fidel und Raúl verantwortlich für die gelungene Nachfolge. Raúl, der nur vier Jahre jünger ist als Fidel, ist aber auch nur ein Mann des Überganges, keine nachhaltige andauernde Lösung für die Zukunft. Die Generationenfrage wurde mit diesem Nachfolger nicht gelöst. Raúl stellt eine „*Brückenperson zwischen der Herrschaft Fidel Castros und der nachrückenden Generation dar*“ (Hoffmann 2007b: 2). Raúl wird auch als „*oberster Verwaltungskader*“ (Hoffmann 2008b: 2) bezeichnet, manche scheinen ihm also nicht allzu viel zuzutrauen.

Schmidt-Häuer (21.02.2008) schreibt:

„Raúl, der leicht nuschelt und kaum vom Blatt hochsieht, wenn er seine Reden monoton abliest, hat immer wieder für Ordnung gesorgt“.

Und zu seiner Hartnäckigkeit und seinem genauen Vorgehen: *„Dann schnürte er mit Disziplin, Geduld und seiner Fähigkeit, Verantwortung zu delegieren, das organisatorische und institutionelle Korsett der Revolution“* (Schmidt-Häuer 21.02.2008). Er habe sich aber als *„Wahrer der Stabilität gut bewährt“* (Mayrbäurl 19.12.2007). Immerhin muss Raúl mit der Unzufriedenheit der Kubaner wegen *„lächerlicher Löhne, heruntergekommenen Wohnungen, dem schlechten öffentlichen Transport und politischer Unterdrückung“* (Mayrbäurl 19.12.2007) umgehen.

Zur Diskussion steht, ob Raúl wirtschaftliche Reformen unter der Patronanz der Kommunistischen Partei durchführen wird. Diese Tatsache wird auch als

„chinesische Option“ (vgl. Drekonja 2007) bezeichnet. Diese Aussage steht in der Kritik von Hoffmann (2008b: 4), welcher darauf verweist, dass Kuba keinen Binnenmarkt von einer Milliarde Menschen aufzuweisen hat, und dass weiters mit einer Öffnung im chinesischen Stil die *„politische Machtfrage mitzuverhandeln“* wäre. Hoffmann (2008a: 90) sieht jedoch Möglichkeiten zu einer vietnamesischen Lösung, unter welcher er *„[...] eine Aussöhnung mit den USA ohne Aufgabe des politischen Monopols der Einheitspartei“* sieht. Begründet wir dies mit fehlenden Aussagen Raúls zur Außenpolitik (vgl. Hoffmann 2008a: 90) und Raúls versöhnlichen Gesten gegenüber den USA und der EU. Wirtschaftliche Reformen werden folgen müssen, die jungen Kubaner fordern diese immer stärker ein (vgl. Mayrbäurl 25.02.2008). Diese jungen Kubaner finden nämlich in Kuba keine Möglichkeiten auf ein erfülltes Leben (vgl. Schmidt-Häuer 24.04.2008). Im September 2007 kam es ausgerechnet in Santiago, der Stadt der Revolution, zu Studentenprotesten. Zuerst ging es um die immer häufiger auftretenden Stromausfälle, doch dann weiteten sich die Kundgebungen aus. Als die Universitätsrektorin wegfahren wollte, *„blockierten die Studenten die Limousine, schaukelten sie und forderten die akademische Genossin auf, zu Fuß oder mit öffentlichen Transportmitteln heimzukehren“* (Schmidt-Häuer: 21.02.2008).

Ansatzweise geschehen Reformen, so dürfen Kubaner Computer, Mobiltelefone, Fernseher kaufen, Autos mieten und in Touristenhotel nächtigen (vgl. Gaulhofer 19.04.2008). Jedoch sind diese Produkte für die meisten Kubaner unerschwinglich, *„so kostet ein Einstiegspaket aus Handy, Vertrag und Telefonwertkarte das Zehnfache des mittleren Monatsgehaltes von 19 Dollar“* (Gaulhofer 19.04.2008). Schmidt-Häuer (24.04.2008) spricht von einer *„nachfrageorientierten Politik, wie es sie nie zuvor auf Fidels Eiland gegeben hat“*.

Nach fast 50 Jahren ist die kubanische Revolution bei einem Teil der kubanischen Bevölkerung noch immer beliebt, die Reformen auf dem bildungspolitischen und gesundheitlichen Sektor werden erkannt und als bedeutend angesehen. Doch wie viel Zeit bleibt dem kubanischen Regime angesichts der Tatsache, dass immer mehr Kubaner die ewigen Reden und Hinweise auf eine ruhmreiche Revolution

satt haben und in einem Land leben wollen, wo Menschenrechte, Demokratie und wirtschaftliche Selbständigkeit Bedeutung haben? Dennoch ist eine Revolution unwahrscheinlich, wie Greber (2006 nach Prof. Dietrich) sagt, da das Gewaltpotential von Kubas Opposition ein geringes sei. Mit einem bewaffneten Volksaufstand ist also nicht zu rechnen. Weiters hat das kubanische Militär die Lage auf der Insel Kuba bis heute unter Kontrolle. Solange dieses unter dem Einfluss von Raúl steht, ist wohl kaum mit einer Veränderung in Kuba zu rechnen. Ein Angriff der USA würde weltweit nicht akzeptiert werden und *„die USA wollen keine Gewalt in ihrer Nähe“* (Greber 2006 nach Dietrich). Als möglichste Variante wird eine allmähliche „demokratische Evolution“ (Greber 2006 nach Dietrich) gesehen, die *„Kuba schrittweise in ein „normales“ lateinamerikanisches Land mit mehreren Parteien und Marktwirtschaft verändern wird“* (Greber 2006 nach Dietrich). Sowieso ist Kuba ein, wie bereits erwähnt, in Transition befindliches Land von größter wirtschaftlicher Attraktivität für die USA, welches sich nicht mehr *„im echten Sozialismus“* (Greber 2006 nach Dietrich) befindet, da *„[...] das Militär Waren, die auf dem freien Markt verkauft werden, produziert“* (Greber 2006 nach Dietrich). Diese marktwirtschaftlichen Reformen waren notwendig geworden aufgrund einer wirtschaftlichen Strukturkrise. Die Krise, welche sich über die Wirtschaft hinaus ausgebreitet hatte, wurde durch eine widersprüchliche Politik seitens der politischen Führung ausgeweitet. Es wurden ökonomische Reformen zugelassen, die soziale Gerechtigkeit jedoch nur rhetorisch aufrechterhalten. Eine soziale Fragmentierung der Gesellschaft hatte stattgefunden. Weiters wurden keinerlei Maßnahmen in Richtung einer politischen Öffnung gesetzt, keinerlei Demokratiebestrebungen wurden zugelassen. Die politische Führung wich nicht von ihrem Machtmonopol zurück.

Als Perspektiven für die Zukunft sind zum Beispiel Verhandlungen mit dem Regime in Havanna zu verstehen, oder auch die Vorstellung, dass Reformen in Kuba ihren Beginn nehmen sollten und nicht von außen, von den USA implementiert werden.

Sweig (2007: 55) schlägt folgendes vor:

„By proposing bilateral crisis management and confidence building measures, ending economic sanctions, stepping out of the way of Cuban Americans and other Americans who wish to travel freely to Cuba, and giving Cuba the space to chart its own course after Fidel, Washington would help end the siege mentality that has long pervaded the Cuban body politic and, with the applause of US allies, perhaps help accelerate reform”.

3.5. Zusammenfassung

Kuba stand Anfang der 1990er Jahre nach Beendigung des bipolaren Systems vor großen Herausforderungen, konnte die wirtschaftliche Strukturkrise aber lösen. Wirtschaftliche Reformen unter marktwirtschaftlichen Vorgaben, welche allerdings auf Devisen erbringende Sektoren eingegrenzt wurden, waren notwendig, um die kubanische Revolution abzusichern. Der darauf folgende unterschiedliche Zugang zu US Dollars, später zu pesos convertibles, hatte eine soziale Fragmentierung der kubanischen Gesellschaft zur Folge. Viel zu wenig beachtet wurde die Tatsache, dass Kuba durch die ökonomischen Reformen auch innenpolitische Stabilität und damit die kubanische Revolution bewahren konnte. Als weitere Gründe für die innenpolitische Stabilität sind die Reformen der kubanischen Revolution im Bildungs- und Gesundheitsbereich und die Stabilisierung der kubanischen Nation und Souveränität zu nennen. Darunter sind ein flächendeckendes Gesundheitssystem, das kubanische Sozialversicherungssystem, die Krankenversicherung, Rentenversicherung, die Gleichstellung von Mann und Frau und die Gleichstellung der schwarzen Bevölkerung zu subsumieren. Als positive Errungenschaft der kubanischen Revolution ist außerdem die Egalisierung des kubanischen Bildungssystems zu nennen.

Die Stabilität und die politische Kultur Kubas im Allgemeinen waren besonders durch den charismatischen und autoritären Führungsstil Fidel Castros geprägt.

Bei der Betrachtung des kubanischen Regimes sind aber auch die fehlenden politischen Grund- und Freiheitsrechte und die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Kuba unbedingt anzuführen. Keinerlei Maßnahmen in Richtung einer politischen Öffnung wurden gesetzt, keinerlei Demokratiebestrebungen wurden zugelassen. Die politische Führung wich nicht von ihrem Machtmonopol zurück.

Für die geordnete Nachfolge Fidel Castros und die Zukunft Kubas sind neben dem persönlichen auch institutionelle Faktoren wie die Kommunistische Partei und das Militär bedeutsam. Immer mehr Macht ging auf die Institutionen wie das Militär und die Kommunistische Partei über. Fidel hatte schon Macht und Position der Kommunistischen Partei als legitime Erbin der kubanischen Revolution in den Jahren vor seiner Übergabe gestärkt. Deshalb kann davon gesprochen werden, dass keine Nachfolge sondern nur Kontinuität stattgefunden hatte. Im heutigen Kuba ist das Militär ein zentraler Machtfaktor, unter anderem deswegen, weil es eine umfassende wirtschaftliche Parallelstruktur betreibt. Die kubanische Führung muss versuchen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Kuba zu verbessern und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, um sich selbst eine bessere Legitimationsbasis zu verschaffen (vgl. Zeuske 2004: 336).

Ein Volksaufstand in Kuba ist unwahrscheinlich, da das Gewaltpotential von Kubas Opposition gering ist. Weiters hat das kubanische Militär die Lage auf der Insel Kuba bis heute unter Kontrolle. Solange dieses unter dem Einfluss von Raúl steht, ist wohl kaum mit einer Veränderung in Kuba zu rechnen. Ein Angriff der USA würde auf weltweiten Protest stoßen. Als Perspektiven sind zum Beispiel Verhandlungen mit dem Regime in Havanna zu verstehen oder auch die Vorstellung, dass Reformen in Kuba ihren Beginn nehmen sollten und nicht von außen, von den USA implementiert werden.

4. Kuba und die Europäische Union

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba sind geprägt durch das europäische Ziel der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Kuba, der Forderung der EU nach sichtbarer Demokratisierung in Kuba und dem darauf folgenden Prozess des Übergangs zu einer pluralistischen Demokratie sowie der Förderung eines wirtschaftlichen Aufschwunges, um so den Lebensstandard der kubanischen Bevölkerung zu verbessern (vgl. Artis 1997: 151). Wirtschaftliche Unterstützung der EU wird so an die Frage der Achtung der Menschenrechte und an eine geforderte Demokratisierung in Kuba verknüpft. Die EU-Politik gegenüber ist trotzdem gekennzeichnet durch eine „*policy of constructive engagement*“ (Roy 2006: 107).

Die EU sucht also einen Verhandlungsweg, einen Weg der Kommunikation oder wie es Roy (2006: 113) ausdrückt:

„[...] *soft landing in the terrain of democracy and market economy in the event of a peaceful transition*“.

4.1. Die EU und Helms Burton

Nach dem Ende des Kalten Krieges und einer darauf folgenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Kuba kam es zu einer Politik der Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ländern der EU und Kuba. Länder wie Spanien, Frankreich, Deutschland und Italien wurden in joint ventures vor allem im Tourismus tätig und bauten Hotelanlagen in Kuba. Mehr als die Hälfte aller kubanischen joint ventures Mitte der 1990er Jahre wurden mit europäischer Hilfe geschaffen (vgl. Cubatrade 2008). Dies sehr zum Missfallen der USA, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen schnellen Systemwechsel in Kuba wünschten. Die US-Regierung beschloss in weiterer

Folge den Helms-Burton Act, wobei ich den Inhalt näher im Kapitel Kuba und die USA besprechen werde.

Die Auswirkungen dieses an sich inneramerikanischen Gesetzesaktes auf die EU sind umstritten, die EU hat nach Roy (2006: 100) jedoch folgende Position:

„ [...] the EU believes that the US trade embargo against Cuba is primarily a matter that has to be resolved bilaterally“.

Auf der anderen Seite wirkt der Helms-Burton Act auf EU-Bürger ein, auch auf österreichische Staatsbürger wie anhand des Verkaufes der österreichischen Bawag-PSK Bank ersichtlich. Die Auswirkungen der US-Embargo-Politik bekamen 2007 über 100 in Österreich lebende Kubaner, darunter auch viele inzwischen österreichische Staatsbürger, zu spüren. Diesen wurden nach dem Verkauf der davor im Eigentum der österreichischen Gewerkschaft befindlichen Bawag-PSK Bank an einen US-Investor mit dem Namen Cerberus, welcher in der griechischen Mythologie der Höllenhund war, die Geschäftsbeziehungen und damit ihre Konten gekündigt. Große Aufregung folgte in der österreichischen Öffentlichkeit, da es als ungerechtfertigt angesehen wurde, österreichischen Staatsbürgern, ohne Bekanntgabe der Gründe, ihre Konten zu kündigen. In der Folge kam es zu Solidaritätskundgebungen von Teilen der österreichischen Bevölkerung, viele kündigten ihre Bawag Konten. Protest kam von Seiten der EU aus Brüssel, die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik drohte mit einer Klage gegen die Bawag-PSK Bank. In der Folge stellte sich heraus, dass nicht der US-Investor diese Maßnahme gefordert hatte, sondern der Bawag Vorstand in einer Art vorausseilendem Gehorsam (vgl. Hörtnner 2007: 19) dem US-amerikanischen Eigentümer ein *„sauberes Geldinstitut“* (Hörtnner 2007: 19) übergeben wollte. Zuvor hatte der Bawag Generaldirektor Nowotny jedoch noch beteuert, dass er keine Wahl gehabt hätte, er hatte so handeln müssen (vgl. Standard 2007a). Daraufhin entschuldigte sich der Vorstand der Bawag und nahm seinen Beschluss zurück. Die Anwendung des Helms Burton Act ist *„in Europa rechtswidrig und auch angemessen zu bestrafen, so die EU“* (Szemeliker 28.04.2007). Der EU-

Kommissar Vladimir Spidla wunderte sich über die Bawag, er konnte sich an keinen derartig gelagerten Fall in der EU erinnern (vgl. Szemeliker 28.04.2007).

Die kubanische Botschafterin in Wien, Goicochea, sagte (Presse 2007):

„Die Bawag verletzt mit ihrem Vorgehen auch die österreichische Souveränität. [...] Wir haben unsere Würde, man kann uns nicht wieder kaufen“.

Cerberus erreichte eine Ausnahmegenehmigung beim Office of Foreign Assets Control, der im US-amerikanischen Finanzministerium für die Einhaltung der US-amerikanischen Sanktionen gegenüber Kuba zuständigen Stelle. Sympathie für Kuba, *„den David im Würgegriff des Cerberus“* (Hörtner 2007: 19), und seine aufgrund des US-Embargos schwierige Situation war die Folge nach dieser verunglückten Aktion des Bawag Vorstandes.

4.2. Die Gemeinsame Position

Von 8. bis 10. Februar 1996 besuchte der Vizepräsident der Europäischen Kommission, der Spanier Manuel Marín, die kubanische Hauptstadt Havanna, wo er mit Fidel Castro zusammentraf. Die Gespräche hatten eine mögliche Annäherung zwischen der EU und Kuba zum Inhalt. Diese von der EU in Aussicht gestellte Verbesserung der Beziehungen wurde jedoch durch die Verhaftung von kubanischen Oppositionellen schon während der Abreise des EU-Vertreters belastet. So wurden auch Vertreter der kubanischen Opposition, welche mit Marín zusammengetroffen waren, verhaftet. Wenige Tage später wurde durch eine Aktion der kubanischen Militärs eine Annäherung unwahrscheinlich. So wurden am 24. Februar 1996 Flugzeuge der zivilen US-amerikanischen Organisation *„Brothers to the rescue“* von kubanischen Militärflugzeugen abgeschossen (vgl. Hermanos 2008). Eine gegenüber den Ereignissen kritische Position der EU wurde beschlossen, zum ersten Mal ein lateinamerikanisches Land betreffend (vgl. Roy 2006: 101).

1996 wurde so von der Europäischen Union ein noch heute gültiger, gemeinsamer Standpunkt bezüglich Kuba beschlossen, in welchem von Seiten der EU

Bedingungen für die Zusammenarbeit mit Kuba formuliert wurden. Unter diesen Bedingungen wurden die Einhaltung der Menschenrechte und das Weiterentwickeln eines Demokratisierungsprozesses in Kuba subsumiert. Kooperation und Hilfe seitens der EU wurde mit Reformen in Kuba verbunden (vgl. Roy 2000).

In dieser gemeinsamen Position (Common Position 1996: 1), die noch heute ihre Gültigkeit hat, ist folgendes zu lesen:

„The objective of the European Union in its relations with Cuba is to encourage a process of transition to pluralist democracy and respect for human rights and fundamental freedoms, as well as a sustainable recovery and improvement in the living standards of the Cuban people. A transition is most likely to be peaceful if the present regime were itself to initiate or permit such a process. It is not European policy to try to bring about change by coercive measures with the effect of increasing the economic hardship of the Cuban people”.

Die EU knüpfte ihre Beziehungen mit Kuba also an die Forderungen nach politischer Freiheit und an die Achtung der Menschenrechte, setzte dabei aber auf einen friedlichen Prozess der Partnerschaft.

Trotz dieses gemeinsamen, kritischen politischen Standpunkts erfuhren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kuba und der EU eine deutliche Steigerung. So konnte der Handel verdoppelt werden, EU-Exporte nach Kuba erreichten 2001 den Spitzenwert von 1,43 Milliarden Euro, angeführt von Spanien, folgend Italien und Frankreich (vgl. Roy 2006: 102). Tourismus und bilaterale Entwicklungshilfe waren dabei die wichtigsten Faktoren. 70% der Entwicklungshilfe kamen im Jahr 2001 aus der EU, italienische Touristen machten 13% aller Touristen aus (vgl. Roy 2006: 101). Europäisches Investment machte im Jahre 2001 über 50% alles ausländischen Direktinvestments aus, wobei Spanien mit alleine 25% an der Spitze stand (vgl. Roy 2006: 101). Kubanische Importe in die EU waren vergleichsweise geringer, machten nur 581 Millionen Euro aus und gingen vor allem in die Niederlande (vgl. Roy 2006: 101). Wirtschaftlich kann die

Bedeutung einiger EU-Länder für Kuba anfangs dieses Jahrzehnts als außerordentlich wichtig angesehen werden. Heute hat eine wirtschaftliche Verlagerung in Richtung der ALBA und China stattgefunden.

4.3. Der AKP Vertrag und Kuba

Die EU hat bis heute kein bilaterales Abkommen mit Kuba, übrigens als einzigem Land Lateinamerikas, abgeschlossen. Aufgrund der Absenz eines bilateralen Abkommens kann die EU-Politik gegenüber Kuba auf drei Ebenen gesehen werden. Auf der ersten Ebene sind Entwicklungshilfeprojekte, Hilfe bei Umwelt und Katastrophenschutz wie aktuell nach den Zerstörungen des Sturmes „Ike“ und Kooperationsabkommen in Wissenschaft und Kultur zu subsumieren. Auf der zweiten Ebene ist die stärkere Verankerung Kubas in der Karibik zu sehen und auf einer dritten Ebene werden Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit Kuba aufgrund des AKP Vertrages gesehen. Der Vorgang nach dem Inkrafttreten des AKP Cotonou Abkommens für Kuba, einen Vertrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zwischen der EU und den Staaten Afrikas und der Karibik, wurde jedoch eingefroren (vgl. Roy 2006: 99). Die Initiative für diesen Unterbruch in den Verhandlungen ging diesmal von der EU aus, anders als im Jahre 2000, in welchem sich Kuba aus dem Verhandlungsprozess zurückzog. Die EU trat also gegenüber Kuba mit einer einheitlichen Politik auf.

Die Satzung des AKP Abkommens, welche das Georgetown Agreement aus dem Jahr 1992 darstellt, musste geändert werden, da Kuba zwar Mitglied war, die Handelsvergünstigungen gegenüber den EU-Staaten, resultierend aus diesem Abkommen, jedoch nicht nutzen konnte. Kuba wurde das 78. AKP Mitglied am 14. Dezember 2000 ohne die Cotonou Konvention unterzeichnet zu haben (vgl. AKP 2008). Kuba hatte sich zurückgezogen, obwohl die Zeichen für Kuba günstig standen in Richtung einer Vollmitgliedschaft und einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und Kuba, welche ihre Basis in dem multilateralen Kontext der AKP Staaten finden sollte (vgl. Rodríguez 2002: 5). Der multilaterale Weg hätte die Möglichkeit geboten, sich auf eben diesem Weg der EU

anzunähern, und so Diskussionen über Menschenrechte in Kuba und innenpolitische Probleme, die bei einer bilateralen Annäherung entstanden wären, zu umgehen. Zu betonen ist hier eben der multilaterale Charakter des Cotonou Abkommens, während auf der anderen Seite die Gemeinsame Position der EU aus dem Jahr 1996 eine unilaterale außenpolitische Position der EU darstellt.

Weiters wäre die Frage nach der Einhaltung der Menschenrechte seitens Kuba erst dann zu klären gewesen, wenn Kuba Mitglied des Cotonou Vertrages geworden wäre (vgl. Roy 2003b: 32). Kuba erklärte dann den Schwenk in seiner Cotonou Politik mit dem arroganten und USA abhängigem Verhalten der EU (vgl. Roy 2006: 103). Kuba hatte möglicherweise die Absicht, sich den AKP Staaten anzunähern, ohne dabei aber politische Souveränität aufzugeben (vgl. Grätius 2001: 196). Ein zweiter Antrag auf Aufnahme in das Cotonou Abkommen wurde im Jahr 2003 gestellt, ebenfalls aber wieder zurückgezogen. Eine Konsequenz aus der Aufnahme wäre mehr EU-Entwicklungshilfe für Kuba gewesen.

Die auf der ersten Ebene angesprochene Entwicklungshilfe hatte einen starken Zuwachs von 600.000 Euro im Jahr 1997 auf 8, 2 Millionen Euro im Jahr 2000 zu verzeichnen (vgl. Roy 2006: 103). Diese Maßnahmen der EU sollten das Entstehen einer Demokratiebewegung und kritischen Zivilbevölkerung in Kuba fördern. Katastrophenhilfe im Ausmaß von 1, 8 Millionen Euro wurde seitens der EU für den Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Hurrikans Michelle gegeben. Auch im November 2008 wurde von der EU ein Hilfspaket für die Opfer des Hurrikans Ike, welcher im September 2008 schwere Verwüstungen in Kuba verursacht hatte, beschlossen.

In der Folge der Anschläge auf das World Trade Center 2001 gingen die Einnahmen aus dem Tourismus im Oktober 2001 um 20% zurück (vgl. Roy 2006: 104). Weiters bedeutete die Schließung der russischen Spionagestation in Lourdes, Provinz Havanna, einen jährlichen Entgang von 200 Millionen Euro für den kubanischen Staat. Daher suchte Kuba auf der vorher angesprochenen

zweiten Ebene in seiner geographischen Umgebung nach neuen wirtschaftlichen und politischen Partnern.

Roy (2006: 105) schreibt:

„In consequence, the European Commission has been clearly in favor of promoting the regional integration of Cuba in the Carribean, Latin America, and the ACP context”.

So wurde die Mitgliedschaft Kubas im CARIFORUM, welche seit Oktober 2001 besteht, von der EU auch finanziell unterstützt. Beispielsweise wurden EU-Mittel für eine kubanische Beteiligung an einem karibischen Projekt zur Bekämpfung der Schweinepest bereitgestellt (vgl. Roy 2006: 105). Dies geschah unter dem EU-Vorsitz von Belgien, welches frischen Schwung in die Beziehungen zwischen der EU und Kuba brachte. Überhaupt ist die Frage nach den Beziehungen zwischen der EU und Kuba sehr stark davon abhängig, welches EU Land den Vorsitz in der EU führt und welche Vorstellungen und Prioritäten diese Länder gegenüber Kuba an den Tag legen.

4.4. Die Beziehungen von Spanien und Kuba

Von den späten 1980 er Jahren bis 1996 entwickelten sich die Beziehungen zwischen Spanien und Kuba als *„impressive and enviable bilateral relationship“* (Paetzold 2006: 233). Dies ist vor allem auf Felipe Gonzalez und seine sozialistische Partei zurückzuführen. Ziel war eine friedliche Transition des kubanischen Systems hin zu mehr Demokratie und Menschenrechten. Gonzalez wollte in Kuba eine *„change from within“* (Paetzold 2006: 252) erreichen. Das *„constructive engagement“* (Paetzold 2006: 234) hatte verstärkte wirtschaftliche Beziehungen zur Folge. Hintergrund dieser Politik ist die besondere Beziehung zwischen Spanien und Kuba, da Kuba über viele Jahrhunderte spanische Kolonie war. 1990 trafen sich Fidel Castro und Felipe Gonzalez in Brasilia, wo Gonzalez eine Öffnung Kubas nach dem Vorbild der ehemaligen Ostblockstaaten einforderte. Trotzdem kann die Position der spanischen Regierung als eine andere, als die von exil-kubanischen Kreisen in Miami eingeforderte, angesehen

werden (vgl. Paetzold 2006: 236). Diese werde ich näher im Kapitel Kuba und USA beschreiben. Die Regierung von Felipe Gonzalez hoffte auf ein „*soft landing*“ (Paetzold 2006: 237) Kubas durch eine friedliche Transition des Systems. Diese Politik der sanften Annäherung fand ihr Ende als 1996 José Maria Aznar und seine konservative Regierung die Amtsgeschäfte in Spanien übernahm. Es kam zu einer radikalen Änderung der Beziehungen, Aznar führte seine Regierung zu einer „*policy of direct confrontation with Cuba*“ (Paetzold 2006: 233). Fidel Castro wurde nun als alternder Diktator gesehen. Gonzalez wurde vorgeworfen, dass seine Politik nicht zum Sturz des Systems sondern im Gegenteil zur Festigung des kubanischen Systems geführt hatte. Aznar forderte eine härtere europäische Politik gegenüber Kuba ein, aus dem Gefühl der Stärke heraus. Aznar bezog seine Politik aus dem ungleichen Machtgewicht zwischen der Europäischen Union und Kuba.

Morgenthau (1977: 79) bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen Macht und deren Ausübung:

„Macht ist eine psychologische Beziehung zwischen denen, die die Macht ausüben, und anderen, über die sie ausgeübt wird.“

Aznar folgte diesem neo-realistischen Ansatz, so suchte er auch die Nähe von Jorge Mas Canosa, dem Präsidenten von CANF (Cuban American National Foundation), einer Organisation von Exil-Kubanern in Miami. Diese exil-kubanische Lobby-Organisation begann also Einfluss auf die Beziehungen zwischen Spanien und Kuba zu nehmen. Aznar bestimmte auch die Abfassung der Gemeinsamen Position der Europäischen Union gegenüber Kuba mit. 2003 schien es zu einer Entspannung der Beziehungen zwischen Kuba und Spanien zu kommen, ersichtlich an der Eröffnung einer EU-Repräsentation in Havanna. Doch ließ Castro im März 75 Dissidenten verhaften, welches zu starken Protesten vor allem in Spanien führte. Fidel Castro änderte also seine Politik gegenüber Spanien und der EU fast nach Belieben, er war sich seines geringeren Machtpotentials nicht bewusst. Eine weitere Öffnung Kubas hätte wirtschaftliche Vorteile gebracht, doch neben den charismatischen Fähigkeiten Fidel Castros offenbarte sich so

auch eine störrische Haltung Fidel Castros. Die Politik Fidel Castros führte also nicht zu einer Öffnung Kubas. Die überraschende Wahl von José Luis Zapatero zum spanischen Ministerpräsidenten im März 2004 markierte die Rückkehr zu einer Politik des Dialoges.

Weder der soft power Ansatz von Gonzalez noch der „*hard-soft-hard approach*“ (Paetzold 2006: 253) von Aznar führten zu einer Veränderung des kubanischen Systems. Offenbar wird dadurch jedoch die „*impossibility of implementing a progressive and engagement policy of change in Cuba*“ (Paetzold 2006: 253).

Paetzold (2006: 234) beschreibt die spanische Politik gegenüber Kuba:

„These experiences offer insight into the effectiveness of soft power approaches when dealing with revolutionary Cuba as well as the success and failures of engaging nationalistic dictatorial regimes“.

4.5. Verlauf der EU-Kuba Beziehungen

In der Folge entwickelten sich die Beziehungen zwischen Kuba und der EU nicht weiter in Richtung einer Annäherung, da unter den EU-Vorsitzen von Spanien, Dänemark und Griechenland diese nicht als prioritär betrachtet wurden. Als Konsequenz daraus fehlte Fidel Castro auf dem EU-Lateinamerika Gipfel in Madrid im Mai 2002, möglicherweise auch deshalb um ein Zusammentreffen mit seinem politischen Gegner, dem Ministerpräsidenten von Spanien José Maria Aznar, zu verhindern (vgl. Roy 2006: 105). Fidel reiste lieber nach Brasilien und Argentinien, um dort den Inaugurationen der neuen Präsidenten beizuwohnen.

Unter dem Vorsitz von Dänemark kam es am 4.11.2002 zu einem Treffen zwischen Vertretern der EU und Kuba. Vereinbart wurde ein Beobachterstaus von Kuba für die „*all ACP phase of the Economic Partnership negotiations*“ (Roy 2006: 105). Am 8. Dezember 2002 suchte Kuba überraschend um Aufnahme in das Cotonou Abkommen an. Dies passierte unter dem Hintergrund einer Wirtschaftskrise in Kuba, weshalb eben Fidel Castro versuchte, die Wirtschaftsbeziehungen zur EU verbessern.

Als ein weiteres Zeichen für den kubanischen Willen nach einer Öffnung in Richtung EU kann die Ausreiseerlaubnis für den kubanischen Oppositionellen, Osvaldo Payá, um den Sakharov Preis entgegenzunehmen, gedeutet werden.

Am 10. Dezember 2002 wurde die Gemeinsame Position der EU gegenüber Kuba aus dem Jahr 1996 bestätigt, jedoch versehen mit zwei Abänderungen. Erstens wurden in Fragen der Entwicklungshilfe keine Grenzen gesetzt solange als Kuba die Menschenrechte achtet, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verbessern gewillt ist und für nachhaltiges Wirtschaftswachstum sorgt. Zweitens wurde der Zeitraum der Überprüfung der Gemeinsamen Position von sechs auf zwölf Monate verlängert.

Eine EU-Repräsentation in Havanna wurde anfangs 2003 eröffnet, dies kann als „*policy of constructive engagement*“ (Roy 2006: 107) angesehen werden. Die Ereignisse im April 2003 änderten jedoch schnell den Annäherungsansatz der EU. Nach einer Annäherung von Kuba an die Europäische Union in den 1990iger Jahren kam es also nach Kritik seitens der EU an andauernden Menschenrechtsverletzungen in Kuba zu einer Abschwächung der politischen Beziehungen. Nach einer Verhaftungswelle von kubanischen Dissidenten im Jahre 2003 wurden viele in fragwürdigen Gerichtsverfahren zu langen Strafen verurteilt, weil sie ihr Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen hatten.

Im April 2003 wurden weiters drei Entführer einer kubanischen Fähre in einem Gerichtsverfahren abgeurteilt und kurz danach hingerichtet, wodurch die kubanische Regierung internationale Mindeststandards für die Vollstreckung der Todesstrafe missachtete.

Roy (2006: 98) erklärt die Reaktion Brüssels:

„[...] *the bluntness of the response (disproportionate imprisonment and summary executions by firing squad) was too much for Brussels to swallow.*“

Die kubanische Regierung rechtfertigte ihre ungerechtfertigten Maßnahmen (vgl. Roy 2006: 98) der Verhaftungen und Vollstreckung der Todesstrafe mit einer Zunahme von Tätigkeiten der innerkubanischen Opposition und verstärkter Unterstützung der Handlungen kubanischer Dissidenten durch die Regierung der Vereinigten Staaten (vgl. Roy 2006: 98). Nach der Verhaftung von 76 Dissidenten suchten deren Organisationen um EU-Hilfe zwecks Freilassung an.

Kritische Kommentare europäischer Medien bezogen auf das Verhalten der kubanischen Regierung folgten, europäische Intellektuelle schrieben Petitionen und forderten eine Verurteilung von Kuba. Gegenreaktionen der EU ließen nicht lange auf sich warten. Nicht nur konservative, die Politik der USA gegenüber Kuba unterstützende, Politiker verurteilten die kubanische Regierung, sondern auch gemäßigte europäische Regierungen protestierten.

Roy (2006: 98) beschreibt die Proteste:

„Traditionally acquiescent governments in Europe made explicit complaints. Important backers of the Cuban regime abandoned their endorsement, changing it to a straight denunciation“.

Kubanische Reaktionen sprachen von „*Opportunismus*“ (Roy 2006: 108) der EU Politiker, die EU warnte vor einem Zerstören der mühsam erarbeiteten Verbesserungen für Kuba. Viele europäische Länder nahmen ihre bereits genehmigten Entwicklungsgelder zurück und schränkten ihre Maßnahmen in Kuba ein. Besonders die italienische Regierung unter Silvio Berlusconi tat sich hervor, so forderte diese ein EU-Embargo gegen Kuba und die diplomatischen Beziehungen auf ein notwendiges Mindestmaß abzusinken. Das kubanische Außenministerium wies daraufhin, dass die EU nicht mit gleicher Vehemenz gegen die Verhaftung von fünf kubanischen Sicherheitsagenten in Miami protestierte. Weiters wurde darauf verwiesen, dass nach kubanischen Vorstellungen mit unterschiedlichen Standards vorgegangen wird, da ja die Vereinigten Staaten niemals offiziell trotz einer viel höheren Zahl an Hinrichtungen, verurteilt wurden. Die Verurteilungen und Hinrichtungen wurden gemäß kubanischem Recht vollzogen und waren *„a sad but absolute necessity for*

defending the vital right to national independence and sovereignty as the United States is looking for a pretext for an armed intervention“ (Roy 2006: 109).

Am 16. Mai zog Kuba seinen Antrag auf Mitgliedschaft für das Cotonou Abkommen der AKP Staaten zurück und verzichtete so auf EU-Entwicklungshilfe. Kuba wollte so wohl einer möglichen Ablehnung seiner Mitgliedschaft durch die EU zuvorkommen. Ein langer Prozess von Kuba, in welchem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion neue Partner gesucht wurden, kam nun zu seinem Ende.

Nach eingehenden Beratungen beschloss die EU (2003) am 5. Juni unter griechischem Vorsitz schließlich eine einheitliche Stellungnahme:

„Der Rat stellt fest, dass sich die Menschenrechtssituation in Kuba seit der letzten Bewertung durch die Europäische Union drastisch verschlechtert hat, und bedauert zutiefst das Verhalten der kubanischen Behörden, insbesondere was die Rückkehr zur Anwendung der Todesstrafe, die Verletzung der Freiheiten in diesem Land und die Verschlechterung der Beziehungen zu den EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländern betrifft. Der Rat bestätigt erneut, dass der gemeinsame Standpunkt 96/697/GASP weiterhin Gültigkeit hat, und erwartet eine veränderte Haltung der kubanischen Behörden und größere Reformbemühungen als Voraussetzungen für den Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und Kuba“.

Die Europäische Union hat in dieser Stellungnahme also ihre Frustration über fehlende kubanische Reformen verdeutlicht (vgl. Roy 2003) und ihren Ärger über die kubanische Regierung gezeigt. Der Europäische Rat hat weiters eine Verurteilung der kubanischen Politik beschlossen. Unter den Beziehungen zwischen Kuba und der Europäischen Union sind für mich in erster Linie die Verbindungen mit den gemeinsamen Institutionen der Mitgliedsländer der EU zu verstehen, erst am Schluss dieses Kapitels untersuche die Beziehungen zwischen Kuba und einzelnen EU-Ländern.

Fidel Castro reagierte mit äußerst harten Worten auf die Stellungnahme der EU, er bezeichnete die EU als „[...] *mafia allied with fascist imperialists*“ (Mas 2003). Der spanische Ministerpräsident Aznar wurde als „*fascist*“ und „*little Führer*“ (Mas 2003) bezeichnet. Kuba beschloss ein bilaterales Abkommen für das spanische Kulturzentrum in Havanna zu kündigen und so auf die Renovierung desselbigen zu verzichten. Fidel Castro beschuldigte die EU abhängig von der USA zu sein, so bezeichnete er die EU als ein trojanisches Pferd der USA (vgl. Junge Welt 2003). Weiters machte Fidel Anspielungen auf die Geschichte und meinte, dass sich Kuba von früheren Kolonialherren nichts sagen lassen müsse (vgl. Henkel 2003).

Die Beziehungen zwischen Kuba und der EU verschlechterten sich und wurden reduziert auf ein Niveau ähnlich dem aus dem Jahre 1996, wo die EU eine gemeinsame Position gegenüber Kuba verabschiedet hatte. Die EU ging zu einer „*wait and see attitude*“ (Roy 2006: 114) über, währenddessen sie ihre bereits erwähnte „*policy of constructive engagement*“ (Roy 2006: 107) weiterführte.

Es kann jedoch auch davon gesprochen werden, dass die Beziehungen zwischen der EU und Kuba charakterisiert sind durch das Fehlen einer gut koordinierten Politik der EU, somit bleibt den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU auch Raum für eigene Initiativen. Belgien wird als neutraler Beobachter gesehen, umso kritischer gegenüber Kuba, wenn das Land von den konservativen Parteien regiert wird (vgl. Roy 2003b: 5). Österreich hat einen kulturellen Zugang zu Kuba, die Politik Schwedens ist gekennzeichnet durch einen Art „*nordic fundamentalism*“ (Roy 2003b: 5), der sich auf die Achtung der Menschenrechte fokussiert. Finnland hat als einziges der alten EU Länder bis heute noch keine Botschaft in Havanna eröffnet. Deutschland hat sich oftmals für eine punktuelle Annäherung ausgesprochen, während Großbritannien auf einen Wechsel in Kuba durch Handel und Kooperationen setzt. Italien und Frankreich setzen auf einen wirtschaftlichen Zugang, vor allem im Tourismus, die Regierung Portugals initiierte neue Bestrebungen für eine verbesserte Zusammenarbeit mit Kuba (vgl. Roy 2003b: 6).

Die Bedingungen der Gemeinsamen Position aus dem Jahr 1996 werden aber nicht unbedingt von allen EU-Staaten gleich eingehalten. Spanien verletzte diese durch Handelstätigkeiten, nur die skandinavischen Länder scheinen sich an die einzelnen Positionen zu halten. Auch bezüglich einer möglichen Cotonou Mitgliedschaft Kubas erscheint die EU durch unterschiedliche Positionen gespalten. Als diesem Ansuchen Kubas positiv gegenüberstehend sind Frankreich, Spanien, Italien und Portugal zu nennen, während Finnland, Schweden, die Niederlande und Großbritannien als ablehnende Länder subsumiert werden (vgl. Roy 2003b). Österreich, Belgien und Finnland werden als nicht so einflussreich in der Karibik und als neutral eingestuft.

Am 31. Jänner 2005 beschloss der EU-Rat nach vielen Verhandlungen die weitere Gültigkeit der Gemeinsamen Position, jedoch alle sechs Monate darüber zu beraten. Die EU-Politik gegenüber Kuba ist also geprägt durch das Erlauben von Kommunikation auf der einen Seite und einem Ermöglichen eines *„soft landing in the terrain of democracy and market economy in the event of a peaceful transition“* (Roy 2006: 113) auf der anderen Seite. Die europäische Politik gegenüber Kuba ist gekennzeichnet durch *„prudent degree of restraint and communication“* (Roy 2006: 114).

Im Juni 2006 wurde seitens des EU-Ministerrates die Ausarbeitung eines neuen EU-Strategiepapiers gegenüber Kuba in Auftrag gegeben. Bedeutend war dabei die Rolle Tschechiens, das in Zusammenarbeit mit anderen ex-kommunistischen Staaten einen Entwurf vorstellte, der *„aus der Feder des US- State- Departments hätte stammen können“* (Hörtner 2007: 19). Tschechien und Polen unterstützten die US-amerikanische Politik gegen Kuba anscheinend aus einer gewissen Dankbarkeit heraus. Göll (2005) begründet dies mit der US-amerikanischen Rolle in den ehemaligen Ostblockstaaten nach dem Fall des Eisernen Vorhanges:

„Das mag an den Erfolgserlebnissen in Osteuropa liegen“.

Sweig (2007: 51) spricht von der Vorbildrolle der ehemaligen Ostblockstaaten:

„Cuba´s transition will be a hybrid of those in Eastern Europe“.

In Tschechien ist nämlich eine NGO mit dem Namen People in Need (PIN), die von der 1983 unter US-Präsident Ronald Reagan gegründeten halbstaatlichen Nationalstiftung für Demokratie mitfinanziert wird, einflussreich und damit federführend, an den gegenüber Kuba formulierten Bedingungen, tätig (vgl. Hörtnert 2007: 19). Das International Committee for the Democracy in Cuba (ICDC), ein Netzwerk anticastristischer Organisationen (vgl. Hörtnert 2007: 20), ist in einem PIN Büro in Prag eingemietet und organisierte 2006 in Berlin eine große Konferenz zur demokratischen Situation in Kuba. Anwesend war dort Caleb Mc Carry, ein von der US-amerikanischen Regierung eingesetzter Übergangskoordinator (vgl. Hörtnert 2007: 20) für Kuba, der einen gemeinsamen Standpunkt der EU und der USA gegenüber Kuba koordinieren sollte (vgl. Göll 2006). Dieser Standpunkt bestand in der Ablöse des derzeitigen kubanischen Regimes und der Koordinierung der Politik für die Zeit danach (vgl. Hörtnert 2007: 20). Mc Carry wurde jedoch nur vom belgischen Außenministerium empfangen, andere offizielle EU-Stellen boten ihm keine Möglichkeit, seinen Standpunkt darzulegen. Die EU wollte eine kubanische Delegation einladen, um die kubanische Meinung zu den Menschenrechten und Demokratisierung zu evaluieren.

Hörtnert (2007: 20) schreibt zu den Aussichten eines neuen, gemeinsamen Standpunkts der EU:

„Man kann wohl davon ausgehen, dass der von Tschechien und anderen Gegnern Kubas-und Anhängern der US Politik- eingebrachte radikale Diskussionsentwurf innerhalb der EU keine Mehrheit findet“.

2007 suchte Kuba einen bilateralen Konsultationsweg mit Spanien, wo auch Fragen über Menschenrechte zugelassen wurden (vgl. Neuber 2006).

Innerhalb des Rahmens der EU wollte Kuba diese unangenehmen Fragen jedoch nicht zulassen. Die Politik der EU und der USA gegenüber wird auch immer in den eigenen Lagern kritisiert, und es wird versucht eine Normalisierung der Beziehungen zu erreichen.

So sagte der frühere britische Handelsminister Brian Wilson (Göll 2005):

„Kritik [an Kuba] sollte niemals die Tatsache ignorieren, dass Kubas wichtigster Beitrag für die Welt darin besteht, den lebendigen Beweis dafür zu liefern, dass es möglich ist, Armut, Krankheiten und Analphabetismus in einem Land zu besiegen, das mit allen dreien mehr als vertraut war. Das ist ein ziemlich großer Nutzen. Und die Tatsache, dass dies angesichts anhaltender Feindschaft eines zwanghaft besessenen Nachbarn erreicht wurde, macht alles umso erstaunlicher“.

Diese Kritik ist umso erstaunlicher, da ja gerade den britischen Regierungen ein besonderes Naheverhältnis zu den USA nachgesagt wird. Im Juni 2007 präsentierte die deutsche Präsidentschaft ein Schreiben, in welchem die neue Regierung ohne Vorbedingungen nach Brüssel eingeladen wurde (vgl. Hoffmann 2008a: 91). Im Juni 2008 wurde bei einem Ministerratstreffen der 27 EU-Staaten in Luxemburg die Aufhebung der Sanktionen gegen Kuba beschlossen. Jedoch verband die EU Bedingungen mit dem Ende der Sanktionen. So ist die Aufhebung der Sanktionen auf ein Jahr befristet und nur dann beizubehalten, wenn die kubanische Regierung in dieser Zeit politische Gefangene in die Freiheit entlässt (vgl. ORF 2008a).

Die spanische Regierung hatte sich 2008 auf einem EU-Ministerratstreffen in Luxemburg für das Ende der Sanktionen gegen Kuba eingesetzt, da nach Einschätzung der spanischen Regierung in Madrid in Folge der Machtübernahme Raúl's, Anzeichen für eine politische Öffnung Kubas in Richtung mehr Demokratie zu erkennen sind (vgl. ORF 2008a).

Im Oktober 2008 wurde eine Absichtserklärung zwischen dem kubanischen Außenminister, Felipe Perez Roque, und dem EU-Entwicklungskommissar, Louis Michel, vereinbart, mit dem Inhalt die im Jahr 2003 aufgrund der bereits erwähnten Verhaftung von Dissidenten unterbrochene Zusammenarbeit wieder aufzunehmen. Die im Jahr 2003 von der EU so stark bemängelte Menschenrechtslage in Kuba, sah der EU-Entwicklungsdirektor, Stefano Manservigi, folgendermaßen (Standard

2008a): „ *Wenn es Bewegung gibt, wenn es Reformen gibt, wenn sich etwas bewegt, muss man meiner Meinung nach optimistisch sein.*“

Die EU nahm also die Zusammenarbeit mit der kubanischen Regierung offiziell wieder auf. EU-Entwicklungshilfekommissar, Louis Michel, meinte (Standard 2008c): „*Das ist ein Wendepunkt in den europäisch-kubanischen Beziehungen*“. Vereinbart wurden Handelserleichterungen, Hilfe bei Umwelt und Katastrophenschutz und eine Unterstützung in den Bereichen Wissenschaft und Kultur. Am 26.11. 2008 wurde ein Kooperationsvertrag zwischen der EU und Kuba über 30 Millionen Euro unterzeichnet zwecks der Finanzierung von Entwicklungshilfeprojekten (vgl. Standard 2008a). Beinhaltet war auch Hilfe für die Opfer des Hurrikans Ike, welcher im September 2008 schwere Verwüstungen in Kuba verursacht hatte.

4.6. Zusammenfassung

Die Auswirkungen des Helms Burton Act, ein an sich inneramerikanischer Gesetzesakt, auf die EU sind umstritten. Die EU hat bis heute kein bilaterales Abkommen mit Kuba, übrigens als einzigem Land Lateinamerikas, abgeschlossen. Aufgrund der Absenz eines bilateralen Abkommens kann die EU-Politik gegenüber Kuba auf drei Ebenen gesehen werden. Auf der ersten Ebene sind Entwicklungshilfeprojekte, auf der zweiten Ebene die stärkere Verankerung Kubas in der Karibik und auf einer dritten Ebene werden Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit Kuba aufgrund des AKP Vertrages gesehen. Kuba ist zwar Mitglied des AKP Vertrags, hat das wichtige Cotonou Abkommen jedoch nie unterschrieben. Der multilaterale AKP Vertragsweg hätte die Möglichkeit geboten, sich auf eben diesem Weg der EU anzunähern, und so Diskussionen über Menschenrechte in Kuba und innenpolitische Probleme, die bei einer bilateralen Annäherung entstanden wären, zu umgehen.

1996 wurde von der Europäischen Union ein noch heute gültiger, gemeinsamer Standpunkt bezüglich Kuba beschlossen, in welchem von Seiten der EU Bedingungen für die Zusammenarbeit mit Kuba formuliert wurden. Unter diesen

Bedingungen wurden die Einhaltung der Menschenrechte und das Weiterentwickeln eines Demokratisierungsprozesses in Kuba subsumiert. Kooperation und Hilfe seitens der EU wurde mit Reformen in Kuba verbunden (vgl. Roy 2000).

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba sind eben geprägt durch das europäische Ziel der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Kuba, der Forderung der EU nach sichtbarer Demokratisierung in Kuba und dem darauf folgenden Prozess des Übergangs zu einer pluralistischen Demokratie sowie der Förderung eines wirtschaftlichen Aufschwunges, um so den Lebensstandard der kubanischen Bevölkerung zu verbessern (vgl. Artis 1997: 151). Wirtschaftliche Unterstützung der EU wird so an die Frage der Achtung der Menschenrechte und an eine geforderte Demokratisierung in Kuba verknüpft. Die EU-Politik gegenüber Kuba ist trotzdem gekennzeichnet durch eine „*policy of constructive engagement*“ (Roy 2006: 107).

Die EU sucht also einen Verhandlungsweg, einen Weg der Kommunikation oder wie es Roy (2006: 113) ausdrückt:

„ [...] *soft landing in the terrain of democracy and market economy in the event of a peaceful transition*“.

Die EU knüpfte ihre Beziehungen mit Kuba also an die Forderungen nach politischer Freiheit und an die Achtung der Menschenrechte, setzte dabei aber auf einen friedlichen Prozess der Partnerschaft.

Kuba sucht aber vor allem bilaterale Beziehungen zu den EU-Ländern, da sich Kuba in diesen anscheinend wohler fühlt, oder wie es Roy (2006: 100) ausdrückt „ [...] *in a modest scale of a divide-and-conquer approach*“ als „ [...] *in the Byzantine terrain of the EU institutions where national interests are protected and covered under the rules of consensus*“ (Roy 2006: 100).

5. Kuba und seine Beziehungen zur USA

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba sind geprägt durch einen institutionalisierten Dauerkonflikt. Mit dem Ende der bipolaren Welt war das sicherheitspolitische Argument nicht mehr schlüssig, die Forderungen nach Demokratie wurden nun von den USA zum bestimmenden Faktor.

Die USA dienen der kubanischen Regierung dabei als Feindbild, um die Verantwortung für die anhaltend schlechten wirtschaftlichen Beziehungen und die fehlenden politischen Reformen auf den Gebieten der Grund- und Freiheitsrechte auf die USA zu schieben. Untersuchen werde ich weiters die Gründe für das bestehende US-Embargo gegenüber Kuba. Das Embargo der USA dürfte in gewisser Weise jedoch auch Castro und seine Regierung stärken. So bietet sich ihnen die Möglichkeit all ihre Versäumnisse auf die USA und ihr Embargo abzuwälzen und unter ihren Anhängern einen solidarischen Effekt zu erreichen.

Gratius (2000: 191) beschreibt dies:

„Die kubanischen Machthaber nutzen jede Gelegenheit, um das US Embargo und den von der „Mafia“ des Exils angeheizten Konfrontationskurs der Amerikaner gegen Kuba anzuprangern“.

Durch ein Feindbild lässt es sich leichter regieren, eine Entspannungspolitik seitens der USA käme Castro nicht gelegen, denn nichts könnte dem Regime und seinem nationalistischem Diskurs gefährlicher werden (vgl. Gratius 2000: 191).

Von besonderer Bedeutung ist dabei die Beschreibung des Einflusses exilkubanischer Lobbies auf gesetzliche Entscheidungen. Diese kubanische Exilgemeinde in den USA bildet jedoch keinen homogenen Körper. Die unter dem Druck der bereits seit vielen Jahren in den USA lebenden Kubanern zustande gekommenen Gesetze bezüglich der Verschärfung des Embargos gegenüber

Kuba fanden nicht immer die Zustimmung der erst in den letzten Jahren emigrierten Kubaner.

Artens (2004: 180) schreibt:

„Für diese Bevölkerungsgruppe stellen die neuen Maßnahmen, sofern sie effektiv umgesetzt werden, eine Katastrophe dar.“

5.1. Der Cuban Democracy Act

Anfang der 1990er Jahre hatte Kuba sowohl unter dem Wegfall seiner bisherigen Handelsbeziehungen als auch unter der Verschärfung des US-Handelsembargos zu leiden. Unter dem amerikanischen Präsidenten Bush senior wurde die harte Linie seines Vorgängers, Ronald Reagan, fortgesetzt, es kam jedoch zu für Kuba wichtigen weltpolitischen Entwicklungen. Die ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas begannen ihre wirtschaftliche und politische Transformation, und 1991 kam es zum Zerfall der Sowjetunion in einzelne Staaten. Die strategische Bedeutung Kubas war so im Schwinden, da nun militärisch durch die ausbleibende Unterstützung von Seiten der Sowjetunion und politisch durch das Scheitern der sozialistischen „Weltrevolution“ keine Gefahr mehr für die Vereinigten Staaten gegeben war. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wäre wohl eine Lockerung des Embargos zu erwarten gewesen. Jedoch kam es im Gegenteil im Präsidentenwahlkampf 1992 zwischen Bush und seinem Herausforderer, Bill Clinton, zu einer Verschärfung desselbigen.

Weinmann (2004: 24) merkt dazu an:

„In 1992 candidate Bill Clinton backed the Cuban Democracy Act promoted by New Jersey's former senator Robert Torricelli, who claimed the law would bring Castro to his knees in six months.“

Der Cuban Democracy Act wurde also im Frühjahr 1992 von Toricelli eingereicht, deshalb auch Toricelli Gesetz genannt. Das Gesetz beinhaltete eine Verschärfung der Blockade gegen über Kuba (vgl. Krämer 1998: 88), amerikanische Häfen

wurden für Schiffe von und nach Kuba gesperrt, Flugverbindungen ausgesetzt und das Handelsembargo auf ausländische Tochterunternehmen amerikanischer Firmen ausgedehnt. Der Export von Lebensmitteln und Medikamenten nach Kuba wurde gestattet, sofern diese ausschließlich dem Nutzen der kubanischen Bevölkerung dienlich sind. Weiters wurde eine Höchstgrenze für Geldüberweisungen festgelegt. Bedingungen für eine mögliche Übergangsregierung ohne Fidel Castro wurden bestimmt, die besagen, dass innerhalb von sechs Monaten demokratische Wahlen abzuhalten wären, Grund und Menschenrechte anerkannt werden müssten, und keine Unterstützung für den gewaltsamen Umsturz in anderen Ländern gewährt werden dürfte.

Weinmann (2004: 25) schreibt dazu:

„The legislation also strictly defines the conditions for a transition in Cuba: it calls for „free and fair elections. [...] but would bar recognizing the outcome if Fidel or Raúl Castro were victors“.

Das Toricelli Gesetz führte zu einer Verurteilung in der UNO-Generalversammlung. Da sich das Embargo auch auf Nahrungsmittel und Medikamente bezog, stellte es eine Verletzung der UNO-Charta dar. Die amerikanische Regierung unter Bush senior stand diesem Gesetz jedoch zuerst ablehnend gegenüber, änderte ihre Meinung aber rasch als Gegenkandidat Clinton sich in einer in Florida gehaltenen Rede eben für dieses Toricelli Gesetz aussprach. Clinton erhielt einen größeren Betrag von der Cuban American National Foundation (CANF) als Wahlkampfspende, Bush nach Unterzeichnung ebenfalls. Bush fürchtete auch die Wahlkampfunterstützung der exilkubanischen Gemeinde in Miami, Florida, zu verlieren. Dies aufgrund der Tatsache, dass eine zahlenmäßig kleine Gruppe von 1,2 Millionen Exilkubanern konzentriert auf wenige Bezirke in dem „swing state“ Florida (Artens 2004: 174), einen außergewöhnlich großen Einfluss auf die Washingtoner Politik haben (vgl. Artens 2004: 174). Florida ist unter die „swing states“ (Artens 2004: 174) zu zählen, da die Mehrheit zwischen Republikanern und Demokraten öfter wechselt. Weiters deswegen, weil in dem bevölkerungsreichen Staat der Wahlsieger nach dem

amerikanischen Wahlrecht alle electors, darunter sind die Wahlmänner zu verstehen, mitnimmt.

So schreibt Artens (2004: 172):

„George W. Bush gewann im Jahr 2000 mit einem Vorsprung von nur 537 Stimmen den Bundesstaat Florida und damit die amerikanische Präsidentschaft. Hierbei erwiesen sich die Stimmen der kubano-amerikanischen Community einmal mehr als wahlentscheidend“.

Die amerikanische Politik gegenüber Kuba hat innenpolitische Wurzeln. Die hauptsächlich in Miami beheimatete exilkubanische Lobby, die unter dem Einfluss des mächtigen Bacardi Clans steht, hat starken Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess in Washington.

Sweig (2007: 40) bezeichnet dies mit den Worten:

„[...] domestic politics has driven policymaking“.

Artens (2004: 174) schreibt dazu:

„Seit Ende des Kalten Krieges gilt Kuba als [...] ein außenpolitisches Problem, das mehr von innenpolitischen Parametern und Akteuren als von zwischenstaatlichen Themen bestimmt wird“.

Eine der einflussreichsten Organisationen der Exil Kubaner in Florida ist, wie bereits erwähnt, die CANF (Cuban American National Foundation), deren langjähriger Vorsitzender, Mas Canosa, ein erbitterter Gegner Fidels war (vgl. Herzka 1998: 239). Mit Hilfe dieser Organisation wird auch Radio Martí ausgestrahlt, das Kuba mit Nachrichten aus den USA versorgt. Die zugewanderten Kubaner verfügen oft auch über eine gute Ausbildung im Gegensatz zu anderen Migranten aus Mexiko oder Zentralamerika.

Das kommunistische Regime Kubas ist für die Vereinigten Staaten außenpolitisch von geringerer Bedeutung, umso mehr beschäftigt Kuba aber die amerikanische

Innenpolitik. Die Interessen einer Minderheit, von mächtigen Lobbys bestimmen so die Politik entgegen den Vorstellungen einer Mehrheit. Es bestehen durchaus gemeinsame Werte zwischen gesellschaftlichen Gruppen in Kuba und den USA. Da der Einfluss dieser Gruppen in Kuba jedoch unterdrückt wird und in den USA nicht in die Ebene der Entscheidungsfindung hineinreicht, erscheint die Herausbildung einer gemeinsamen Identität und einer daraus resultierenden Kooperation als eher unwahrscheinlich. Artens (2004: 174) schreibt, dass nach Umfragen 70% der amerikanischen Bürger eine Aufhebung des US-Embargos gegenüber Kuba befürworten, ganz abgesehen von der Ablehnung einer Verschärfung wie durch das Toricelli Gesetz geschehen.

5.2. Helms Burton Act

Im Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act, der 1995 von Senator Jesse Helms Burton eingebracht und 1996 beschlossen wurde, kam es zu einer Ausweitung des Embargos gegenüber Kuba. So wurde Geschäftsmännern, die Handel mit Kuba treiben wollten, die Einreise in die USA verweigert. Zuckerimporte aus Kuba wurden untersagt, dagegen handelnde Staaten wurde die Einstellung der amerikanischen Handelsbeziehungen angedroht. Ausländische Firmen, die in Kuba investierten und dabei enteignetes, amerikanisches Vermögen erwarben, wurden mit gerichtlichen Verfahren in den USA bedroht. Die internationale Ablehnung bezog sich auf die gegen Drittstaaten möglichen Sanktionen im Falle einer Nutzung von ehemaligem Besitz der USA oder Staatsbürgern der USA (siehe EU Kapitel). Die USA verwies bei ihrer Embargo Politik auf das Beispiel von Südafrika, wo nach Meinung der US Regierung die Sanktionen den Sturz des Apartheid Regimes nach sich zogen (vgl. Sweig 2007: 52). Dabei wird aber auf die geschlossene Haltung der internationalen Staatengemeinschaft in der Südafrikafrage vergessen.

Sweig (2007: 52) erklärt dies:

„[...] in contrast to the unilateral US embargo on Cuba, they were international in scope”.

Bill Clinton konnte 1996 nach Verabschiedung des Helms Burton Act um die 38% der kubano-amerikanischen Stimmen gewinnen, ein einmalig hoher Wert für einen Kandidaten der Demokraten (vgl. Artens 2004: 176). Besonders wichtig sind dabei die Wahlergebnisse in Florida, welches ein „*swing state*“ (Artens 2004: 174) ist. Die Kubano-Amerikaner werden auch als „*single issue voters*“ (Artens 2004: 176) bezeichnet, worunter ein einziges für die Wahlentscheidung entscheidendes Politikfeld zu verstehen ist. Im Fall der Kubano-Amerikaner ist das eben die Politik der USA gegenüber Kuba. Dabei ist es jedoch so, dass die mehrheitlich konservative Haltung der Kubano-Amerikaner (vgl. Artens 2004: 176) in modernen Gesellschaftsfragen eher die Republikaner begünstigt. Diese Haltung befindet sich im Wandel, da immer mehr Exilkubaner die Embargopolitik als gescheitert betrachten und diese Politik durch eine des „*engagement*“ (Artens 2004: 176) ersetzt wissen wollen. Darunter sind zum Beispiel Verhandlungen mit dem Regime in Havanna zu verstehen oder auch die Vorstellung, dass Reformen in Kuba ihren Beginn nehmen sollten und nicht von außen, von den USA, implementiert werden können. Involviert in die Gesetzwerdung des Helms Burton Act war auch Otto Reich, welcher ein Lobbyist des von Castro des Landes verwiesenen Bacardi Clans ist. Reich sorgte auch für die Versorgung der kubanischen Dissidenten mit Informationen.

Weinmann (2004: 25) schreibt über die Auswirkungen von Helms Burton:

„In another kick, Helms Burton earmarked some 6 million US Dollar annually for the US Agency for International Development to fund groups providing material supports to dissidents in Cuba“.

Das Burton Helms Law fand international keine Zustimmung. Besondere Beachtung fanden die extraterritorialen Abschnitte über die möglichen Klagen vor US-Gerichten, im Gesetzestext als „*trafficking*“ (Artens 2004: 179) bezeichnet, und die Möglichkeit an dem so definierten Schwarzhandel beteiligte Personen und ihre Familien aus der USA auszuweisen beziehungsweise sie gar nicht einreisen zu lassen. Es erscheint fast so, als ob die USA außerhalb der internationalen Staatengemeinschaft stünde oder einfach Gesetze nach ihren Spielregeln

beschlosse. Diese Auswirkungen des Helms Burton Law auf Drittstaaten bespreche ich im Kapitel der EU am Beispiel des Bawag Skandals in Österreich.

Das Embargo verfehlte seine Ziele, Fidel Castro wurde vielleicht dadurch sogar gestärkt, da er ebendieses auch für die eigenen Fehler verantwortlich machen konnte. Weiters bleibt die Feststellung, dass der amerikanischen Wirtschaft aufgrund des Embargos Geschäfte entgehen. So machen eben Unternehmen aus Staaten wie Spanien, Kanada, China und Russland Geschäfte mit Kuba (vgl. Hörtnner 2007: 19). Die USA und ihr Embargo mussten als Hauptgrund für die schlechte wirtschaftliche Lage herhalten. So scheint dadurch auch eine Radikalisierung des nationalen Bewusstseins und die bestärkte Position Castros zu erklären zu sein (vgl. Zeuske 2004: 260). Auch bleibt oftmals die Lage der Menschen in Kuba unberücksichtigt. Sie leiden unter dem Embargo besonders aufgrund fehlender Medikamente, fehlender Lebensmittel und ausbleibender Zahlungen der Exilkubaner. Welchen Schaden die rigide Embargo- Politik der USA in Kuba verursacht hat, ist nur schwer einzuschätzen. Nach kubanischen Berechnungen hat das Embargo der Insel Kuba in 48 Jahren einen Schaden von über 80 Milliarden US Dollar zugefügt (vgl. Hörtnner 2007: 18). Die kubanische Regierung versuchte aber auch immer wieder das Embargo zu umgehen, so betrug 2003 der Anteil kubanischer Lebensmittelimporte aus den USA bereits 25% aller Importe (vgl. Henkel 2004). Diese Summe ist höher als die gesamte multilaterale EU-Entwicklungshilfe für Lateinamerika desselben Jahres (vgl. Henkel 2004). Weiters bleibt die Feststellung, dass der amerikanischen Wirtschaft aufgrund des Embargos Geschäfte entgehen. Weinmann (2004: 28) präzisiert auf die Wirtschaft Floridas bezogen: *„Florida economy loses between 750 million and 1 billion annually due to the embargo“*. Es ist aber nicht nur die amerikanische Wirtschaft betroffen, weltweit schaden die amerikanischen Maßnahmen Unternehmen. Weinmann (2004: 28) schreibt von einem *„damaging impact on American business and commercial leadership worldwide.“*

Einige US-Unternehmen versuchten die Linie des Präsidenten Bush gegenüber Kuba zu unterlaufen, sich gegen das Embargo einzusetzen, doch Bush setzte

weiter auf die kubanischen Hardliner in Florida, die ihre Eigeninteressen über US-amerikanische stellten (vgl. Henkel 2004). Die Exporte von US-Unternehmen und die Interessen der amerikanischen Unternehmen standen also im Gegensatz zur offiziellen US-Regierungslinie. Fidel Castro konnte also zumindest in Ansätzen Erfolge in seiner US-Politik für sich beanspruchen. Die US-amerikanische Embargo-Politik gegenüber Kuba erwies sich als nicht ausreichend und geeignet, eine Veränderung der politischen Situation in Kuba herbeizuführen (vgl. Hörtnner 2007: 18). Die kubanische Bevölkerung will sich ihren fehlenden, wirtschaftlichen Lebensstandard nicht mehr mit dem US-Embargo erklären lassen. Die amerikanische Politik orientierte sich sehr stark an den Interessen einer Miami Lobby unter Exilkubanern. Die Embargo-Politik der Vereinigten Staaten ist umso erstaunlicher, da sich Kuba in einem Transitionsprozess hin zu mehr Marktwirtschaft befindet, wie Weinmann (2004: 30) schreibt:

„In contrast, people who visit the island regularly report that Cuba is undergoing a gradual transition toward a market-oriented economy.”

5.3. Streitpunkte zwischen Kuba und den USA

Ein ständiger Streitpunkt in den Beziehungen zur USA ist die Frage des US-Militärstützpunktes, Guantánamo, dessen Nutzungsvertrag zugunsten der USA, das Platt Amendment aus dem Jahr 1902, in einer Periode der Unfreiheit Kubas geschlossen wurde (vgl. Herzka 1998: 76). 1898 waren die Vereinigten Staaten von Amerika im kubanischen Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien, als die spanische Armee bereits geschlagen war, auf der Seite Kubas in den Krieg gegen Spanien eingetreten (vgl. Hoffmann 2002: 40). In der Folge blieb Kuba vier Jahre unter US-amerikanischer Hoheitsverwaltung, ehe dann im Jahre 1902 die Unabhängigkeit Kubas ausgerufen wurde. Die Unabhängigkeit Kubas blieb jedoch unvollständig, da sich die Vereinigten Staaten durch das Platt Amendment, benannt nach dem US-Senator Orville H. Platt, ein jederzeitiges Interventionsrecht absicherten und weiters Land auf Kuba zwecks Errichtung militärischer Stützpunkte kaufen konnten. 1903 wurde gegen eine geringe Gebühr ein

Pachtvertrag über die Bucht von Guantánamo unterzeichnet. 1934 wurde unter dem US-Präsidenten Roosevelt im Zuge seiner „good neighbourhood policy“ das Platt Amendment aufgehoben, wobei jedoch ein Artikel wirksam blieb, welcher das Nutzungsrecht an Guantánamo gewährte. Guantánamo hat für die USA große militärische Relevanz, da so eine schnelle Intervention bei Konflikten in der Karibik möglich ist. Fidel Castro akzeptierte die Bedingungen des Pachtvertrages nicht und sah in der US-amerikanischen Militärpräsenz eine Besetzung kubanischen Bodens. Es ist dies ein weiterer Beweis für die Komplexität der Beziehungen zwischen Kuba und den USA, dass ausgerechnet die USA einen Militärstützpunkt auf Kuba unterhalten. Für Kuba stellt dies *„einen Affront gegen das Selbstbewusstsein der Kubaner“* (Herzka 1998: 76) dar. Hier wird auch die stark nationalistisch und antiimperialistisch geprägte Haltung Castros aus der Geschichte heraus erklärbar. Die Inhaftierung von Gefangenen und das völkerrechtswidrige Festhalten der USA wurden 2003 von Kuba verurteilt (vgl. Hoffmann 2004: 338). Der neue US-Präsident, Barack Obama, hat in seinen Wahlkampfreden die Schließung von Guantánamo versprochen.

1993 kam es in Kuba zu wirtschaftliche Reformen, so wurde der US-Dollar zum Zahlungsmittel, und Bauernmärkte wurden wieder eingeführt. 1994 kam es aufgrund der Wirtschaftskrise zu Protesten gegen Castro, Fidel öffnete daraufhin die Grenzen und gewährte 30.000 Kubanern die Ausreise. So verließen tausende Kubaner auf selbst gebauten Flossen, in der spanischen Sprache balsas genannt, als „balseros“ Kuba. Die USA waren überrascht von der Menge der Ausreisenden, so konnte Fidel die Gelegenheit ergreifen und die Einwanderungspolitik der USA kritisieren (vgl. Burchardt 1996: 147). Die Migration zwischen Kuba und den USA wurde in der Folge neu geregelt, ein Abkommen erlaubte nun 20.000 US Visa für kubanische Staatsbürger jährlich. Aufgrund der hohen Anzahl an Flüchtlingen ordnete die US-amerikanische Regierung einen Aufnahmestopp an und setzte die seit 1966 geltende Praxis ab, nach der Kubaner, sobald sie einen Fuß auf amerikanisches Territorium setzen, politischer Schutz gewährt wird. Diese Einwanderungsbestimmungen werden oft kritisiert und als unmenschlich betrachtet.

Dazu schreibt Gratius (2000: 192):

„Ein vorrangiges Ziel ist dabei die Abschaffung des „mörderischen“ Cuban Adjustment Act von 1966, der allen Kubanern, die trockenen Fußes die USA erreichen, automatisch das Recht auf politisches Asyl und nach einem Jahr auf eine permanente Aufenthaltsgenehmigung gewährt“.

Castro hatte bereits im Jahr 1980, während der Krise von Mariel, die Migrationspolitik der Vereinigten Staaten für seine Zwecke benützt, um so tausende von kubanischen Kriminellen und Homosexuellen unter die anderen Flüchtlinge zu mischen und sich dieser dadurch zu entledigen (vgl. Hagemann 2002: 155). Nach der Besetzung der peruanischen Botschaft im Jahre 1980 erlaubte die kubanische Regierung die Ausreise von circa 100000 Kubanern. Diese geschah über die Anlandung von amerikanischen Booten im Hafen von Mariel. Die kubanische Regierung ließ jedoch nicht nur wirtschaftliche und soziale Flüchtlinge ausreisen, sondern schob auch Dissidenten und andere ab wie *„an enormous number of lunatics, common criminals and homosexuals[...]“* (Rieff 1994: 17).

Castro schob so Regimegegner und ihm unliebsame Kubaner in die USA ab, er benutzte die Möglichkeit der Flüchtlingspolitik für seine Zwecke.

Über die Abgeschobenen sagte Castro (1980 zit. nach Hagemann 2002: 155):

„Wir brauchen in unserem Land diejenigen nicht, die keine revolutionären Gene, kein revolutionäres Blut, keinen Sinn und Verstand und kein Herz für die Revolution haben“.

Aufgrund dieser Flüchtlingswelle kam es zu einem ersten Migrationsabkommen, das dann 1987 in Kraft getreten ist (vgl. Gratius 2005: 71).

Anfang 1998 besucht Papst Johannes Paul Kuba. Viele katholische Exilkubaner besuchten Kuba und kamen in die USA mit einer wie Weinmann (2004: 26) schreibt „[...] *more human view of the the long forbidden island*“.

Eine Belastung für die Beziehungen zwischen den USA und Kuba stellte auch der Fall der Miami Five dar. Fünf Kubaner waren 1998 von Castro beauftragt worden, Informationen über exilkubanische Organisationen zu sammeln. Die USA beschuldigte die Miami Five des Landesverrates (vgl. Abel 2006). Die Gerichtsprozesse gegen die fünf Kubaner mussten wiederholt werden, da der Laienjury aufgrund des Einflusses der Exil-Kubaner in Florida politische Voreingenommenheit vorgeworfen wurde. In Kuba wurden die Miami Five instrumentalisiert, ihr Kampf gegen die Gefängnisstrafen wurde als ein heroischer angesehen.

Abel (2006) schreibt über die Interessen des Regimes:

„Über die Stärkung des äußeren Feindbilds wird versucht, die nationale Implosion zu verhindern“.

2000 kam es zum Fall Elián, dessen Mutter ihn bei einem Fluchtversuch in die USA mitnahm. Der bereits erwähnte Cuban Adjustment Act aus dem Jahre 1966 stand im Mittelpunkt der Elian Affäre. Nachdem die Mutter gestorben, und Elián auf einem Reifenschlauch an die Küste Floridas getrieben war, forderte die kubanische Exilgemeinde in den USA ein Bleiberecht für Elián ein, obwohl dessen in Kuba zurückgebliebener Vater die Rückkehr nach Kuba einforderte. Nach dem US-Gesetz hatte er aufgrund der Tatsache amerikanischen Boden betreten zu haben politischen Schutz, jedoch waren nicht die Rechte des Vaters auf Familienzusammenführung darüber zu stellen?

Gratius (2000: 192) schreibt dazu:

„In Kuba bildete der Fall Elian im Gegensatz zum US amerikanischen Entspannungskurs den Auftakt für eine Medienkampagne gegen die diskriminierenden Einwanderungsbestimmungen der USA gegenüber Kuba“.

Das Gesetz stellte einen Widerspruch zu dem 1994 beschlossenen Migrationsabkommen dar, nach welchem jährlich 20000 Kubaner auf legalem Weg in die USA reisen durften. Castro und sein Regime standen auf der Seite des Vaters, die Bedeutung der Familienwerte betonend, machten sie aus dem Familiendrama ein politisches. Castro nutzte die Aufregung um Elián für Massenkundgebungen, um dadurch die eigene Bevölkerung zu mobilisieren, kubanische Stärke gegenüber den übermächtigen Vereinigten Staaten zu beweisen und den Kampf gegen die USA symbolträchtig zur nationalen Frage zu machen.

Sweig (2007: 49) kritisiert das zu langsame Vorgehen der US Behörden und sieht die Konsequenzen:

„The Clinton administration was slow to take Elián [...] inflaming Cuban nationalism and inciting mass anti-US protests in Havana”.

Nach der Rückreise von Elián nach Kuba war die CANF geschwächt und begann das Varela Projekt von Osvaldo Payas zu unterstützen.

Artens dazu (2004: 179):

„So trafen Vertreter der CANF im Jänner 2004 erstmals mit den namhaftesten moderaten und progressiven Gruppen des kubanischen Exils zusammen, um über ihre unterschiedlichen Zugangsweisen bezüglich einer Transition in Kuba zu diskutieren“.

Paya hatte mehr als 11000 Unterschriften für ein kubanisches Referendum nach freien Wahlen und Rede- und Pressefreiheit gesammelt.

Ein weiterer Streitpunkt in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba ist der Fall von Posada Carriles. Der über viele Jahre für den CIA tätige Exil-Kubaner wird seitens der kubanischen Regierung für den Tod von 73 Menschen verantwortlich gemacht, welche bei dem Anschlag auf ein kubanisches

Passagierflugzeug umkamen. Weiters wird ihm ein Bombenattentat im Jahr 1997 auf ein Hotel in Havanna zur Last gelegt. In den USA wurde der, von Castro als Terrorist angesehene, jedoch nur wegen illegaler Einreise verhaftet (vgl. Lateinamerika Nachrichten 2005). Carriles hatte zuvor einen Asylantrag für die USA gestellt. Als er diesen zurückzog, wurde er verhaftet.

Präsident W. Bush wurde auch von anderen Ländern wie Venezuela oder Brasilien der Vorwurf gemacht in der Terrorfrage mit unterschiedlichem Maß zu messen. Auf der einen Seite hatte sich ja Bush dem Kampf gegen den Terrorismus verschrieben, ersichtlich an seinen Kriegen in Afghanistan oder dem Irak. Gleichzeitig wurden aber Folterungen im US-Lager Guantánamo auf Kuba durchgeführt, Kuba versuchte mehrmals Verurteilungen der USA bei der UNO Menschenrechtskommission zu erreichen (vgl. Göll 2005). 2002 wurde der Militärstützpunkt dazu verwendet, verdächtige Talibankämpfer aus Afghanistan und anderen Ländern in Guantánamo festzuhalten. Der nicht geklärte völkerrechtliche Status von Guantánamo ermöglichte den USA diese Festhaltungen. Der militärische Stützpunkt ist weiter kubanisches Territorium, die USA haben das Nutzungsrecht. Außerdem wurden die Inhaftierten von den USA nicht als Kriegsgefangene anerkannt, was ihnen sonst einen Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention eingebracht hätte. Weiters verwies Kuba auch auf Folterungen in dem US Militärgefängnis Abu Ghraib im Irak und prangerte die Situation der schwarzen US Bevölkerung in New Orleans nach dem Hurrikan Katrina an (vgl. Perez Roque 08.11.2006). George W. Bush wollte es sich aber nicht mit der politisch einflussreichen Lobby der Exil-Kubaner in Florida verscherzen. Die Entlassung aus dem amerikanischen Gefängnis im Jahr 2007 löste in Kuba Massenkundgebungen und Unverständnis aus (vgl. Lateinamerika Nachrichten 2005).

5.4. Der Powell Report

Am 3. Mai 2004 übergab eine vom damaligen amerikanischen Außenminister Powell geleitete Kommission einen Bericht an das Weiße Haus, in dem ein

zukünftiger Transitionsprozess in Kuba angesprochen wurde. Dieser Report führte zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba (vgl. U. S. Department of State 2004). Geplant wurden taktische aber vor allem finanzielle Mittel, so wurden 59 Millionen Dollar für die folgenden Jahre bereitgestellt. Eine Behörde wurde geschaffen, die den Handel und wirtschaftliche Aktivitäten mit Kuba beobachten sollte. Unter der Beschleunigung des Transitionsprozesses waren Bestimmungen zu finden, welche das Besuchsrecht von Exilkubanern und weiters die Geldflüsse nach Kuba einschränkten. Zum Nachteil der Migranten aus den 1990er Jahren, die noch kein Wahlrecht in den USA hatten und weiters ihre, in Kuba zurückgelassenen, Verwandten nun nicht mehr ausreichend unterstützen konnten. Diese eingeschränkten Dollarüberweisungen, in der spanischen Sprache remesas genannt, hatten sich, wie bereits erwähnt, zu einer Hauptdevisenquelle für Kuba entwickelt.

Eine Verringerung der Dollarüberweisungen auf die „ersten Verwandten“ (Göll 2005) aus den USA wurde beschlossen. Weiter wurden eben die Reisemöglichkeiten für Staatsbürger der USA nach Kuba erschwert, Verstöße sanktioniert.

Die Einschränkung der Reisefreiheit war starker Kritik unterworfen wie Artens (2004: 182) schreibt:

„ [...] dass die Bush Regierung offensichtlich nichts aus den Erfahrungen mit den Staaten des ehemaligen Ostblocks gelernt habe, für deren politischen Umbruch gerade der Kontakt mit Reisenden aus dem Westen von großer Bedeutung gewesen ist“.

Für Weinmann (2004: 28) sind diese Reisebeschränkungen für US-Bürger nur schwer nachzuvollziehen, sie erscheinen unsinnig:

„If we are serious about undermining Castro and bringing freedom and democracy, why not let Americans travel there with that message?“

Die amerikanischen Aktivitäten für einen Umsturz in Kuba sollten durch den Powell Report gebündelt werden, im Bericht heißt es (U. S. Department of State 2004) über die Ziele:

„Kubas Übergang von stalinistischer Herrschaft zu einer freien und offenen Gesellschaft zu planen und Wege zu identifizieren, die Ankunft dieses Tages zu beschleunigen“.

Powell begründet seinen Report weiters folgendermaßen (U. S. Department of State 2004):

„Wir haben dafür die Lektionen berücksichtigt, die wir bei der Unterstützung der Völker Ost- und Mitteleuropas und der früheren Sowjetunion bei ihrem Wandel von Kommunismus zu Demokratie und freiem Markt gelernt haben“.

Die Nachfolgerin im US-amerikanischen Außenministerium, Condoleza Rice, setzte die Politik von Powell fort, sie bezeichnete Kuba als *„Vorposten der Tyrannei“* (Göll 2005). Es kann also von einer Verschärfung der US-amerikanischen Politik gegenüber Kuba während der zweiten Amtszeit des Präsidenten George W. Bush gesprochen werden. Dies unter dem Hintergrund der Politik der hard power von Bush.

Diese sieht eine messbare Stärke vor, Nye (1999: 24) versteht darunter:

„Das Vermögen eines Landes wirtschaftlichen und militärischen Zwang auszuüben“.

Hard power wird deutlich durch einen wirtschaftlichen Zwang und durch militärische Kraft (vgl. Gärtner 2005: 55). Bush fügte dieser hard power Politik noch seine Doktrin des *„pre-emptive strike“* (Göll 2005) hinzu, nach welcher ja dann auch auf anderen Kontinenten vorgegangen wurde. Diese Doktrin ist für Lateinamerika und die Karibik umso bedenklicher, da die Gegnerschaft der Politik von George W. Bush in Lateinamerika, dabei besonders in Venezuela und Brasilien, ständig zunimmt.

Göll (2005) schreibt:

„Die Wahlsiege progressiver Parteien in mehreren Staaten der Region und die zunehmende Opposition gegen die Politik der Bush Administration dürften das breite Spektrum der US Interventionsszenarien nicht nur für Kuba relevant machen“.

5.5. Weitere Entwicklungen

Im Dezember 2006 hielt Raúl Castro (02.12.2006) seine erste große Rede, in welcher er viel von den USA sprach:

„[...] that we are willing to resolve at the negotiating table the longstanding dispute between the United States and Cuba, of course, provided they accept, as we have previously said our condition as a country that will not tolerate any blemishes on its independence“.

Voraussetzungen für Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sind für Raúl also die Akzeptanz der Unabhängigkeit Kubas seitens der USA, die Aufgabe des Stützpunktes Guantánamo und die Beendigung des Embargos gegen Kuba. Dann wären diplomatische Beziehungen zwischen den zwei Staaten möglich (vgl. Krämer 1998: 86). Die Vereinigten Staaten stellen jedoch durch ihr Embargo und durch das ständige Heraufbeschwören eines möglichen Einmarsches amerikanischer Truppen eine Art Daseinsberechtigung für das aktuelle kubanische Regime dar, weil die kubanische Unabhängigkeit so durch die Castros garantiert wird und dafür notwendige Einheit vom kubanischen Volk eingefordert werden kann. Vergleiche zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba werden von den Castros oft gebracht, dabei wird auf die sozialen Ungerechtigkeiten in den USA verwiesen und im Gegenzug die sozialen Erfolge der Revolution im Gesundheits- und Bildungswesen hervorgehoben. Die USA hätte durch Änderung der derzeitigen Politik gegenüber Kuba auch die Chance, wieder eine bedeutende Rolle im kubanischen Übergangsprozess spielen zu können. Die US-Politik hat sich von der kubanischen Realität entfernt, weil diese von den USA falsch

eingeschätzt wurde (vgl. Sweig 2007: 42). Im September 2008 genehmigte die US-Regierung in Folge der Zerstörungen durch den Hurrikan Ike Lebensmittelverkäufe an Kuba im Wert von 250 Millionen US Dollar (vgl. Standard 2008d) trotz des bestehenden Embargos.

Der neue US-Präsident, Barack Obama, steht auch für die Hoffnung auf eine neue Richtung in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba (vgl. Sanchez 05.06.2008).

Sanchez (05.06.2008) schreibt:

„Obendrein genießt Obama ebenso viele Sympathien bei kubanischen Intellektuellen wie bei der schwarzen Bevölkerung und vor allem bei den Jüngeren“.

5.6. Zusammenfassung

Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist der bestimmende externe Faktor sowohl für die innenpolitische als auch für die außenpolitische Situation Kubas. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba sind geprägt durch einen institutionalisierten Dauerkonflikt. Vergleiche zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba werden von den Castros oft gebracht, dabei wird auf die sozialen Ungerechtigkeiten in den USA verwiesen und im Gegenzug die sozialen Erfolge der Revolution im Gesundheits- und Bildungswesen hervorgehoben.

Die USA und ihr Embargo dienen der kubanischen Regierung dabei als Feindbild, um die Verantwortung für die anhaltend schlechten wirtschaftlichen Beziehungen und die fehlenden politischen Reformen auf den Gebieten der Grund- und Freiheitsrechte auf die USA zu schieben. Durch ein Feindbild lässt es sich leichter regieren, eine Entspannungspolitik seitens der USA käme Castro nicht gelegen, denn nichts könnte dem Regime und seinem nationalistischem Diskurs gefährlicher werden (vgl. Gratius 2000: 191). So bietet sich ihnen die Möglichkeit all ihre Versäumnisse auf die USA und ihr Embargo abzuwälzen und unter ihren

Anhängern einen solidarischen Effekt zu erreichen. Die Vereinigten Staaten stellen durch ihr Embargo und durch das ständige Heraufbeschwören eines möglichen Einmarsches amerikanischer Truppen eine Art Daseinsberechtigung für das aktuelle kubanische Regime dar, weil die kubanische Unabhängigkeit so durch die Castros garantiert wird und dafür notwendige Einheit vom kubanischen Volk eingefordert werden kann.

Auf der anderen Seite würde ein Ende des Embargos den Spielraum nach Verhandlungen mit Kuba nicht nur für die USA, sondern auch für die Internationale Staatengemeinde vergrößern. Ein internationaler Konsens über einen kubanischen Weg zur Demokratie wäre so erleichtert.

Die wirtschaftliche Öffnung Kubas mit einer darauf folgenden verstärkten Investitionstätigkeit amerikanischer und europäischer Unternehmen könnte den Weg für einen politischen Wechsel und den Respekt für die Menschenrechte ebnen. Die USA hätte durch Änderung der derzeitigen Politik gegenüber Kuba auch die Chance, wieder eine bedeutende Rolle im kubanischen Übergangsprozess spielen zu können. Die US-Politik hat sich von der kubanischen Realität entfernt, weil diese von den USA falsch eingeschätzt wurde (vgl. Sweig 2007: 42).

6. Kuba und die aktuellen Beziehungen zu Russland

Kuba war bis in die 1990er Jahre der Sowjetunion freundschaftlich verbunden. Aus heutiger Sicht waren dafür aber vor allem wirtschaftliche und militärische Überlegungen, weniger ideologische ausschlaggebend (vgl. Furtak 1993: 183). Da für Fidel Castro die Sicherung der kubanischen Revolution, welche für ihn Garant der kubanischen Souveränität war (vgl. Gratius 2005: 89), von größter Bedeutung war, begab er sich in die Abhängigkeit der Sowjetunion. Dies geschah auch in Abgrenzung zur USA, die ihre eigenen Interessen verfolgten, welches durch die Embargo Politik gegenüber Kuba sichtbar wurde. Die kubanische Revolution wurde von Fidel so erst später in eine sozialistische umgewandelt (vgl. Blum 1992: 217), eine Partnerschaft mit der Sowjetunion dadurch aber fast unumgänglich. Die Sowjetunion übernahm in der Folge den kubanischen Zucker für zum Teil überhöhte Preise, Kuba geriet dadurch in eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Entstehen von Russland entstanden Kuba so arge wirtschaftliche Turbulenzen, da der Zucker nun nicht mehr zu diesen Phantasiepreisen zu verkaufen war, im Gegenteil war fast überhaupt kein Käufer mehr für diesen zu finden.

Die kubanische Regierung wollte die Revolution weltweit fortsetzen, um dem Imperialismus der USA (vgl. Zeuske 2000: 191) etwas entgegen zu setzen. Nach dem Scheitern der Fortsetzung der kubanischen Revolution in Lateinamerika wandte sich die kubanische Regierung vor allem Afrika zu. Über die Jahre kämpften insgesamt an die 400.000 Kubaner in Afrika. Dem kubanischen Engagement in Afrika könnten auch Antiimperialismus und ein Wiedergutmachen für den Kolonialismus, durch welchen hunderttausende Sklaven aus Afrika nach Kuba verschleppt wurden, zu Grunde liegen (vgl. Wagenleitner 09.08.2007). Aufgrund einer Interessensübereinstimmung zwischen der Sowjetunion und Kuba kam es zur gemeinsamen Unterstützung von Befreiungsbewegungen und Regierungen. Ein Beispiel dafür wäre die MPLA- Befreiungsbewegung in Angola.

Zeuske (2000: 204) schreibt:

„Castro erklärte Kuba zu einem afro-lateinischem Land. In diesem Geist und unter Mobilisierung der Sympathie, die viele farbige Kubaner für den Kontinent ihrer Vorfahren hegten, leistete der Karibikstaat linken Regierungen in Afrika Militärhilfe[...]“

Die Hilfeleistungen Kubas an „revolutionäre“ Bewegungen in der Dritten Welt bestanden vor allem in der Entsendung von kubanischen Militärs. Kuba führte so Stellvertreterkriege für die Sowjetunion in der Gegenleistung der Lieferung von Erdöl und anderen für die kubanische Wirtschaft notwendigen Waren. Dieser Einsatz kubanischen Militärs anstatt von Geld oder Warensendungen wurde zum heraus stechenden Merkmal des kubanischen Internationalismus. Kuba war jedoch nie Mitglied des Warschauer Verteidigungspaktes.

6.1. Gorbatschows Erbe

Castro lehnte die Öffnungspolitik von Gorbatschow ab, so sagte er im Zuge des Besuches von Gorbatschow in Havanna 1989, dass unterschiedliche Entwicklungen des Sozialismus möglich seien, und jedes Land seinen eigenen Weg finden müsse (vgl. Fischer 1997: 68), weiters sagte er, dass die Reformen in der Sowjetunion zu schnell eingeführt wurden. 1990 wurde ein Handelsabkommen unterzeichnet, das nur noch ein Jahr galt anstatt der bisher üblichen fünf Jahre, und das weiter die Einstellung von sowjetischen Subventionen für Kuba beinhaltete. Preise sollten sich am Weltmarkt orientieren, die gehandelten Produkte umfassten Erdöl, Weizen und Ersatzteile von sowjetischer Seite, Zucker, Nickel und Zitrusfrüchte von kubanischer Seite. Die Sowjetunion konnte jedoch den Vertragsinhalten nicht nachkommen, so wurden die Erdöllieferungen an Kuba immer mehr verringert. Das Abkommen verdeutlichte also die unter Präsident Gorbatschow geänderten Beziehungen. Im September 1991 beschloss Gorbatschow den Abzug aller sowjetischen Truppen aus Kuba. Ende 1991 fanden die über so viel Jahre freundlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Kuba durch das Ende der Sowjetunion ein plötzliches Ende. Dieser Zerfall war

„the most obvious legacy of the Gorbachev era” (Bain 2006: 217). Dieses Erbe von Gorbatschow beinhaltete zwei Kernpunkte für die Beziehungen zwischen Kuba und der Sowjetunion, wie

Bain (2006: 217) schreibt:

„ [...] a drive for efficiency and a reduction in ideology with the relationship“.

Gorbatschows Erbe hatte also veränderte Beziehungen zur Folge.

Russland wollte auch seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten verbessern, welches zu Spannungen mit Kuba führen musste. Die USA stand auf der russischen Prioritätsliste ganz oben (vgl. Bain 2006: 217). Ersichtlich wurde dies bei einer Abstimmung 1992 in der UN Menschenrechtskommission, als Russland bei einer Verurteilung des Toricelli Gesetzes abwesend war. Russland wollte den Vereinigten Staaten den neuen außenpolitischen Weg beweisen. Dies bedeutete weiters eine komplette Abkehr früheren Abstimmungsverhaltens, da die Sowjetunion immer im Interesse Kubas mit gestimmt hatte. Die russische Außenpolitik hatte sich geändert, sie wurde nicht mehr unter dem Ziel der Expansion russischer Interessen gesehen. Die Außenpolitik sollte nun auch innenpolitischen Interessen zu spielen (vgl. Fischer 1997: 54).

Unter dieser neuen russischen Politik entstanden auch wirtschaftliche Probleme für Kuba. Kuba spürte dieses veränderte Verständnis der Außenpolitik, da Russland geschlossene Handelsverträge nicht mehr einhalten konnte und Kuba dadurch schwere finanzielle Probleme entstanden. Es entstand der Eindruck, dass sich Russland Kuba nicht mehr leisten konnte oder wollte (vgl. Furtak 1993: 190). Kuba wurde seine Sonderstellung genommen und zu einem russischen Handelspartner wie eben andere auch (vgl. Furtak 1993: 191). Russland unterstützte den Bau des kubanischen Kernkraftwerkes in Juragua nicht mehr finanziell, Fidel Castro musste so die Konstruktionsarbeiten einstellen. Kuba konnte einfach die Löhne der russischen Arbeiter nicht bezahlen.

Bain (2006: 218) sieht darin große symbolische Bedeutung:

„Symbolically this represented the end of the road for Soviet cooperation with revolutionary Cuba“.

Fidel Castro sprach in dieser Zeit oft davon, dass Kuba nun unter einer doppelten Blockade zu leiden habe, unter einer der USA und unter dem Zusammenbruch im Handel mit der früheren Sowjetunion (vgl. Bain 2006: 219). 1995 stimmte Russland in der UN-Menschenrechtskommission wieder gegen kubanische Interessen, was Fidel Castro dazu veranlasste, auf die russischen Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien hinzuweisen (vgl. Bain 2006: 219). Russland wollte die Beziehungen zu Kuba aber nicht beenden, da Russland auf Bezahlung der kubanischen Staatsschulden hoffte. 1995 wurden diese auf 17 Milliarden US-Dollar, 2000 auf 20 Milliarden US-Dollar geschätzt (vgl. Bain 2006: 222). Kuba hatte zuvor auf einen Schuldenerlass gehofft, diese Hoffnungen wurden jedoch nicht erfüllt.

1996 verbesserten sich die Beziehungen zwischen Russland und Kuba. Im Juni wurde ein Abkommen zwischen dem russischen Außenminister, Yevgeni Primakow, und Fidel Castro über bilaterale Kooperation in Fragen der Erziehung, Wissenschaft und Technologie unterzeichnet. Ökonomische Gründe können für diese Verbesserung angeführt werden. So hatte Russland weiter Zuckerbedarf und wollte diesen Zucker in Kuba einkaufen. Auch waren russische Unternehmen nur an zwei kubanischen joint ventures beteiligt, im Gegensatz zu 260 Unternehmen aus EU-Ländern (vgl. Bain 2006: 224). Die russische Regierung wollte dies ändern und russische Wirtschaftsinteressen in Kuba wahrnehmen. Das russische Militär hatte auch wieder Interessen, militärisches Gerät und vor allem Ersatzteile für ältere, sowjetische Waffen zu verkaufen. Russland begann sich in der Außenpolitik von den USA abzuwenden, wieder einen eigenständigen Weg zu gehen. Russland war unglücklich mit einigen westlichen Politikentscheidungen. So hatte Russland andere Vorstellungen in der Kosovofrage und auch bei den Sanktionen gegen den Irak. Weiters wendete sich Russland gegen US-Bestrebungen nach einer unilateralen Hegemonialmacht.

Bain (2006: 225) beschreibt dies:

„Due to these worries and Moscow’s dislike of apparent US world hegemony, Russia began reasserting itself in the world in an attempt to obtain a stronger geopolitical position in the world“.

Russland wollte eine stärkere geopolitische Position in einer multipolaren Welt und dachte nun dabei auch wieder an kubanische Unterstützung. Es konnte auch als *„reconciliation between old friends“* (Bain 2006: 226) gesehen werden.

6.2. Putin

Im Jahr 2000 suchte der russische Präsident, Vladimir Putin, die Beziehungen zwischen Russland und Kuba zu verbessern. So wurden mehrere Verträge unterzeichnet, das US-Embargo gegen Kuba wurde verurteilt (vgl. Kremlin 2000a). Kuba wurde ein 50 Millionen US Dollar Kredit gewährt (vgl. Bain 2006: 227). Weiters wurde vereinbart, dass die Norilisk Nickel 300 Millionen US-Dollar in ein Nickelwerk in Las Camariocas, Holguin, investiert. Außerdem wurde ein Vertrag über Dieselaggregate für die kubanische Zuckerindustrie und Tauschgeschäfte vereinbart (vgl. Bain 2006: 227). Putin bedankte sich für die kubanische Hilfe und Entsendung von Ärzten nach der Tschernobyl Katastrophe (vgl. Kremlin 2000b). Kubanisches Medizinpersonal hatte insgesamt 16000 russische Kinder behandelt (vgl. Bain 2006: 221). Russische Hilfe bei der Fertigstellung des kubanischen Atomkraftwerkes Juragua wurde vereinbart (vgl. Kremlin 2000c). Diese Fertigstellung wäre besonders wichtig, da ja Kuba große Probleme in der Energieversorgung hat.

Im Jahr 2001 ließ Putin die russische Spionagestation Lourdes in der Provinz Havanna, ohne zuvor mit Fidel Castro geredet zu haben, schließen (vgl. Krämer 1998: 137). Diese hatte Kuba 200 Millionen Dollar jährlich (vgl. Bain 2006: 220) eingebracht. Diese Schließung der russischen Spionagestation in Lourdes,

Provinz Havanna, bedeutete eine jährliche Einbuße von 200 Millionen Euro für den kubanischen Staat. Putin setzte die Politik seines Vorgängers Gorbatschow fort, der 1991 den Abzug aller russischen Soldaten von der Insel Kuba, ohne eine vorherige Befragung Castros, bestimmte (vgl. Krämer 1998: 121). Auf der anderen Seite ist Kuba Russland unter Putin viel näher gewesen als unter den russischen Präsidenten davor.

Bain (2006: 228) schreibt dazu:

„Clearly in ideological terms, Russia under Putin is closer to Cuba than it has been at any point since the implosion of the Soviet Union“.

Am 27.11.2008 fand ein Staatsbesuch des neuen russischen Präsidenten, Dimitri Medwedew, in Kuba bei Raúl Castro statt. Von beiden Seiten wurde der Wunsch geäußert, *„[...] die guten alten Beziehungen wiederaufleben zu lassen“* (vgl. ORF 2008b). Der russische Präsident besuchte Kuba unter anderem deswegen, weil er russische Hilfe bei der Förderung von Öl und Gas im Golf von Mexiko anbieten wollte. Weiters diente der Besuch auch dazu, russische Waffen in Kuba anzubieten (vgl. ORF 2008b). Kuba ist für Russland also als Absatzmarkt interessant, weiters könnten auch strategische Interessen wieder eine Rolle spielen. Russland beabsichtigt, militärisches Gerät auf Kuba zu stationieren (vgl. ORF 2008d). Jedoch gibt es starke Widerstände der USA aufgrund der Nähe zu Florida. Diese russischen Stationierungspläne auf Kuba sind auch als russische Antwort auf das geplante US-Raketenschild in Tschechien und Polen zu sehen.

„Der erweiterte Aktionsradius unserer Luftflotte könnte zudem eine Antwort auf die amerikanischen Raketenschildpläne sein, so Oparin [ehemaliger russischer Militärkommandant]“ (ORF 2008d).

Vergleiche zu der Kubakrise der 1960er Jahre, wo ein Nuklearkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion gerade noch vermieden wurde, wurden gezogen (vgl. Presse 2008, Standard 2007b, Niess 1991: 367). Ohne Castro zu informieren,

zogen die Sowjets damals ihre Raketen ab, was zu einer Entspannung in der Region führte, jedoch eine Hinwendung Kubas zu China und den Blockfreien zur Folge hatte. Dies geschah aus der Enttäuschung der Nichtmiteinbeziehung in den Entscheidungsprozess um den Abzug der Raketen. Eine der schwerwiegendsten Krisen nach Beendigung des zweiten Weltkrieges fand so ihr Ende.

Woyke (2005: 416) schreibt dazu:

„Die Kuba Krise bildete den gefährlichsten Versuch der Sowjetunion, das Verhältnis zwischen den beiden Blockführungsmächten zu ihren Gunsten zu verändern“.

Russland hat im Jahr 2008 seine Beziehungen zu Venezuela, welches Kuba wirtschaftlich und politisch sehr nahe steht, deutlich ausgebaut, ersichtlich an russischen Militärverkäufen nach Venezuela und Abkommen zur gegenseitigen Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Atomenergie (vgl. ORF 2008c). Weiters wurden gemeinsame Militärmanöver zwischen Venezuela und Russland vereinbart. Von Bedeutung ist dies auch deswegen, weil diese militärischen Truppenübungen in der Karibik erstmalig wieder nach Beendigung des Kalten Krieges durchgeführt wurden. Besprochen wurde auch eine mögliche Mitgliedschaft Russlands in der ALBA, welche eine Organisation zur bolivariischen Alternative für Amerika darstellt (vgl. RIAN 2008c). Kuba ist Gründungsmitglied der ALBA, weiteres zur Organisation bespreche ich im Kapitel Kuba und Lateinamerika. Interessenskonflikte mit den USA, die Lateinamerika und die Karibik weiter als ihre alleinige Interessenssphäre ansehen, scheinen so vorprogrammiert.

Medwedew traf auch mit Fidel Castro zusammen, wobei Fragen nach einer Verbesserung der russisch-kubanischen Beziehungen diskutiert wurden, und Aspekte der internationalen Politik besprochen wurden (vgl. RIAN 2008a). Diese beinhalteten gemeinsame Forderungen nach einer Schließung des Gefangenenerlagers Guantánamo und Forderungen nach einer Abkehr von dem US amerikanischen unipolaren Weltsystem hin zu einer multipolaren Welt (vgl. RIAN

2008b). Der Versuch alte Freundschaften wiederherzustellen, kann mit den Worten des russischen Präsidenten zusammengefasst werden (RIAN 2008b):

„Russland ist zurück in Lateinamerika, namentlich in Kuba“.

6.3. Zusammenfassung

Kuba war bis in die 1990er Jahre der Sowjetunion freundschaftlich verbunden. Dabei waren vor allem wirtschaftliche und militärisch strategische Überlegungen, weniger ideologische ausschlaggebend (vgl. Furtak 1993: 183).

Im September 1991 beschloss Gorbatschow den Abzug aller sowjetischen Truppen aus Kuba. Ende 1991 fanden die über so viel Jahre freundlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Kuba durch das Ende der Sowjetunion ein plötzliches Ende. Dieser Zerfall wird als das Erbe Gorbatschows bezeichnet (vgl. Bain 2006: 217) und hatte für Kuba geänderte wirtschaftliche und ideologische Beziehungen zu Russland zur Folge. Es entstand der Eindruck, dass sich Russland Kuba nicht mehr leisten konnte oder wollte. Kuba wurde seine Sonderstellung genommen und zu einem russischen Handelspartner wie eben andere auch. Beide Länder wussten jedoch, dass sie durch ein Fortsetzen der früheren guten Beziehungen Vorteile ziehen konnten. So waren sich beide Länder einig in der gemeinsamen Ablehnung einer unilateralen US-Hegemonialweltordnung. Gegen Ende der 1990er Jahre wollte Russland eine stärkere geopolitische Position in einer multipolaren Welt und dachte nun dabei wieder an kubanische Unterstützung.

Bei einem Staatsbesuch des russischen Präsidenten Medwedew im November 2008 wurde der Versuch unternommen, die alte Freundschaft zwischen Kuba und Russland wiederherzustellen.

7. Kuba und Lateinamerika

Für die Staaten Lateinamerikas und der Karibik war die Integration Kubas in regionale und internationale Organisationen von großer Bedeutung, diesen Forderungen entgegen steht jedoch die USA mit ihrem Embargo und ihrer Isolationspolitik (vgl. Hoffmann 2001: 180). Die verstärkte Integration Kubas in Lateinamerika kann das Überleben der kubanischen Revolution abzusichern helfen. Die Beziehungen zwischen Kuba und Lateinamerika können seit den letzten Jahren als Kuba freundlich bezeichnet werden. In einigen Staaten Lateinamerikas feierten links gerichtete Politiker Wahlerfolge, vor allem Chávez in Venezuela mit seiner sozialistisch bolivarischen Alternative ist hier zu erwähnen. Die Beziehungen zwischen Kuba und Venezuela sind als besonders eng zu betrachten.

Nach einer Phase der Isolation Kubas in Lateinamerika, welche mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und damit dem Ende des bipolaren Systems beendet wurde, verbesserten sich die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten. Kuba hatte nun diplomatische Beziehungen zu fast allen lateinamerikanischen Staaten, eine Ausnahme stellte El Salvador dar (vgl. Klepak 2006: 154). Anfang der 1990er Jahre wurde versucht, Kuba in die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zurückzuholen. Die meisten Anstrengungen setzten dabei Kolumbien, Mexiko und Venezuela. Kolumbien hatte jedoch auch gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und wollte diese durch allzu große Initiativen für Kuba nicht gefährden. Venezuela vor Chávez befand sich in einer ähnlichen Situation, stand der USA ebenfalls sehr nahe. Die Beziehungen zu Mexiko waren über mehr als 30 Jahre sehr eng gewesen, doch mit den Bemühungen um einen Beitritt in die NAFTA (North American Free Trade Association) verschlechterten sich diese zusehends.

Klepak (2006: 156) beschreibt die Gründe dafür:

„ [...] that it simply could not afford to annoy the United States by an excessively close relationship with Havana“.

Die meisten anderen Staaten Südamerikas bevorzugten ebenfalls keine allzu guten Beziehungen zu Kuba, um die Vereinigten Staaten nicht gegen sich aufzubringen. Kuba wandte sich daher immer stärker den karibischen Staaten zu, diese boten Zusammenarbeit im Tourismus, in Entwicklungsfragen und anderen politischen Gebieten an. Kuba wurde infolge Mitglied in der Caribbean Tourism Organization und unterzeichnete Kooperationsabkommen mit CARICOM. Kuba war nun entweder Mitglied der meisten regionalen Organisationen oder hatte zumindest Abkommen mit diesen geschlossen (vgl. Klepak 2006: 157).

Auf bilateraler Ebene kam es zu einer Krise mit Mexiko. Mexikos politischer Spielraum hatte sich in den 1990er durch die Pesokrise und die darauf folgende Annäherung an die USA, die ihren Höhepunkt mit dem Beitritt zur NAFTA fand, verringert. Mexikanische Investitionen, die vor der Pesokrise 1995 Mexiko den zweiten Platz in der Statistik der Investitionen einbrachten, brachen ein. Fidel Castro war enttäuscht über den Beitritt Mexikos zur NAFTA und beschuldigte Mexiko, seine lateinamerikanischen Wurzeln, seine Traditionen und seine Geschichte zu vergessen (vgl. Klepak 2006: 157). Fidel sprach sogar vom „*Mickey Mouse model*“ (Klepak 2006: 157) für die Zukunft Mexikos. Als sich die Beziehungen wieder zu verbessern schienen, kam es 2002 auf dem Gipfel für Entwicklung in Monterrey, Mexiko, zu einem Vorfall. Der mexikanische Präsident, Vicente Fox, kritisierte Fidel wegen seiner USA kritischen Haltung und forderte von ihm, sich auf dem Gipfel zurückzuhalten und möglichst wenig zu zeigen (vgl. Klepak 2006: 158). Fox wollte so eine Konfrontation mit dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush verhindern, der ebenfalls am Gipfel anwesend war. Fidel Castro war verärgert und veröffentlichte ein Telefonprotokoll über ein Gespräch mit Vicente Fox, welches diesen unglücklich in der Diskussion erscheinen ließ (vgl. Klepak 2006: 158). Im Mai 2004 sandte der mexikanische Außenminister, Luis Ernesto Derbez, einen Brief an seinen kubanischen Kollegen,

Außenminister Felipe Perez Roque, in welchem er die Freundschaft Mexikos betonte und die Wiederherstellung der guten Beziehungen in Aussicht stellte. Mexiko hatte also auch aus wirtschaftlichen Gründen heraus, großes Interesse an der Normalisierung der Beziehungen zu Kuba.

2002 brachte der Präsident von Uruguay, Batlle, Kritik an Fidel Castro an, worauf der Präsident von Uruguay von Fidel Castro wegen seiner USA freundlichen Haltung kritisiert wurde. Fidel bezeichnete ihn als „*lackey of the United States*“ (Klepak 2006: 160). Als der Präsident von Uruguay die Kritik vortrug, sprach er mit der Unterstützung von Argentinien, Chile, Mexiko und Peru (vgl. Klepak 2006: 160). Die Beziehungen zu den meisten Staaten Lateinamerikas waren verhalten, beispielhaft kann Guatemala angeführt werden. Als der Vizepräsident von Guatemala, Francisco Reyes, eine Woche in Havanna weilte, wurde viel von einer Unterstützung des kubanischen Regimes gesprochen, doch wurden mehr kubanische Hilfeleistungen für Guatemala vereinbart.

Klepak (2006: 161) schreibt davon:

„Indeed, the agreements between the two countries called for Cuba to do more in terms of assisting Guatemala-and not the other way around“.

Zu dieser Zeit hatte Kuba auch keine ausgeprägten Beziehungen zu Brasilien, dies sollte sich erst unter dem Präsidenten Lula ändern. Die argentinische Wirtschaftskrise am Anfang dieses Jahrzehntes diente Kuba dazu, aufzuzeigen, was durch freie Märkte und allzu freie Umsetzung von neoliberalen Ideen mit den Menschen geschehen kann. Argentinien hatte unter einer Hyperinflation zu leiden, es kam zu Unruhen in Buenos Aires. Die argentinische Regierung hatte alle Pensionen und die staatliche Gesundheitsvorsorge privatisiert. Nun konnten nach dem Zusammenbruch des argentinischen Wirtschaftsystems keine Pensionen mehr ausgezahlt werden, was Fidel mit Verweis auf das kubanische System kommentierte, dass dies in Kuba nicht passieren könne (vgl. Klepak 2006: 161). Fidel Castro nannte den argentinischen Präsidenten, Fernando de la Rúa, einen „*boot-licker of the United States*“ (Klepak 2006: 161).

- Die Beziehungen zu Chile waren auch nicht die besten, Bolivien, Peru und Ecuador hatten auch andere Interessen (vgl. Klepak 2006: 162).
- Die Beziehungen zu Kolumbien gestalteten sich sehr viel besser, Kolumbien war ein Freund Kubas. Dies auch deswegen, weil Kuba die links gerichteten Rebellen in Kolumbien nicht unterstützte.
- Die Beziehungen zu Venezuela hatten durch die Wahl von Hugo Chávez 1999 einen Schub erhalten.
- 2003 änderten sich durch die Wahl von Lula die Beziehungen zu Brasilien gänzlich. Castro reiste nach Brasilien, um an der Inauguration von Lula teilzunehmen. Lula versprach Reformen für die beachteiligten Bevölkerungsschichten, er führte das Programm „zero fome“, nach welchem jede Familie einen gewissen Geldbetrag und Essen bekommen sollte, ein.
- In Argentinien erwartete ihn, bei der Vorstellung des neuen Präsidenten, eine begeisterte Menge von 40000 Menschen, Fidel soll mehr Zuwendung als der gewählte Präsident bekommen haben (vgl. Klepak 2006: 164).
- Dann reiste Fidel Castro auch zu seinem neuen Freund, dem Präsidenten von Ecuador, Gutierrez.

Der Handel mit den Staaten Lateinamerikas war stark angewachsen. 2001 machte der Handel mit diesen 30% des kubanischen Außenhandels aus, im Vergleich zu 5% im Jahr 1990 (vgl. Sanchez-Egozcue 2006: 87).

Die Beziehungen zu Venezuela waren seit dem Amtsantritt von Hugo Chávez hervorragend. Hugo Chávez ist ein Anhänger der kubanischen Revolution, ein persönlicher Bewunderer von Fidel Castro. Steht Chávez mit seiner bolivarianischen Revolution in der Abfolge der kubanischen Revolution? In wie weit ist Castro als Vorbild für Hugo Chávez anzusehen?

Hoffmann (2007b: 21) beantwortet dies so:

„And while it is not to call doubt that Chávez has charismatic qualities of his own, he greatly benefited from tapping into Fidel’s charisma in terms of becoming his designated heir to continue the Latin America-wide project of revolution and anti-imperialism of which the Cuban Revolution of 1959 had been but the beginning”.

Übernimmt Chávez die Rolle der Symbolfigur einer lateinamerikanischen Revolution von Castro? Chávez neigte auch dazu die gegenseitige Hilfe zu einem „mystisch verklärten revolutionären Bündnis“ (Meschkat 2006) zu erhöhen, wobei der Präsident von Venezuela dabei langsam die Rolle von Fidel Castro als Symbolfigur für die Veränderung, für Reformen in Lateinamerika übernahm. Der venezolanische Präsident trug dazu bei, die Errungenschaften und den Mythos der kubanischen Revolution am Leben zu erhalten (vgl. Meschkat 2006). Auf der anderen Seite wurden auch „realsozialistische Bräuche“ (Meschkat 2006) übernommen, nach denen zum Beispiel keine öffentliche Kritik gezeigt werden durfte. Mayrbäurl (10.05.2006) spricht davon, dass sich Chávez dem „Nachbau des revolutionären kubanischen Gesellschaftsmodell“ widmete. Chávez ist also so etwas wie der extra-territoriale Nachfolger, der Erbe von Fidel, dem ein transnationales Charisma (vgl. Hoffmann 2007b: 21) nachgesagt wird. Offenbar wurde diese Stellung von Chávez durch die Fotos mit Fidel an seinem Krankenbett im Zuge einer schweren Erkrankung im Jahr 2006, auf denen Chávez als erster Besucher zu sehen ist, nicht etwa sein Bruder Raúl.

Goerdeler (2007) schreibt über das kubanisch- venezolanische Verhältnis:

„Da passt es in die Gerüchteküche, dass Kuba sich am Tag X- wenn der Comandante absalutiert- unter die Schirmherrschaft Venezuelas begeben soll.“

Welche Rolle wird die ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas) in der Zukunft spielen? Kuba ist für die ALBA, die bolivarische, wirtschaftliche Alternative für Amerika, von größter Bedeutung. Die ALBA wurde 2004 von Kuba und Venezuela gegründet, 49 Abkommen in den Bereichen Gesundheit, Energie, Zölle und Industrie wurden unterzeichnet. Heute hat die ALBA Venezuela, Kuba,

Bolivien, Honduras, Nikaragua und die Dominikanische Republik als Mitglieder. Die ALBA wurde als alternative Organisation zur ALCA, welche unter der Schutzherrschaft der USA steht und Kuba ausschließt, betrachtet. Enge Beziehungen bestehen besonders zwischen den Ländern Bolivien, Venezuela und Kuba. Bolivien verkauft seine Sojaproduktion zollfrei nach Kuba (vgl. Ling 2007).

Venezuela unter Chávez ist von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung für Kuba. So wird Kuba mit Milliardenbeträgen unterstützt und venezolanisches Geld produktiv in Kuba investiert (vgl. Hörtnner 2007: 18). Venezuela liefert 92.000 Barrel Erdöl täglich an Kuba (Ling 2007). Kuba bekommt billiges Erdöl aus Venezuela und unterstützt Venezuela im Gegenzug mit Ärzten und Krankenschwestern (vgl. Hoffmann 2002: 66). Heute ist medizinisches Personal im Ausmaß von 20.000 Kubanern in Venezuela tätig (vgl. Ling 2007). 2007 wurde ein wirtschaftliches Kooperationsabkommen zwischen Venezuela und Kuba in der Höhe von 1,9 Milliarden US Dollar abgeschlossen (vgl. Hörtnner 2007: 21).

Der russische Präsident, Dimitri Medwedew, hat bei seinem Staatsbesuch in Venezuela im November 2008 eine Mitgliedschaft Russlands in der ALBA als möglich bezeichnet (RIAN 2008c):

"Wir beobachten mit Interesse, wie sich diese Assoziation entwickelt. Wir sind bereit, nachzudenken und über Russlands Teilnahme daran zu sprechen. Das kann eine Teilnahme als ein assoziiertes Mitglied sein".

7.1. Zusammenfassung

Für die Staaten Lateinamerikas und der Karibik ist heute die Integration Kubas in regionale und internationale Organisationen von großer Bedeutung, diesen Forderungen entgegen steht jedoch die USA mit ihrem Embargo und ihrer Isolationspolitik (vgl. Hoffmann 2001: 180). Die verstärkte Integration Kubas in Lateinamerika könnte das Überleben der kubanischen Revolution abzusichern helfen.

Nach einer Phase der Isolation Kubas in Lateinamerika, welche mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und damit dem Ende des bipolaren Systems beendet wurde, verbesserten sich die Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten.

Die Beziehungen zwischen Kuba und Lateinamerika können seit den letzten Jahren als Kuba freundlich bezeichnet werden. In einigen Staaten Lateinamerikas feierten links gerichtete Politiker Wahlerfolge, vor allem Chávez in Venezuela mit seiner sozialistisch bolivarischen Alternative ist hier zu erwähnen. Die Beziehungen zwischen Kuba und Venezuela sind als besonders eng zu betrachten.

Die Beziehungen zu Venezuela waren seit dem Amtsantritt von Hugo Chávez hervorragend. Hugo Chávez ist ein Anhänger der kubanischen Revolution, ein persönlicher Bewunderer von Fidel Castro. Chávez übernahm von Fidel Castro die Bedeutung als Symbolfigur für Veränderung, somit trug der venezolanische Präsident dazu bei, die Errungenschaften und den Mythos der kubanischen Revolution lebendig zu halten. Venezuela unter Chávez ist von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung für Kuba. So wird Kuba mit Milliardenbeträgen unterstützt und venezolanisches Geld in Kuba investiert, besonders bedeutsam sind dabei die täglichen Erdöllieferungen Venezuelas an Kuba.

8. Kuba und China

China hat geopolitische Interessen in Kuba, da ja Kuba inmitten der Karibik und in ständiger Konfrontation mit den USA, welche nicht zu engsten Partnern Chinas zählt, liegt (vgl. Hoffmann/ Whitehead 2006: 13). Kuba ist für China somit Zugang zur Karibik und zu Lateinamerika. China stellt heute weiters einen wichtigen Handelspartner für Kuba dar, besonders stark am Abbau der kubanischen Nickelvorkommen ersichtlich.

China hatte aber auch in der Vergangenheit ausgeprägte wirtschaftliche Beziehungen mit Kuba. Dies auf der Basis einer ähnlich ausgeprägten ideologischen Grundausrichtung, so hatte China bereits am 28 September 1960 diplomatische Beziehungen zu Kuba aufgenommen. Mehrere Deklarationen über politische und wirtschaftliche Beziehungen wurden im Anschluss daran unterzeichnet. Infolge kaufte China Zucker und Reis aus Kuba und gab Hilfestellung bei technischen Fragen (vgl. Hugh 1984: 338). 1988 war China nach der Sowjetunion der größte Abnehmer kubanischen Zuckers (vgl. Gunn 1990: 137). Eine Diversifizierung bei den Produkten im chinesisch-kubanischen Handel war kaum gelungen. Kubanische Exporte beinhalteten Zitrusfrüchte, Nickel Rum, Stahl, Textilien und Zigarren (vgl. Fernandez 1993: 27). Wissenschaftlich-technische Kooperationen gab es auf den Gebieten von Fischerei, Viehzucht, Kultivierung von Reis- und Sojabohnen, Gesundheit, Genetik und Biotechnologie (vgl. Fernandez 1993: 27).

China und Kuba nahmen in den Internationalen Beziehungen weiters ähnliche Standpunkte ein. China trat als Bewahrer der kubanischen Souveränität auf und unterstützte die Ablehnung des US-Embargos gegen Kuba. Kuba stimmte mit China in den Fragen um Taiwan und Menschenrechtsverletzungen in Tibet. Chinas gute Beziehungen zu Kuba wurden von den USA kritisiert, da die USA

Waffenlieferungen nach China befürchteten, welches jedoch von Kuba stets abgestritten wurde.

Heute ist China in der kubanischen Nickel- und Erdölförderung aktiv. China liefert dafür chinesische Konsumgüter nach Kuba (vgl. Helfrich 2006). Interessensüberschneidungen bestehen in der Biotechnologie, weiters in Bereichen der kubanischen Pharmaindustrie. So werden in zwölf Joint Venture Betrieben Medikamente für den chinesischen Markt produziert (vgl. Hörtnner 2007: 21).

Kuba bezieht für die absolut notwendige Verbesserung der kubanischen Infrastruktur Hilfe aus China. So wurden 2007 zum Ausbau des Busnetzes in Kuba 7000 chinesische Autobusse angekauft (vgl. Hörtnner 2007: 21). Chinesische Produkte in Kuba sind in den Bereichen der Telekommunikation, im Agrarbereich und eben im Transportbereich anzutreffen (vgl. Chinadaily 2007). China lieferte weiters TV Geräte, Kühlschränke und die berühmten Kochtöpfe (vgl. Chinadaily 2007). Kuba bot weiters auch die Entsendung von Augenärzten nach China an (vgl. Chinadaily 2008). Der bilaterale Handel zwischen China und Kuba machte 2007 1, 87 Milliarden US-Dollar aus, was einer Steigerungsrate von 30% im Vergleich des Vorjahres entsprach (vgl. Chinadaily 2007). Chinesische Exporte nach Kuba machten 900 Millionen US-Dollar aus, die kubanischen Exporte nach China beliefen sich auf 948 Millionen US-Dollar (vgl. Chinadaily 2007). Damit wurde China zum zweitgrößten Handelspartner Kubas nach Venezuela. Es ist hier von mir viel über die Handelsbeziehungen zwischen Kuba und China geschrieben worden, da wenig Material über andere Bereiche zu finden war. Es gestaltete sich für mich überhaupt schwierig, Artikel und Berichte über die Beziehungen zwischen China und Kuba zu finden. In den westlichen Medien konnte ich keine Meldung zum Verhältnis China und Kuba finden, kubanische Quellen gibt es auch kaum. Die chinesischen Medienberichte beinhalteten wenig Brauchbares für eine Betrachtung der bilateralen Beziehungen.

Im Juni 2008 empfing Fidel Castro He Guoqiang, Mitglied des chinesischen Zentralkomitees und hoher chinesischer Funktionär, in Havanna (vgl. Standard 2008e). Dabei wurde chinesische Hilfe im Agrarbereich zugesichert, um die Landwirtschaftserträge in Kuba zu steigern. Weiters wurde die Tibetfrage erläutert, „*westliche Provokationen*“ (Standard 2008e) der chinesischen Regierung verurteilt. Die kubanische Regierung unterstützte also China in der Tibetfrage, die chinesischen Menschenrechtsverletzungen in Tibet wurden nicht erörtert (vgl. Stackl 26.03.2008).

8.1. Zusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass China geopolitische Interessen in Kuba hat, da Kuba inmitten der Karibik und in ständiger Konfrontation mit den USA, welche nicht zu engsten Partnern Chinas zählt, liegt. Kuba ist für China somit Zugang zur Karibik und zu Lateinamerika.

China hatte wichtige wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba, auch heute stellt Kuba einen wichtigen Handelspartner für China dar, besonders stark am Abbau der kubanischen Nickelvorkommen ersichtlich.

In politischen Fragen nahmen China und Kuba oftmals ähnliche Standpunkte ein. China trat als Bewahrer der kubanischen Souveränität auf und unterstützte die Ablehnung des US Embargos gegen Kuba. Kuba stimmte mit China in den Fragen um Taiwan und Menschenrechtsverletzungen in Tibet. Die kubanische Regierung unterstützte China in der Tibetfrage, die chinesischen Menschenrechtsverletzungen in Tibet wurden nicht kritisiert.

9. Kuba und Internationale Organisationen

In diesem Kapitel beschäftige ich mich mit den Beziehungen von Kuba zu unterschiedlichen Internationalen Organisationen vor allem aber mit den Beziehungen Kubas zu den Vereinten Nationen.

Fidel Castro wollte seine kubanische Revolution in andere Länder tragen, so hatte er schon früh die Tricontinentale gegründet. Nach vielen Jahren schränkte Fidel jedoch seine Vorstellung ein, indem er von Revolutionen aus sich selbst heraus ausging, die autonom entstanden (vgl. Hagemann 2002: 135). Kuba wurde von Fidel als Vertreter der Interessen der Dritten Welt Länder gesehen (vgl. Habel 1993: 150).

Nach dem Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems suchte Kuba seinen neuen Platz in der internationalen Staatengemeinde. Kuba benötigte neue Handelspartner, neue Finanzgeber und auch Entwicklungshilfegelder von neuen Partnern. Als Folge war Kuba Teilnehmer an vielen UNO-Konferenzen. Zu nennen sind die Weltumweltkonferenz in Rio im Jahr 1992, weiters der Weltsozialgipfel in Kopenhagen 1995 oder der FAO-Gipfel in Rom 1996. Diese multilateralen Foren waren für Castro auch deswegen von größter Bedeutung, weil nur wenige Staaten bilaterale Beziehungen mit Kuba führen wollten (vgl. Coltman 2005: 437). Fidel veranstaltete auch internationale Treffen in Kuba, darunter den Iberoamerika-Gipfel 1999. Auf diesem Gipfel wurde die Forderung nach Demokratie in Kuba erhoben, einige Staaten protestierten gegen die Politik Kubas (vgl. Hoffmann 2001: 171). 1998 wurde Kuba Vollmitglied der ALADI (Asociación Latinoamericana de Intergración), welche die wirtschaftliche Zusammenarbeit beabsichtigt. Bei dem Mercosur (Mercado Común del Sur) gelang eine Annäherung, 2006 war Fidel beim Treffen der Mitglieder in Cordoba zugegen, wo es zu Handelserleichterungen für Kuba mit den einzelnen Mitgliedsländern kam. Kuba ist jedoch bis heute nicht Mitglied der Mercosur Organisation. Mercosur und die Iberoamerika-Gipfel waren wichtige regionale multilaterale Ebenen für die lateinamerikanischen Staaten,

Reformen in Demokratie und Menschenrechtsfragen von Kuba einzufordern. Bei der CARICOM (Caribbean Community And Common Market) hat Kuba Beobachterstatus, eine Vollmitgliedschaft wird anvisiert. Die Verbindung mit Kuba hat für die CARICOM Vorteile in der Tatsache, dass mit Kuba ein neuer Partner in Süd-Süd Kooperationen mit großem Interesse an nachhaltigen Entwicklungen gefunden wurde und Zugang zu einem großen Absatzmarkt für karibische Erzeugnisse geschaffen wurde (vgl. Cotman 2006: 142). Die CARICOM hat weiters Bedeutung für Kuba inne, da diese Organisation ein Naheverhältnis zur EU und zu den AKP Staaten hat. Die Gründung der Petrocaribe, einer Erdölvereinigung, der fast alle CARICOM-Mitglieder außer Trinidad und Barbados angehören, fand 2005 statt.

Kuba wollte also verstärkt die Beziehungen zu den karibischen Nachbarstaaten verbessern (vgl. Gratius 2000: 194). So konnte Kuba seine eigene Position als größtes karibisches Land verfestigen und dadurch einer *„verstärkten US Hegemonie entgegenwirken“* (Gratius 2000: 194). Weiters konnte Kuba *„dadurch auf eine karibische Solidarität“* (Gratius 2000: 194) bauen und sich außerdem auf einem multilateralen Weg über die AKP Staaten der EU annähern.

Die karibischen Staaten versuchten sich zu einer regionalen Macht zusammenzuschließen, um so der übermächtigen USA entgegentreten zu können (vgl. Hoffmann 2001: 197). In diesem Sinne ist Kuba auch der OLADE (Organización Latinoamericana de Energia) beigetreten, welche die Vereinigten Staaten ausschloss. 1974 trat Kuba auch der GEPLACEA (Grupo de Paises Latinoamericanos y del Caribe Exportadores de Azúcar) bei. Seit 1995 ist Kuba Mitglied der ACS (Association of the Caribbean States), welche einen wirtschaftlichen Block von 200 Millionen Menschen darstellt. Bei dieser Organisation ging es darum, neue Märkte außerhalb der Region zu öffnen. Trotz aller Bemühungen um Integration in seinen karibischen und lateinamerikanischen Kontext blieb Kuba das einzige AKP Mitgliedsland ohne Beitritt zum Cotonou Abkommen, welches ich näher im Kapitel Kuba und seine aktuellen Beziehungen

zur EU behandelte. Weiters hat Kuba bis heute kein Kooperationsabkommen mit der EU geschlossen.

Diese vielen Mitgliedschaften können als Symbol für die Integrationsbereitschaft der kubanischen Regierung dienen. Kuba hat so neue Partnerschaften geschlossen und sich verändert präsentiert.

2006 veranstaltete Kuba das Treffen der Blockfreien in Havanna. Dadurch hatte Kuba den dreijährigen Vorsitz in der Vereinigung wiederum inne, nach einem erstmaligen Vorsitz 1999. Die Blockfreien waren 1961 gegründet worden, und Kuba eines der Gründungsmitglieder. Diese Bewegung bot Kuba eine internationale Plattform, um sich von der Sowjetunion zu distanzieren. Die Blockfreien haben heute 118 Mitglieder und bieten somit Kuba die Möglichkeit von Konsultationen außerhalb der UNO, um dann dort für Kuba wichtige Abstimmungsergebnisse zu erzielen. Schlagend wurde dies bei der Wahl Kubas in den UN Menschenrechtsbeirat. 2006 hatte Kuba wiederum für die Periode von drei Jahren den Vorsitz in der Bewegung der Blockfreien Staaten übernommen (vgl. Rüb 2006). Fidel wollte auch immer im Rahmen der Blockfreien Bewegung ein neues, gerechteres weltweites Finanzsystem schaffen. Fidel war ein ständiger Kritiker der Globalisierung, er bemängelte die Machtzuwächse multinationaler Konzerne (vgl. Coltman 2005: 437). Diese Forderungen haben meiner Meinung nach aufgrund der derzeitigen Finanzkrise umso mehr Bedeutung. Fidel forderte auch ein Umdenken in Energiefragen. Er kritisierte die Biotreibstoffherstellung und forderte stattdessen die Verminderung des Ausstoßes von Benzinmotoren (Castro 28.03.2007). Kuba ist übrigens das einzige Land, welches die von der UNO aufgestellten Kriterien für nachhaltige Entwicklung erfüllt (vgl. Hausknost 23.01.2008). Dies dürfte jedoch nicht wegen der strengen Auflagen der kubanischen Regierung möglich sein, sondern eher ein zufälliges Nebenprodukt kubanischer Wirtschaftsplanung sein (vgl. Hausknost 23.01.2008).

Fidel Castro war auf internationaler Ebene immer wieder für Überraschungen gut, so schüttelte er dem damaligen US Präsidenten, Bill Clinton, 2000 auf dem UN-

Milleniums-Gipfel in New York die Hand. Auf diesem Gipfel versuchte er ein wichtiger Ansprechpartner für die Länder der Dritten Welt zu sein.

Gratius (2000: 190) beschreibt die kubanischen Bemühungen:

„Die Teilnahme am Milleniums Gipfel stand im Kontext der wachsenden Profilierung Kubas als Standort für die Interessensvertretung der Länder der Dritten Welt und Initiator einer Süd-Süd Kooperation internationalen System“.

Sein Äußeres hatte er auch bereits angepasst, indem er immer seltener seine Militäruniform und stattdessen das für Kuba typische Hemd, die *guyabera*, trug. Fidel Castro forderte auch die Abschaffung der Weltbank, die für ihn nur die Interessen der reichen Industrieländer vertrat. Kuba ist aus ideologischen Gründen überhaupt nicht Mitglied von westlichen Schlüsselorganisationen.

Kuba ist nicht nur Mitglied der ALBA, der bolivarianischen Alternative für Amerika, sondern spielt in dieser Organisation, die unter dem Schutz von Hugo Chávez steht, eine bedeutende Rolle (vgl. Hörtnner 2007: 19). Diese ALBA kann als Gegenentwurf zur von dem US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush initiierten ALCA, einer möglichst alle Länder Lateinamerikas umfassenden Freihandelszone, gesehen werden (vgl. Hörtnner 2007: 19). Weiters ist mit einer Rückkehr Kubas in die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) baldigst zu rechnen (vgl. Hörtnner 2007: 19). Dies trotz der Tatsache, dass Kuba oftmals von den Gremien der OAS wegen seiner Verletzung der Menschenrechte verurteilt wurde. 1962 war Kubas Mitgliedschaft in der OAS auf Bestreben der USA ausgesetzt worden, mit der Begründung, dass ein kommunistisches Land mit dem Frieden und den Sicherheitsbemühungen Lateinamerikas unvereinbar ist (vgl. Klepak 2006: 151). Die Ideen des Kommunismus waren aufgrund des Einflusses der USA für unvereinbar mit dem interamerikanischen System der OAS erklärt worden (vgl. Nohlen 2002: 625). Die OAS war 1948 gegründet worden mit dem Ziel eines *„kollektiven Beistandes gegenüber Angriffen extrakontinentaler Mächte“* (Nohlen 2002: 624). Im Laufe der Zeit war die OAS immer mehr *„zu einem Instrument zur Abwehr linksgerichteter Aktivitäten“* (Nohlen 2002: 625) geworden.

Schon 1996 hatte die OAS eine Resolution verabschiedet, durch die der US-amerikanische Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act verurteilt wurde. Anfang der 1990er Jahre wurde versucht, Kuba in die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zurückzuholen.

Die UNO stellt für Kuba eine wichtige Möglichkeit dar, Interessen zu artikulieren. Im Zentrum stehen dabei das US-Embargo und eine stärkere Einflussnahme von Ländern der Dritten Welt im UN-Sicherheitsrat. 1992 fand sich erstmals auf der Jahresversammlung des US-Menschenrechtskomitees eine Mehrheit der USA für die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in Kuba. Kuba musste seine Initiative zur Verurteilung des US-Embargo zurückziehen (Grabendorff 1993: 166). In den darauf folgenden Jahren erfolgte jedoch eine Verurteilung der USA. Kuba versuchte weiters eine Verurteilung der USA wegen Völkermordes zu erreichen (vgl. Zeuske 2004: 260). In weiterer Folge wurden aber mehr Anfragen von der UN-Menschenrechtskommission an Kuba gestellt, die Menschenrechtssituation in Kuba zu verbessern und die Prinzipien der UN-Menschenrechtscharta zu achten. 2000 wurde eine Resolution verabschiedet, in welcher die kubanische Repression gegenüber Dissidenten und religiösen Gruppen verurteilt wurde. In einer Resolution aus dem Jahr 2005 über die Notwendigkeit nach Beendigung der Blockade wurde die USA bei nur vier Gegenstimmen, welche von den USA selbst, Israel, den Marshall Inseln und Palau stammten, und einer Enthaltung von den Förderierten Staaten von Mikronesien verurteilt. Kuba ist weiters Mitglied zweier UN-Unterorganisationen, der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation und der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL). Die UN-Menschenrechtskommission hat im Jahr 2004 die Verhaftungen von Dissidenten kritisiert, gleichzeitig aber auch die Bildungssituation und den Zustand des Gesundheitssystems in Kuba, weiters die Religionsfreiheit positiv bewertet (vgl. Hofmann 2004: 10). 2006 erhielt Kuba von der UNESCO einen Preis für sein Alphabetisierungsprogramm „*Yo, si puedo*“ (vgl. Cubaminrex 30.01.2007). Bemerkenswert daran ist, dass es sich hier um ein Projekt von Entwicklungshilfe unter Ländern des Südens handelt. Mit dieser Auszeichnung wurde also ein Bild von Kuba als einem hilfsbereiten Land innerhalb der Staatengemeinschaft

gezeichnet, das dem Bild der Diktatur gegenübersteht. Im Dezember 2007 kündigte der kubanische Außenminister, Felipe Perez Roque, an, dass Kuba die Unterzeichnung des UN-Abkommens zu wirtschaftlichen und politischen Rechten unterzeichnen wird (vgl. Hoffmann 2008a: 91). Dabei erwies sich der Außenminister als „*pragmatischer Opportunist*“ (Hoffmann 2008a: 92), da er auch die Kritik Fidels an der Unterzeichnung des Abkommens als verständlich bezeichnete.

Bezüglich der Menschenrechtssituation in Kuba kann festgehalten werden, dass der UNO-Menschenrechtsbeirat Kuba von der Liste ständig unter Beobachtung stehenden Staaten gestrichen hat (vgl. Hörtnner 2007: 20).

Im Oktober 2008 hatten im Zuge der Generalversammlung der Vereinten Nationen 185 von 192 Mitgliedsstaaten für die Aufhebung des US-Embargo gegen Kuba gestimmt. Der kubanische Außenminister, Felipe Perez Roque, sagte daraufhin (Standard 2008b): „ [...] *der nächste US-Präsident werde zugeben müssen, dass das Handelsembargo gegen sein Land eine gescheiterte Politik sei. Die USA seien in dieser Frage isoliert*“.

9.1. Zusammenfassung

Kuba wollte gezielt seine Beziehungen zu den karibischen Nachbarstaaten verbessern. Durch regionale karibische Zusammenarbeit konnte Kuba eine Art karibische Solidarität erreichen und sich außerdem auf einem multilateralen Weg über die AKP Staaten der EU annähern. Durch regionale Zusammenarbeit konnte Kuba seine eigene Position als größtes karibisches Land verfestigen, und einer US-Hegemonie entgegenwirken.

Nach dem Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems suchte Kuba seinen neuen Platz in der internationalen Staatengemeinde. Kuba benötigte neue Handelspartner, neue Finanzgeber und auch Entwicklungshilfegelder von neuen Partnern. Die multilateralen Foren waren für Castro auch deswegen von größter

Bedeutung, weil nur wenige Staaten bilaterale Beziehungen mit Kuba führen wollten (vgl. Coltman 2005: 437). Auf den folgenden Treffen wurde die Forderung nach Demokratie und Menschenrechte in Kuba erhoben.

Kuba ist nicht nur Mitglied der ALBA, der bolivarianischen Alternative für Amerika, sondern spielt in dieser Organisation, die unter dem Schutz von Hugo Chávez steht, auch eine wichtige und bedeutende Rolle.

Die UNO stellt für Kuba eine wichtige Möglichkeit dar, Interessen zu artikulieren. Im Zentrum stehen dabei das US-Embargo und eine stärkere Einflussnahme von Ländern der Dritten Welt im UN-Sicherheitsrat.

10. Conclusio

In der Einleitung meiner Diplomarbeit stellte ich die Forschungsfrage: Wie entwickelten sich die Beziehungen zwischen Kuba und der Internationalen Staatengemeinde? In meiner Schlussbetrachtung beantworte ich diese nun anhand der einzelnen Kapitel zu den Beziehungen Kubas zur Internationalen Staatengemeinde. Weiters werde ich zu den einzelnen Kapiteln Hypothesen generieren.

1996 wurde von der Europäischen Union ein noch heute gültiger, gemeinsamer Standpunkt bezüglich Kuba beschlossen, in welchem von Seiten der EU Bedingungen für die Zusammenarbeit mit Kuba formuliert wurden. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba sind geprägt durch das europäische Ziel der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Kuba, der Forderung der EU nach sichtbarer Demokratisierung in Kuba und dem darauf folgenden Prozess des Übergangs zu einer pluralistischen Demokratie sowie der Förderung eines wirtschaftlichen Aufschwunges. So wird die wirtschaftliche Unterstützung der EU weiter mit der Frage der Achtung der Menschenrechte und mit der Forderung nach Demokratie in Kuba verknüpft. Die EU hat bis heute kein bilaterales Abkommen mit Kuba, übrigens als einzigem Land Lateinamerikas, abgeschlossen. Aufgrund der Absenz eines bilateralen Abkommens kann die EU Politik gegenüber Kuba auf drei Ebenen gesehen werden. Auf der ersten Ebene sind Entwicklungshilfeprojekte, auf der zweiten Ebene die stärkere Verankerung Kubas in der Karibik und auf einer dritten Ebene werden Möglichkeiten für die Zusammenarbeit mit Kuba aufgrund des AKP Vertrages gesehen. Kuba ist zwar Mitglied des AKP Vertrags, hat das wichtige Cotonou Abkommen jedoch nie unterschrieben. Der multilaterale AKP Vertragsweg hätte die Möglichkeit geboten, sich auf eben diesem Weg der EU anzunähern, und so Diskussionen über Menschenrechte in Kuba und innenpolitische Probleme, die bei einer bilateralen Annäherung entstanden wären, zu umgehen.

Gemäß dem in der Einleitung vorgestellten hypothesengenerierenden Ansatz formuliere ich nun meine erste Hypothese:

Wenn die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba durch das europäische Ziel der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Kuba geprägt war, dann kann nicht davon gesprochen, dass diese Menschenrechte und Grundfreiheiten in Kuba in der Folge eingehalten wurden.

Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist der bestimmende externe Faktor sowohl für die innenpolitische als auch für die außenpolitische Situation Kubas. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba sind geprägt durch einen institutionalisierten Dauerkonflikt. Vergleiche zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba werden von den Castros oft gebracht, dabei wird auf die sozialen Ungerechtigkeiten in den USA verwiesen, und im Gegenzug die sozialen Erfolge der Revolution im Gesundheits- und Bildungswesen hervorgehoben.

Meine zweite Hypothese lautet:

Wenn die USA davon ausgingen, dass eine Verschärfung des US-Embargos gegenüber Kuba zu einer Transition des kubanischen Systems führt, dann war diese Überlegung nicht folgerichtig.

Eben deswegen, weil die USA und ihr Embargo der kubanischen Regierung als Feindbild dienen, um die Verantwortung für die anhaltend schlechten wirtschaftlichen Beziehungen und die fehlenden politischen Reformen auf den Gebieten der Grund- und Freiheitsrechte auf die USA zu schieben. Durch ein Feindbild lässt es sich leichter regieren, eine Entspannungspolitik seitens der USA käme Castro nicht gelegen, denn nichts könnte dem Regime und seinem nationalistischem Diskurs gefährlicher werden. So bietet sich ihnen die Möglichkeit all ihre Versäumnisse auf die USA und ihr Embargo abzuwälzen und unter ihren Anhängern einen solidarischen Effekt zu erreichen. Die Vereinigten Staaten stellen durch ihr Embargo und durch das ständige Heraufbeschwören eines möglichen Einmarsches amerikanischer Truppen eine Art Daseinsberechtigung für

das aktuelle kubanische Regime dar, weil die kubanische Unabhängigkeit so durch die Castros garantiert wird und dafür notwendige Einheit vom kubanischen Volk eingefordert werden kann. Auf der anderen Seite würde ein Ende des Embargos den Spielraum nach Verhandlungen mit Kuba nicht nur für die USA, sondern auch für die Internationale Staatengemeinde vergrößern. Ein internationaler Konsens über einen kubanischen Weg zur Demokratie wäre so erleichtert. Die wirtschaftliche Öffnung Kubas mit einer darauf folgenden verstärkten Investitionstätigkeit amerikanischer und europäischer Unternehmen könnte den Weg für einen politischen Wechsel und den Respekt für die Menschenrechte ebnen. Die USA hätte durch Änderung der derzeitigen Politik gegenüber Kuba auch die Chance, wieder eine bedeutende Rolle im kubanischen Übergangsprozess spielen zu können. Die US-amerikanische Außenpolitik während der letzten Jahre ist geprägt durch die Beibehaltung eines neo-realistischen Ansatzes. Es könnte dies auch als eine Art Lernunwilligkeit amerikanischer Politiker gedeutet werden. Die USA erscheinen erstarrt in den Strategien des Kalten Krieges, ihre Politik gegenüber Kuba hat sich in den letzten Jahren verschärft, ersichtlich an der Ausweitung des US-Embargos. Die Theorien des Neo-Liberalismus zeigen sich ebenfalls in den Beziehungen Kubas zur USA. Das Außenverhalten eines Staates ergibt sich so oftmals nicht aus Strukturmerkmalen des Internationalen Systems, sondern ist aus den gesellschaftlichen Präferenzbildungsprozessen der Staaten, hier den USA, abzuleiten. So hat die US-amerikanische Politik gegenüber Kuba innenpolitische Wurzeln. Die hauptsächlich in Miami beheimatete exilkubanische Lobby, die unter dem Einfluss des mächtigen Bacardi Clans steht, hat starken Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess in Washington.

Das führt mich zu einer dritten Hypothese:

Wenn gesellschaftliche Akteure in den USA nicht so starken Einfluss auf die Beziehungen zwischen Kuba und den USA genommen hätten, dann könnte die US-amerikanische Politik gegenüber Kuba anders gestaltet sein.

Kuba war bis in die 1990er Jahre der Sowjetunion freundschaftlich verbunden. Im September 1991 beschloss Gorbatschow den Abzug aller sowjetischen Truppen aus Kuba. Ende 1991 fanden die über so viel Jahre freundlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Kuba durch das Ende der Sowjetunion ein plötzliches Ende. Dieser Zerfall wird als das Erbe Gorbatschows gesehen und hatte für Kuba geänderte wirtschaftliche und ideologische Beziehungen zu Russland zur Folge. Es entstand der Eindruck, dass sich Russland Kuba nicht mehr leisten konnte oder wollte. Kuba wurde seine Sonderstellung genommen und zu einem russischen Handelspartner wie eben andere auch. Beide Länder wussten jedoch, dass sie durch ein Fortsetzen der früheren guten Beziehungen Vorteile ziehen konnten. So waren sich beide Länder einig in der gemeinsamen Ablehnung einer unilateralen US-Hegemonialweltordnung. Gegen Ende der 1990er Jahre wollte Russland eine stärkere geopolitische Position in einer multipolaren Welt und dachte nun dabei wieder an kubanische Unterstützung. Bei einem Staatsbesuch des russischen Präsidenten Medwedew im November 2008 wurde der Versuch unternommen, die alte Freundschaft zwischen Kuba und Russland wiederherzustellen.

Für die Staaten Lateinamerikas und der Karibik ist heute die Integration Kubas in regionale und internationale Organisationen von großer Bedeutung, diesen Forderungen entgegen steht jedoch die USA mit ihrem Embargo und ihrer Isolationspolitik. Die verstärkte Integration Kubas in Lateinamerika könnte das Überleben der kubanischen Revolution abzusichern helfen. Die Beziehungen zwischen Kuba und Lateinamerika können seit den letzten Jahren als Kuba freundlich bezeichnet werden. In einigen Staaten Lateinamerikas feierten links gerichtete Politiker Wahlerfolge, vor allem Chávez in Venezuela mit seiner sozialistisch bolivarischen Alternative ist hier zu erwähnen. Die Beziehungen zwischen Kuba und Venezuela sind als besonders eng zu betrachten. Hugo Chávez ist ein Anhänger der kubanischen Revolution, ein persönlicher Bewunderer von Fidel Castro. Venezuela unter Chávez ist von herausragender wirtschaftlicher Bedeutung für Kuba. So wird Kuba mit Milliardenbeträgen unterstützt und venezolanisches Geld produktiv in Kuba investiert.

China hatte geopolitische Interessen in Kuba, da Kuba inmitten der Karibik und in ständiger Konfrontation mit den USA, welche nicht zu engsten Partnern Chinas zählt, liegt. Kuba ist für China somit Zugang zur Karibik und zu Lateinamerika. China hatte wichtige wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba, auch heute stellt Kuba einen wichtigen Handelspartner für China dar, besonders stark am Abbau der kubanischen Nickelvorkommen ersichtlich. In politischen Fragen nahmen China und Kuba oftmals ähnliche Standpunkte ein. China trat als Bewahrer der kubanischen Souveränität auf und unterstützte die Ablehnung des US-Embargos gegen Kuba. Kuba stimmte mit China in den Fragen um Taiwan und Menschenrechtsverletzungen in Tibet. Die kubanische Regierung unterstützte China in der Tibetfrage, die chinesischen Menschenrechtsverletzungen in Tibet wurden nicht kritisiert.

Nach dem Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems suchte Kuba seinen neuen Platz in der internationalen Staatengemeinde. Kuba benötigte neue Handelspartner, neue Finanzgeber und auch Entwicklungshilfegelder von neuen Partnern. Die multilateralen Foren waren für Castro auch deswegen von größter Bedeutung, weil nur wenige Staaten bilaterale Beziehungen mit Kuba führten. Der Neo-Institutionalismus spiegelt sich in den kubanischen Beziehungen zu den karibischen Nachbarstaaten wider. Durch regionale karibische Zusammenarbeit konnte Kuba eine Art karibische Solidarität erreichen und sich außerdem auf einem multilateralen Weg über die AKP Staaten der EU annähern. Durch regionale Zusammenarbeit konnte Kuba seine eigene Position als größtes karibisches Land verfestigen, und einer US Hegemonie entgegenwirken. Kuba ist nicht nur Mitglied der ALBA, der bolivarianischen Alternative für Amerika, sondern spielt in dieser Organisation, die unter dem Schutz von Hugo Chávez steht, auch eine wichtige und bedeutende Rolle. Die UNO stellt für Kuba eine wichtige Möglichkeit dar, Interessen zu artikulieren. Im Zentrum stehen dabei das US-Embargo und eine stärkere Einflussnahme von Ländern der Dritten Welt im UN-Sicherheitsrat.

Kuba stand Anfang der 1990er Jahre nach Beendigung des bipolaren Systems vor großen Herausforderungen, konnte die wirtschaftliche Strukturkrise aber lösen.

Hierzu möchte ich meine vierte Hypothese aufstellen:

Wenn die kubanische Regierung eine Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Bevölkerung durch marktwirtschaftliche Vorgaben zu erreichen versuchte, dann war die soziale Fragmentierung der Bevölkerung die Folge.

Wirtschaftliche Reformen unter marktwirtschaftlichen Vorgaben, welche allerdings auf Devisen erbringende Sektoren eingegrenzt wurden, waren notwendig, um die kubanische Revolution abzusichern. Der darauf folgende unterschiedliche Zugang zu US-Dollars, später zu pesos convertibles, hatte eine soziale Fragmentierung der kubanischen Gesellschaft zur Folge. Viel zu wenig beachtet wurde die Tatsache, dass Kuba durch die ökonomischen Reformen auch innenpolitische Stabilität und damit die kubanische Revolution bewahren konnte. Als weitere Gründe für die innenpolitische Stabilität sind die Reformen der kubanischen Revolution im Bildungs- und Gesundheitsbereich und die Stabilisierung der kubanischen Nation und Souveränität zu nennen. Darunter sind ein flächendeckendes Gesundheitssystem, das kubanische Sozialversicherungssystem, die Krankenversicherung, Rentenversicherung, die Gleichstellung von Mann und Frau und die Gleichstellung der schwarzen Bevölkerung zu subsumieren. Als positive Errungenschaft der kubanischen Revolution ist außerdem die Egalisierung des kubanischen Bildungssystems zu nennen.

Die Stabilität und die politische Kultur Kubas im Allgemeinen waren besonders durch den charismatischen und autoritären Führungsstil Fidel Castros geprägt. Bei der Betrachtung des kubanischen Regimes sind aber auch die fehlenden politischen Grund- und Freiheitsrechte und die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Kuba unbedingt anzuführen. Keinerlei Maßnahmen in Richtung einer politischen Öffnung wurden gesetzt, keinerlei

Demokratiebestrebungen wurden zugelassen. Die politische Führung wich nicht von ihrem Machtmonopol zurück.

Zur Frage der Nachfolge formuliere ich meine fünfte Hypothese:

Wenn sich Raúl Castro nicht auf das Militär und die Kommunistische Partei stützen könnte, dann hätte die Nachfolge von Fidel Castro anders geregelt werden können.

Für die geordnete Nachfolge Fidel Castros und die Zukunft Kubas waren neben dem persönlichen auch institutionelle Faktoren wie die Kommunistische Partei und das Militär bedeutsam. Raúl als Nachfolger stützte sich auf die Herrschaft der Kommunistischen Partei und vor allem auf das Militär. Im heutigen Kuba ist das Militär ein zentraler Machtfaktor, unter anderem deswegen, weil es eine umfassende wirtschaftliche Parallelstruktur betreibt. Immer mehr Macht ging auf die Institutionen wie das Militär und die Kommunistische Partei über. Fidel hatte schon Macht und Position der Kommunistischen Partei als legitime Erbin der kubanischen Revolution in den Jahren vor seiner Übergabe gestärkt. Deshalb kann davon gesprochen werden, dass keine Nachfolge sondern nur Kontinuität stattgefunden hatte. Die kubanische Führung muss versuchen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Kuba zu verbessern und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, um sich selbst eine bessere Legitimationsbasis zu verschaffen.

Ein Volksaufstand in Kuba ist unwahrscheinlich, da das Gewaltpotential von Kubas Opposition gering ist. Weiters hat das kubanische Militär die Lage auf der Insel Kuba bis heute unter Kontrolle. Solange dieses unter dem Einfluss von Raúl steht, ist wohl kaum mit einer Veränderung in Kuba zu rechnen. Ein Angriff der USA würde auf weltweiten Protest stoßen. Als Perspektiven sind zum Beispiel Verhandlungen mit dem Regime in Havanna zu verstehen oder auch die Vorstellung, dass Reformen in Kuba ihren Beginn nehmen sollten und nicht von außen, von den USA implementiert werden.

11. Literaturverzeichnis

- Alemann Ulrich v. (1995): Grundlagen der Politikwissenschaft. Opladen: Leske & Budrich
- Alzugaray Treto, Carlos (2006): Cuban Foreign Policy during the „Special Period“. In: Erisman, H. Michael/ Kirk, John M. (Hg.). Redefining Cuban Foreign Policy. The Impact of the “Special Period”. Gainesville: University Press of Florida, 49-71
- Artens, Hannes (2004): Wind of change in Miami- und bald auch in Washington? Brennpunkt Lateinamerika(16). Hamburg
- Artis, Michael John (1997): European Union: policy and analysis. Oxford: Oxford University Press
- Bain, Mervyn (2006): Gorbachev’s Legacy for Russian-Cuban Relations in the 1990s. In: Erisman, H. Michael/ Kirk, John M. (Hg.). Redefining Cuban Foreign Policy. The Impact of the “Special Period”. Gainesville: University Press of Florida, 212-232
- Becker, Joachim (1988): Angola, Mosambik und Zimbabwe. Köln: Pahl-Rugenstein
- Birle, Peter (2003): Vom Ende des Kalten Krieges zum „Krieg gegen den Terrorismus“. Neuere Tendenzen in der Lateinamerikapolitik der USA. In: Bodemer, Klaus/Gratius, Susanne(Hgin.).Lateinamerika im internationalen System. Opladen: Leske und Budrich, 127- 150

- Blum, Frank (1992): Die Geschichte der kubanischen KP von 1925- 1962. Frankfurt/ Main: P. Lang Verlag
- Burchardt, Hans-Jürgen (1996): Der lange Abschied von einem Mythos. Stuttgart
- Coltman, Leycester (2005): Der wahre Fidel. Düsseldorf: Artemis und Winkler
- Common Position (1996): Common Position of the 2 December 1996 defined by the Council in the basis of Article J.2. of the Treaty on European Union on Cuba. Official Journal No. L. 332, 12/12/1996
- Cotman, John Walton (2006): Carribean Convergence: Contemporary Cuba-CARICOM Relations. In: Erisman, H. Michael/ Kirk, John M. (Hg.). Redefining Cuban Foreign Policy. The Impact of the "Special Period". Gainesville: University Press of Florida, 121-149
- Czempiel, Ernst-Otto (1991): Internationale Beziehungen: Begriff, Gegenstand und Forschungsabsicht. In: Knapp, Manfred/ Krell, Gert. Einführung in die Internationale Politik. München, 2-26
- Czempiel, Ernst-Otto (1998): Friedensstrategien. Wiesbaden
- Drekonja, Gerhard (26.05.2007): Gaga und GO-go. Die Presse
- Fernandez, Damian (1993): Cuba's Relations with China: Economic Pragmatism and Political Fluctuation. In: Rich Kaplowitz, Donna. Cuba's ties to a changing world. London, 17-31
- Filzmaier, Peter/ Gewessler, Leonore/ Höll, Otmar/ Mangott, Gerhard (2006): Internationale Politik. Wien: WUV

- Fischer, Sabine (1997): Sowjetisch- kubanische Beziehungen ab 1985. Münster: Lit Verlag
- Furtak, Robert (1993): Die kubanisch- sowjetischen Beziehungen: Konvergenzen und Divergenzen. In: Sevilla, Rafael/ Rode, Clemens (Hg.). Kuba. Die isolierte Revolution? Bad Honnef, 183-196
- Gärtner, Heinz (2005): Internationale Sicherheit. Baden-Baden: Nomos Verlag
- Gaulhofer, Karl (19.04.2008): Die Grenzen fallen, der Konsum blüht. Die Presse
- Goerdeler, Carl (13.04. 2007): Kann Kuba den Sozialismus wahren? Die Presse
- Göll, Edgar (2006): Von Drohgebärde bis Umsturzvorbereitung. ILA 299
- Grabendorff, Wolf (1993): Die Beziehungen zwischen der europäischen Gemeinschaft und Kuba. In: Sevilla, Rafael/ Rode, Clemens (Hg.). Kuba. Die isolierte Revolution?. Bad Honnef, 140-176
- Grätius, Susanne (2000): Außenpolitische Drahtseilakte in Kuba: Zwischen alten Feindbildern und neuen Freunden. Brennpunkt Lateinamerika(18). Hamburg
- Grätius, Susanne (2001): Das Verhältnis Kuba- Europa: Der Antagonismus zwischen wirtschaftlicher Annäherung und politischer Distanz. In: Ette, Ottmar/ Franzbach, Martin (Hg.). Kuba heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt/ Main: Vervuert Verlag, 193-219
- Grätius, Susanne (2005): Fidel Castro. München: Diederichs Verlag

- Gunn, Gillian (1990): Will Castro fall? Foreign Policy. Number 79, 132-150
- Habel, Jeanette (1993): Kuba. Die Revolution in Gefahr. Köln: ISP Verlag
- Hagemann, Albrecht (2002): Kuba. Gesellschaft im Übergang. München: dtv Verlag
- Hausknost, Daniel (23.01.2008): Kuba müsste man sein. Der Standard
- Helfrich, Silke (2006): Cuba ohne Fidel. ILA 299
- Henkel, Hans Olaf (29. 07. 2003): EU- Kubapolitik in Trümmern. TAZ
- Herzka, Alfred (1998): Kuba. Abschied vom Kommandanten? Frankfurt/ Main: Suhrkamp
- Hills, Jochen (1999): Von der imperialen zur medialen Präsidentschaft. In: Zenaf (Zentrum für Amerika Forschung) Arbeitsbericht. 2(12), 5-31
- Hoffmann, Bert (2001): Außenpolitik, internationale Beziehungen und das Verhältnis zu den USA. Veränderungen und Kontinuitäten seit 1989. In: Ette, Ottmar/ Franzbach, Martin (Hg.). Kuba heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Frankfurt/ Main: Vervuert Verlag, 153-191
- Hoffmann, Bert (2002): Kuba. München: Verlag C.H.Beck
- Hoffmann, Bert/ Whitehead, Laurence (2006): Cuban Exceptionalism Revisited. Giga Working Papers. Number 28. Hamburg
- Hoffmann, Bert (2007a): Fidelismo ohne Fidel? Zeitschrift für internationale Politik

- Hoffmann, Bert (2007b): Transitions from Charismatic Rule: Theories of Leadership Change and Cuba's Post-Fidel Succession. Giga Working Papers. Number 56. Hamburg
- Hoffmann, Bert (2008a): Raúl's vietnamesischer Weg. Zeitschrift für Internationale Politik, 90-95
- Hoffmann, Bert (2008b): Kuba: Wohin führt die Ära Raúl? Giga Focus Lateinamerika. Nummer 2. Hamburg
- Hörtnner, Werner (2007): Totgesagte leben länger. Kuba im Aufschwung. International. Die Zeitschrift für Internationale Politik. Nummer III. Wien, 18-22
- Hugh, Thomas (1984): Castros Cuba. Berlin: Siedler Verlag
- Keohane, Robert (1984): After Hegemony. Cooperation and Discord in World Political Economy. Princeton
- Klepak, Hal (2006): An Asset Not Fully Exploited Or Not Fully Exploitable? Reflections on Cuba's Relations with Latin America and its Institutions. In: Erisman, H. Michael/ Kirk, John M. (Hg.). Redefining Cuban Foreign Policy. The Impact of the "Special Period". Gainesville: University Press of Florida, 151-169
- Kolland, Franz (1996): Kuba: Entwicklung ohne Zivilgesellschaft?. In: Kolland, Franz/Pilz, Erich/Schedler, Andreas/Schicho, Walter(Hg.).Staat und Zivilgesellschaft. Frankfurt: Brandes und Apsel, 55-72
- Krämer, Raimund (1998): Der alte Mann und die Insel. Essays zur Politik und Gesellschaft in Kuba. Berlin: Berliner Debatte Verlag

- Krell, Gert (2000): Weltbilder und Weltordnung: Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen. Baden-Baden: Nomos
- Lehmkuhl, Ursula (2001): Theorien Internationaler Politik. München: Oldenburg Verlag
- Mayrbäurl, Cornelia (10.05.2006): Hugo Chávez, linker Superstar. Die Presse
- Mayrbäurl, Cornelia (19.12.2007): Geht Fidel Castro endgültig In Pension? Die Presse
- Mayrbäurl, Cornelia (20.02.2008): Bush hofft auf Wandel zu Demokratie. Die Presse
- Mayrbäurl, Cornelia (25.02.2008): In den Fußstapfen seines großen Bruders Fidel. Die Presse
- Morgenthau, Hans J. (1963): Macht und Frieden. Gütersloh, 48-80. In: Bierling, Stephan (Hg.). Reader Theorie und Praxis der Internationalen Politik. Regensburg, 31-48
- Morgenthau, Hans J. (1977): Internationale Politik. Der Kampf um die Macht. In: Frei, Daniel (Hg.). Theorien der Internationalen Beziehungen. München: Piper Verlag
- Neuber, Harald (2006): Hauptsache Systemwechsel. ILA 299
- Niess, Frank (1991): 20mal Kuba. München: Piper Verlag
- Nohlen, Dieter (2002): Lexikon Dritte Welt. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag

- Nohlen, Dieter (2003): Lexikon der Politik. München: Beck
- Nye, Joseph (1999): Redefining the National Interest. Foreign Affairs. Vol. 78. Number 4
- Offermayer, Michael (1988): Angola zwischen den Fronten. Pfaffenweiler: Centaurus
- Paetzold, Christopher (2006): Spanish-Cuban Relations 1990-2003. In: Erisman, H. Michael/ Kirk, John M. (Hg.). Redefining Cuban Foreign Policy. The Impact of the "Special Period". Gainesville: University Press of Florida, 233- 259
- Patzelt, Werner (2003): Einführung in die Politikwissenschaft. Passau: Wissenschaftsverlag Richard Rothe
- Perez- Stable, Marifeli (1993): The Cuban Revolution. Origins, Course and Legacy. Oxford: Oxford University Press
- Rieff, David (1994): The exile, Cuba in the heart of Miami. London: Vintage Edition
- Risse-Kappen, Thomas (1995): Bringing transnational relations back in. Non-State Actors, domestic structures and international institutions. Cambridge
- Rittberger, Volker/Zangl, Bernhard (2003): Internationale Organisationen- Politik und Geschichte. Opladen: Leske und Budrich
- Rodríguez, Hilda Puerta (2002): El acuerdo de Cotonou y el posible ingreso de Cuba. Revista de Estudios Europeos. No.60 (2002): 3-24

- Roy, Joaquin (2000): Cuba, the United States, and the Helms-Burton Doctrine: International Reactions. Gainesville: University of Florida
- Roy, Joaquin (2006): Cuba and the European Union. Chronicle of a Dead Agreement Foretold. In: Erisman, H. Michael/ Kirk, John M. (Hg.). Redefining Cuban Foreign Policy. The Impact of the "Special Period". Gainesville: University Press of Florida, 98- 120
- Sanchez, Yoani (05.06.2008): Besser als unsere Greise. Die Zeit
- Sanchez-Egozcue, Jorge (2006): Redefining Cuba's International Economic Interests. In: Erisman, H. Michael/ Kirk, John M. (Hg.). Redefining Cuban Foreign Policy. The Impact of the "Special Period". Gainesville: University Press of Florida, 72-97
- Schmidt-Häuer, Christian (21.02.2008): Unter Brüdern. Die Zeit
- Schmidt-Häuer, Christian (24.04.2008): Die letzte Perestrojka. Die Zeit
- Stackl, Erhard (26.03.2008): Kuba: Havanna Cocktail. Der Standard
- Sweig, Julia (2007): Fidel's Final Victory. Foreign Affairs. Volume 86. No.1, 38-56
- Vollmann, Anna (1996): Kuba. Vom Modell zurück zum Hinterhof? Heilbronn: Distel Verlag
- Waltz, Kenneth N. (1979): Theory of International Politics. New York, 79-128. In: Bierling, Stephan (Hg.). Reader Theorie und Praxis der Internationalen Politik. Regensburg, 48-74
- Weinmann, Lissa (2004): Washington's Irrational Cuba Policy. World Policy Journal. New York, 22-31

- Widderich, Sönke (2002): Die sozialen Auswirkungen des kubanischen Transformationsprozesses. Kiel: Geographisches Institut der Universität Kiel
- Wilson, Cardozo Aguirre (2001): Die USA und Kuba. Hintergründe, Analysen und Perspektiven einer schwierigen Nachbarschaft. Marburg: Tectum
- Wilzewski, Jürgen (1998): Internationale Beziehungen. In: Nohlen, Dieter(Hg.). Lexikon der Politik. Band 7. München: Beck Verlag, 284-285
- Woyke, Wichard (2005): Handwörterbuch Internationale Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Zeuske, Michael (2000): Kleine Geschichte Kubas. München: Beck Verlag
- Zeuske, Michael (2004): Insel der Extreme. Zürich: Rotpunkt Verlag

Internetquellen

- Abel, Johanna (2006): Von Helden und Spionen, <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/847.html>, letzter Zugriff 03.12.2008
- AKP (2008): http://www.acpsec.org/en/acp_secretariat.htm, letzter Zugriff 04.12.2008
- Castro, Fidel (28.03.2007): Überlegungen des comandante en jefe, <http://europa.cubaminrex.cu/index.htm>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Castro, Raúl (02.12.2006): Speech at the political ceremony, military review and march of the combatant people, <http://europa.cubaminrex.cu/index.htm>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Chinadaily (2007): Made in China products shine in Cuba, <http://www.chinadaily.com.cn/>, letzter Zugriff 06.12.2008
- Chinadaily (2008): A generous friend of China and an admirer of its history and culture, <http://www.chinadaily.com.cn/>, letzter Zugriff 06.12.2008
- Cubaminrex (30.01.2007): Cuban Literacy Method in 12 Languages, <http://europa.cubaminrex.cu/index.htm>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Cubatrade (2008): <http://www.cubatrade.org/foreign.html>, letzter Zugriff 03.12.2008
- EU (2003): <http://europa.eu/bulletin/de/200307/p106154.htm#anch0316>, letzter Zugriff 03.10.2008

- Göll, Edgar (2005): Wandel durch Destabilisierung, <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/618.html>, letzter Zugriff 03.12.2008
- Greber, Christian (02.08.2006): Kuba. Was kommt nach Castro? <http://www.diepresse.at/Artikel.aspx?channel=p&ressort=a&id=575690&archiv=false>, letzter Zugriff: 21.05.2008
- Henkel, Knut (2004): Mit harten Dollars gegen das Embargo, <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/162.html>, letzter Zugriff 04.12.2008
- Hermanos (2008): The shootdown of brothers to the rescue aircraft, <http://www.hermanos.org/Shootdown%20of%20BTTR%20%20February%2024,%201996.htm>, letzter Zugriff 02.12. 2008
- Hoffmann, Bert (2008c): Kuba unter dem anderen Castro, <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2008/09/12.mondeText.artikel,a0038.idx,7>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Hofmann, Stefan (2004a): Kuba und die UN-Menschenrechtskommission: Punktsieg ohne Folgen, <http://www.grin.com/e-book/61544/medien-auf-kuba-journalismus-vor-dem-hintergrund-eines-sozialistischen>, letzter Zugriff 01.12.2008
- Hofmann, Stefan (2004b): Die politische und wirtschaftliche Lage in Kuba, <http://www.kas.de/wf/de/33.5899/>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Junge Welt (2003): EU als trojanisches Pferd der USA, <http://www.jungewelt.de/>, letzter Zugriff 28.11.2008

- Kremlin (2000a): The Russian and Cuban delegations met for expanding negotiations, <http://www.kremlin.ru/events/chronicle/2000/12/137735.shtml>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Kremlin (2000b): President Putin visited the Biotechnology and Genetic Engineering Centre, <http://www.kremlin.ru/events/chronicle/2000/12/137735.shtml>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Kremlin (2000c): President Putin held a news conference, <http://www.kremlin.ru/events/chronicle/2000/12/137735.shtml>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Lateinamerika Nachrichten (2005): Topterrorist Posada Carriles, <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/619.html>, letzter Zugriff 03.12.2008
- Ling, Martin (2007): ALBA ist auf Öl gebaut, <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/1091.html>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Mas, Sara (2003): Nuevas y grandes batallas nos esperan, <http://www.granma.cu/ingles/index.html>, letzter Zugriff 29.11. 2008
- Meschkat, Klaus (2006): Wie hält es die europäische Linke mit Hugo Chávez? <http://www.monde-diplomatique.de>, letzter Zugriff 08.12.2008
- ORF (2008a): EU macht Ende der Sanktionen gegen Kuba amtlich, <http://news.orf.at/?href=http%3A%2F%2Fnews.orf.at%2Fticker%2F293784.html>, letzter Zugriff 07.10.2008

- ORF (2008b): Russland und Kuba bekräftigen Beziehungen,
<http://www.orf.at/?href=http%3A%2F%2Fwww.orf.at%2Fticker%2F309699.html>
, letzter Zugriff 28.11.2008
- ORF (2008c): Medwedew: Lateinamerika-Tour mit Besuch bei Castro,
<http://news.orf.at/>, letzter Zugriff 28.11.2008
- ORF (2008d): Antwort auf US Pläne, <http://news.orf.at/>, letzter Zugriff 06.12.2008
- Perez Roque, Felipe (08.11.2006): Die Notwendigkeit der Beendigung der von den USA verhängten Wirtschafts- Handels und Finanzblockade. Ansprache bei der UN Vollversammlung, <http://europa.cubaminrex.cu/index.htm>, letzter Zugriff 04.12.2008
- Presse (2007): Botschafterin Kubas spricht von Hexenjagd,
<http://diepresse.com>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Presse (2008): Droht neue Kuba-Krise wegen US Raketenschild?
<http://diepresse.com>, letzter Zugriff 06.12.2008
- RIAN (2008a): Medwedew trifft sich mit Commandante Fidel Castro,
<http://de.rian.ru/world/20081128/118599367.html>, letzter Zugriff 29.11.2008
- RIAN (2008b): Medwedew traf mit Fidel Castro zusammen,
<http://de.rian.ru/world/20081128/118602877.html>, letzter Zugriff 29.11.2008
- RIAN (2008c): Russland erwägt Mitgliedschaft in der ALBA Organisation,
<http://de.rian.ru/world/20081127/118564976.html>, letzter Zugriff 29.11.2008

- Roy, Joaquin (2003a): La Unión Europea ante Cuba, http://nl.newsbank.com/nl-search/we/Archives?p_action=list&p_topdoc=11, letzter Zugriff 03.10.2008
- Roy, Joaquin (2003b): The European Union Perception of Cuba: From Frustration to Irritation, http://www6.miami.edu/EUCenter/roy_EUCuba.pdf, letzter Zugriff 02.12.2008
- Rüb, Matthias (2006): Blockfreie Bewegung. Gegen das dekadente Imperium, <http://www.faz.net/s/Rub8ABC7442D5A84B929018132D629E21A7/Doc~EFA19A835654543958F95C3696612DCF0~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, letzter Zugriff 11.01.2009
- Standard (2007a): Nowotny: Ohne Kuba-Sperre wäre Bawag-Verkauf geplatzt, <http://derstandard.at/>, letzter Zugriff 05.12.2008
- Standard (2007b): Putin: Neue Kuba Krise, <http://derstandard.at/>, letzter Zugriff 06.12.2008
- Standard (2008a): EU und Kuba schließen Kooperationsvertrag, <http://derstandard.at/>, letzter Zugriff 28.11.2008
- Standard (2008b): UN-Vollversammlung mehrheitlich für Ende US-Embargos, <http://derstandard.at/>, letzter Zugriff 29.11.2008
- Standard (2008c): EU nimmt Zusammenarbeit mit Kuba wieder auf, <http://derstandard.at/>, letzter Zugriff 29.11.2008
- Standard (2008d): Havanna für Dialog mit EU- USA lockert Handelsembargo, <http://derstandard.at/>, letzter Zugriff 04.12.2008

- Standard (2008e): Besuch aus China, <http://derstandard.at/>, letzter Zugriff 06.12.2008
- Szemeliker, Leo (28.04.2007): Kuba Krise: Bawag drohen saftige Strafen, <http://derstandard.at/>, letzter Zugriff 05.12.2008
- U.S. Department of State (2004): Commission for Assistance to a free Cuba, <http://www.state.gov/p/wha/rt/cuba/>, letzter Zugriff 04.12.2008
- Wagenleitner, Reinhold (09.08.2007): Kuba in Afrika...wo der Kalte Krieg ganz schön heiß war, <http://www.orf.at/>, letzter Zugriff 05.12.2008

Abstract

Im Zentrum meiner Arbeit steht die Frage nach den Beziehungen Kubas zur Internationalen Staatengemeinde. Kuba stand Anfang der 1990er Jahre nach Beendigung des bipolaren Systems vor großen Herausforderungen, konnte die wirtschaftliche Strukturkrise aber lösen. In meiner Arbeit stütze ich mich auf drei Ansätze der Internationalen Beziehungen stützen, auf den Neo-Realismus, den Neo-Institutionalismus und den Neo-Liberalismus. Wirtschaftliche Reformen unter marktwirtschaftlichen Vorgaben, welche allerdings auf Devisen erbringende Sektoren eingegrenzt wurden, waren notwendig, um die kubanische Revolution abzusichern. Politische Reformen folgten den wirtschaftlichen jedoch nicht. Als positive Errungenschaften der kubanischen Revolution können die Reformen im Bildungs- und Gesundheitswesen genannt werden, welche das kubanische System sogar als Vorbild für andere Länder der Dritten Welt erscheinen lassen. Seit der Legalisierung des US-Dollars und der darauf folgenden Einführung des peso convertible ist eine Abkehr vom egalitären Prinzip festzustellen, eine soziale Fragmentierung der kubanischen Gesellschaft war die Folge. Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba sind geprägt durch das europäische Ziel der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Kuba, der Forderung der EU nach sichtbarer Demokratisierung in Kuba und dem darauf folgenden Prozess des Übergangs zu einer pluralistischen Demokratie sowie der Förderung eines wirtschaftlichen Aufschwunges. Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist der bestimmende externe Faktor sowohl für die innenpolitische als auch für die außenpolitische Situation Kubas. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba sind geprägt durch einen institutionalisierten Dauerkonflikt. Die Vereinigten Staaten stellen durch ihr Embargo und durch das ständige Heraufbeschwören eines möglichen Einmarsches amerikanischer Truppen eine Art Daseinsberechtigung für das aktuelle kubanische Regime dar, weil die kubanische Unabhängigkeit so durch die Castros garantiert wird und dafür notwendige Einheit vom kubanischen Volk eingefordert werden kann. Die hauptsächlich in Miami beheimatete exilkubanische Lobby, die unter dem Einfluss des mächtigen Bacardi Clans steht, hat starken

Einfluss auf den Entscheidungsfindungsprozess in Washington. Die Stabilität und die politische Kultur Kubas im Allgemeinen waren besonders durch den charismatischen und autoritären Führungsstil Fidel Castros geprägt. Für die geordnete Nachfolge Fidel Castros und die Zukunft Kubas waren neben dem persönlichen auch institutionelle Faktoren wie die Kommunistische Partei und das Militär bedeutsam. Raúl als Nachfolger stützte sich auf die Herrschaft der Kommunistischen Partei und vor allem auf das Militär. Als Perspektiven für die Zukunft Kubas sind zum Beispiel Verhandlungen mit dem Regime in Havanna zu verstehen oder auch die Vorstellung, dass Reformen in Kuba ihren Beginn nehmen sollten und nicht von außen, von den USA implementiert werden.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name:	Josef Michael Schwob
Geburtsdatum:	08.05.1969
Geburtsort:	Wien
Staatsbürgerschaft:	Österreich
Anschrift:	Heimgasse 6 1230 Wien
E-Mail-Adresse:	schwob@gmx.at

Schulische Ausbildung

Volksschule:	1975-1979
Gymnasium:	1979-1987

Studium der Politikwissenschaft

Beginn:	2005
---------	------

Berufstätigkeit

seit 12.3.1990 Österreichischer Rundfunk

Besondere Kenntnisse

Sprachen: Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch